

Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünschen Ihnen und uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest
und für das kommende Jahr das Allerbeste.
Ihr Team der Bayerischen Gemeindezeitung

Bildausschnitt aus „Blaues Land“ – Michael von Hassel

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Landtagsempfang für Ilse Aigner zum 60. Geburtstag:

Voller Tatkraft im Dienst der Demokratie

Voll des Lobes waren 250 geladene Gäste beim Geburtstagsempfang für Landtagspräsidentin Ilse Aigner im Senatssaal des Hohen Hauses. Allen voran machte Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder der Jubilarin seine Aufwartung. Aigner, so ihr jahrzehntelanger politischer Weggefährte, finde in jeder Situation die richtigen Worte und fülle ihr Amt mit der ihr eigenen Kraft, Identität und Authentizität aus. Besonders wichtig und wertvoll sei ihr unermüdlicher Einsatz für die Demokratie.

Bereits seit mehr als vier Jahrzehnten widmet die in Feldkirchen-Westerham beheimatete Oberbayerin ihr Leben der Politik. Meriten erwarb sie sich nicht nur als amtierende Präsidentin des Bayerischen Landtags (seit November 2018) sowie Bezirksvorsitzende von Oberbayern (seit 2011), sondern unter anderem auch als ehemalige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008-2013), als Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (2013-2018) und von März 2018 bis November 2018 als Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr.

Söder: Natürlich menschlich

Landtags-Vizepräsident Tobias Reiß bekräftigte dies in seiner Eröffnungsrede: „Du hast Dich für Bayern immer wieder in die Pflicht nehmen lassen – von Deiner Partei, Deiner Heimat, von der Republik. Das ist Dir hoch anzurechnen. Deshalb bist Du auch immer im Gespräch für höchste Ämter.“ Aigner bringe politische Fachkenntnis mit menschlicher Größe zusammen und verzichte auf billigen Applaus.

„Du bist eine großartige Persönlichkeit und Frau“, unterstrich Ministerpräsident Söder und verwies auf eine jahrelange Verbundenheit „wie ein altes Ehepaar der CSU oder Marianne und Michael aus der Union“. Und das, obwohl die Gegensätze – „charmante, nette Oberbayerin trifft auf frechen, aufmüpfigen Franken“ – kaum größer hätten sein können.

„Ich bin froh und dankbar, dass wir uns kennen“, betonte Söder. „Wir gehen nun schon seit JU-Zeiten über 30 Jahre einen gemeinsamen politischen Weg. 1994 waren wir zusammen die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



V.l.: Sebastian Franz, Stefan Rößle und Markus Mochti. Bild: GZ

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Wahlkampf im Fokus

Das Thema „Social Media für Kommunalpolitiker“ sowie der Beschluss des KPV-Positionspapiers zur Bundestagswahl 2025 setzten die Schwerpunkte der letzten Jahressitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Eingangs informierte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle darüber, dass er nach reiflicher Überlegung die Entscheidung getroffen habe, nach über 22 Jahren im Amt nicht mehr zur Kommunalwahl 2026 anzutreten (die GZ berichtete). Somit wird er 2025 auch nicht mehr als bayerischer KPV-Chef kandidieren. Im nächsten Jahr soll der Prozess zur Findung eines neuen Nachfolgers gestartet werden.

In seinem Vortrag zu den „Strategien, Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für den Einsatz von Social Media in der politischen Kommunikation“ hob Markus Mochti, Teamleiter Social Media der CSU-Landesleitung, die gerade für den anstehenden Kommunalwahlkampf besondere Bedeutung der Sozialen Medien hervor.

Analyse der Plattformen

Plattformen wie Facebook, Instagram, YouTube, TikTok und LinkedIn wurden nach ihrer Nutzererschaft und Relevanz analysiert. Sie sprächen unterschiedliche Zielgruppen an, basierend auf Alter und sozioökonomischem Hintergrund. TikTok stelle eine besonders wachstumsstarke Platt-

form mit einem effektiven Algorithmus dar. Wolle man sich nur für eine Plattform entscheiden, sollte man Instagram wählen, empfahl Mochti.

Persönliche Accounts

Erfahrungsgemäß, so der Teamleiter, erzielten persönliche Accounts mehr Reichweite und Engagement als anonyme Parteikonten. Menschen interessierten sich für Geschichten und persönliche Einblicke. Beispiele wie Kinderinterviews oder Events erzeugten hohe Reichweiten. Inhalte sollten für die Zielgruppe ansprechend und aktuell sein. Als Beispiel für eine erfolgreiche Community-Aktivierung nannte er die Döner-Aktion von Partei- (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Heimatstrategie:

Erfolgskonzept feiert 10-jähriges Bestehen

„Wir haben beeindruckende Meilensteine erreicht“, unterstrich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Rückblick auf 10 Jahre Heimatstrategie und der Vorstellung des Heimatberichts 2023 in Nürnberg. „Wir wollen die Ballungszentren entlasten und den ländlichen Raum stärken“, erklärte Füracker. Seit 2014 setze das Ministerium „entscheidende Impulse für eine nachhaltige Entwicklung unserer Heimat“.

Besonders hervorzuheben sei, dass die Bevölkerung 2023 trotz rückläufiger Geburtenzahlen weiterhin in allen sieben Regierungsbezirken gewachsen ist. Dies sei vor allem auf Wanderungsgewinne, d.h. Zuzüge aus anderen Bundesländern und dem Ausland, zurückzuführen. Insgesamt stieg die Bevölkerungszahl seit 2013 um 830.818 auf 13.435.062 Personen (+ 6,6 Prozent). Davon lebten 7.424.837 Millionen Menschen auf dem Land. In allen Regierungsbezirken wuchs die Bevölkerung seit 2013 zwischen 1,99 Prozent und 8,64 Prozent an. Schwaben, Oberbayern und Niederbayern verzeichneten die größten prozentualen Zuwächse. „Der Freistaat ist für unsere Bürgerinnen und Bürger ein absolut beliebter Wohnort, aber auch ein sehr attraktiver Standort für Unternehmen“, hob der Minister hervor. Hohe Lebensqualität für alle Generationen, gepaart mit einer starken Wissenschaft, und hohe Beschäftigungszahlen nahe der 6-Millionen-Marke im Jahr 2023 sprächen für sich.

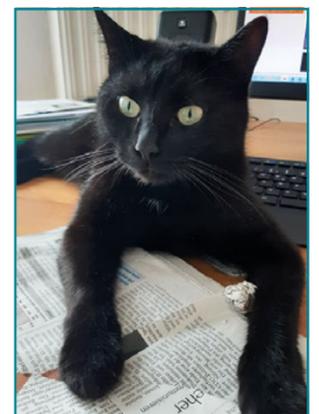
BIP mehr als 700 Mrd. Euro

Zudem überschritt das bayernweit erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 mit 716 Milliarden Euro erstmals die 700-Milliarden-Marke, wobei mit rund 317 Milliarden Euro mehr als 44 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts im ländlichen Raum erwirtschaftet wurde. Auch dies zeige, dass sich die Lebensbereiche zwischen Stadt und Land immer weiter angleichen, stellte Füracker fest. Seit 2014 wurden zudem 80 Behördenverlagerungsprojekte für den ländlichen Raum ins Leben gerufen. „Hierdurch bringen wir rund 5.200 attraktive Arbeitsplätze und über 1.300 interessante Studienplätze in alle Regionen Bayerns“, so der Minister. Die Verlagerung sei generell auf Jahrzehnte angelegt, es ge-

he nicht darum, Menschen gegen ihren Willen zu einem Umzug aus den Ballungszentren in den ländlichen Raum zu bewegen. Auch habe die Staatsregierung 2021 ein weiteres Paket beschlossen, das Vorhaben mit insgesamt 2.670 Mitarbeitern umfasse.

Anliegen der Bürger fördern

Darüber hinaus wurden insgesamt 12 Fördermaßnahmen im Heimatbereich mit einer Förder-summe für Anliegen der Bürger in den vergangenen 10 Jahren in Höhe von rund 69 Millionen Euro eingeführt. Zudem seien bereits mehr als 2,5 Milliarden Euro in den Gigabit-Ausbau im Freistaat investiert worden. Hiermit wurden und werden über 100.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Die Zahl der ländlichen Haushalte mit „schnellem Internet“, d.h. (Fortsetzung auf Seite 2)



Statt „Ampel-Aus“ schlägt Rathauskater Pino „Dunkelflaute“ als alternatives Unwort des Jahres vor. Dieser Ausdruck bezeichne das strukturelle Problem einer weitreichenden energiepolitischen Geisterfahrt, „die der Republik nicht nur seine letzten Kernkraftwerke, sondern schlicht seine wirtschaftliche Zukunft genommen hat.“ Seite 15

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann:

„Demokratie ist schöner, besser und lebenswerter“

Festakt zum Bayerischen Verfassungstag 2024 in Bamberg

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat bei einem Festakt zum Bayerischen Verfassungstag in Bamberg die Bedeutung der Demokratie und der Bayerischen Verfassung hervorgehoben. „Die Demokratie ist schöner, besser und lebenswerter als alle anderen Regierungsformen – denn nur sie ermöglicht uns allen, die Zukunft unseres Lebens selbst zu bestimmen“, sagte Herrmann und rief dazu auf, sich aktiv zu beteiligen.

„Unsere Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Insbesondere in Wahlen und Abstimmungen sowie durch ihr gesellschaftliches und politisches Engagement legen sie die Grundlage für einen funktionierenden Staat.“ Es sei daher wichtig, dass sich möglichst viele engagieren und beteiligen. Die Bayerische Verfassung biete die Grundlage, um Politik und unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. „Wir brauchen Mut und Kreativität. Jeder kann sich dabei einbringen, denn jeder trägt Verantwortung“, so der Minister.

Herrmann ging in seiner Festansprache auch auf die Entwicklungen der letzten Wochen

und aktuellen Bedrohungen der Demokratie ein. „Die wirtschaftliche Krise und die Herausforderungen der Migrationsfrage sowie die Einflussnahme ausländischer Akteure bergen die Gefahr, die politischen Ränder weiter zu stärken und unser demokratisches System zu destabilisieren“, warnte Herrmann.

Bekanntnis zu Freiheit und Selbstbestimmung

Manchmal brauche es daher auch mühsame Anstrengungen, um diesen vielfältigen Herausforderungen zu begegnen. „Hier zeigt sich, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern gelebt werden will.“

Die Verfassungsfeier sei ein guter Anlass, sich zu den Werten der Freiheit und Selbstbestimmung zu bekennen.

Herrmann würdigte in seiner Ansprache auch Florian Besold, der in diesem Jahr im Alter von 75 Jahren verstorben ist. Besold stand viele Jahre an der Spitze der „Bayerischen Einigung“ und der „Bayerischen Volksstiftung“, die den Festakt zum Bayerischen Verfassungstag veranstaltet haben. „Besold habe sich leidenschaftlich für den Verfassungs- und Kulturstaat eingesetzt. Dem neuen Präsidenten der „Bayerischen Einigung“, Professor Dr. Klaus Wolf, und dem neuen Vorsitzenden des Vorstandes der „Bayerischen Volksstiftung“, Professor Dr. Ludwig Hoegner, wünschte Herrmann viel Erfolg in den neuen Ämtern. „Sie werden das Erbe Ihres Vorgängers nicht nur pflegen, sondern auch richtungweisende Akzente für die Zukunft setzen“, so Herrmann. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Koalition beschließt Wassercent 2
Arbeits- und Sozialministerkonferenz: Bayerische Anliegen 2
Söder und Glauber: 25 Jahre UFS. 2
GZ-Kolumne Eva Weber: Kommunen stärken, Demokratie sichern! 3
Verlässlichkeit und Planbarkeit für unsere Wirtschaft 3
Justizministerkonferenz: Erfolgreiche bayerische Initiativen. . .	. 4
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Kommunikation • IT • Breitband.	9 - 12
Tourismus in Bayern	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Koalition beschließt Wassercercent

Trinkwasser ist ein besonders kostbares Gut, das es zu schützen gilt und das auch künftigen Generationen zuverlässig zur Verfügung stehen soll. Um dieser Verantwortung nachzukommen, haben sich CSU und Freie Wähler nach langen Kontroversen nun auf Grundsätze zur Erhebung und Verwendung des Wasserentnahmeentgelts verständigt, die „gerecht, fair, einfach und nachhaltig“ erfolgen müssen.

Wer in Bayern Grundwasser entnimmt oder verbraucht, soll laut Eckpunktepapier in Zukunft – wohl frühestens ab 2027 – eine Abgabe von einheitlich zehn Cent pro Kubikmeter dafür bezahlen müssen. Für alle, die nicht als Endkunden am öffentlichen Wassernetz hängen, ist eine Freimenge von 5.000 Kubikmetern pro Jahr vorgesehen. Für Privatpersonen soll sich die Mehrbelastung, die sie am Ende tragen müssen, in Grenzen halten – nach Schätzung der Koalition im einstelligen Euro-Bereich pro Person und Jahr.

Priorität für Allgemeinwohl

Von der Entgeltspflicht freigestellt sind lediglich Entnahmen im Interesse des Allgemeinwohls, wie etwa zur Gefahrenabwehr, zum Zwecke der Fischerei und Teichwirtschaft, für Kur- und Heilbäder sowie für die Nutzung erneuerbarer Energieträger. Auch für die Entnahme von Oberflächenwasser und Uferfiltrat wird kein Entgelt erhoben, sofern das entnommene Wasser nicht als Trinkwasser genutzt wird.

Die Einnahmen sollen streng zweckgebunden verwendet werden: etwa für den allgemeinen Wasser- und Trinkwasserschutz, für Projekte zur Verbesserung der Wasserqualität oder des Landschaftswasserhaushalts, für gewässerökologische und wasserwirtschaftliche Zwecke und nachhaltige Bewässerungsmaßnahmen. Insgesamt rechnet man in der Koalition mit Einnahmen von rund 60 bis 80 Millionen Euro pro Jahr.

Um die Erhebung des Wasserentgelts weiter zu erleichtern und Verwaltungskosten zu minimieren, schlagen CSU und FW auch die Schaffung digitaler Lösungen vor. Zudem soll auf den verpflichtenden Einbau von Zählereinrichtungen verzichtet wer-

den. Stattdessen ist eine jährliche Meldung über die Höhe der beitragspflichtigen Entnahme vorgesehen. Zusätzliche Kontrollen soll es gemäß dem Grundsatz „mehr Vertrauen statt mehr Überwachung“ nicht geben. Wann der Wassercercent eingeführt werden soll, wollen die Regierungsfractionen nach einem Praxischeck entscheiden, bei dem Kommunen und Verbände eingebunden werden sollen. Dabei geht es auch um die Frage des Zeitpunkts, wann der Wassercercent erstmals fällig werden soll. Zudem soll im Rahmen des „Praxischecks“ überprüft werden, ob Boni denkbar sind, etwa im gewerblichen Bereich bei Verwendung wasserschonender Methoden oder im Bereich der Landwirtschaft beim Zusammenschluss zu nachhaltigen Bewässerungsverbänden. Danach ist vorgesehen, das Gesetz zu erarbeiten. Es gelte: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Eckpunktepapier

Nach Auffassung des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, „zeigt das Eckpunktepapier der Regierungsfractionen, dass wir bei schwierigen Themen gemeinsam Lösungen finden. Wir haben in vielen Gesprächen die Anregungen von Verbänden aufgenommen und setzen damit den im Koalitionsvertrag versprochenen Wassercercent um. Was mir besonders wichtig ist: Die Erfassung ist bürokratiearm, einfach und effizient.“

Der Vorsitzende der FW-Landtagsfraktion Florian Streibl betonte: „Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein hin zu mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung des Einzelnen und weniger staatliche Kontrolle. Mit unserem jetzt beschlossenen Konzept wird der Wassercercent einen wich-

tigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wasserversorgung leisten.“

Der Bayerische Städtetag begrüßt grundsätzlich das Vorhaben der Einführung eines Wasserentnahmeentgelts in Bayern. „Allerdings sind zusätzliche Belastungen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Aufwand für Städte und Gemeinden nur gerechtfertigt, wenn der Wassercercent echte Lenkungswirkung entfaltet, alle Betroffenen zum Wassersparen animiert und zu einem effektiven Wasserschutz beiträgt“, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes.

Alle Entnahmen erfassen

„Am Schluss darf es nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Wassercercent entrichten, während aber gewerbliche Betriebe kostenlos Grundwasser entnehmen können“, erläuterte Städtetags-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer. Aus Sicht der Städte und Gemeinden dürfe es keine Ausnahme für die Landwirtschaft und Wirtschaftsbetriebe geben – die angedachte freie Menge von 5.000 Kubikmetern jährlich sei nicht zielführend, wenn man im Vergleich sieht, dass eine vierköpfige Familie 180 Kubikmeter verbraucht.

„Es sollte das Prinzip gelten, dass alle Entnahmen aus dem Grundwasser flächendeckend erfasst werden. Die Basis des Wasserentgelts muss die tatsächlich entnommene Wassermenge sein. Die Erhebung von Abgaben muss auf der Grundlage des digital gemessenen Wasserverbrauchs erfolgen und darf nicht auf Grundlage von Schätzwerten und Vertrauenswerten geschehen. Der Wassercercent muss unbürokratisch, transparent und rechtssicher sein.“

Digitale Wasserzähler sind nach Meinung des Geschäftsführers ohne großen Aufwand nachrüstbar und auslesbar. Bürokratie entstehe doch erst dadurch, dass die Behörden bei Diskrepanzen bei den Schätzwerten aufwändig nachprüfen müssen. Buckenhofer: „Wir sollten die Chance nutzen, endlich alle Grundwasserentnahmen zu erfassen und damit eine geschlossene Wasserbilanz darstellen zu können. Zu wissen, wer wie viel Grundwasser entnimmt, ist Grundlage für einen effektiven Schutz des Grundwassers.“

Aus Sicht der Wasserrechtsbehörden und der Wasserversor-

Erfolgskonzept ...

(Fortsetzung von Seite 1) mit mindestens 30 Megabit pro Sekunde, sei von 27 Prozent auf über 99 Prozent gestiegen.

Füracker zufolge „unterstützen wir örtliche Akteure rund um die Herausforderungen des demografischen Wandels und treten im Rahmen von Bürgerdialogen direkt mit den Menschen vor Ort in Austausch, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Ideen einzubringen. All das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Kurs und werden unserem Auftrag aus der Bayerischen Verfassung mehr als gerecht.“

Füracker kündigte für Ende 2025 eine Evaluation der Heimatstrategie an. Die „Offensive.H Heimat.Bayern 2025“ bringe ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg und setze (Handlungs-)Schwerpunkte in den (Lebens-)Bereichen: Heimat.Kommunal, Heimat.Leben, Heimat.Arbeit, Heimat.Digital und Heimat.Tradition. „Der Freistaat ist gut gerüstet, um den Herausforderungen von heute und morgen zu begegnen. Die Struktur- und Heimatpolitik bleibt dabei auch in Zukunft eine fortwährende Aufgabe“, so der Minister. **DK**

ger sei zudem unabdingbar, dass die Voraussetzungen für eine digitale und unbürokratische Umsetzung vor der Ersterhebung geschaffen werden. Buckenhofer: „Die Einführung einer neuen Abgabe und damit eines neuen Verfahrens erfolgt nicht alle Tage. Hier kann der Freistaat Bayern zeigen, dass er Digitalisierung kann. Dazu müssen die Vollzugsbehörden entsprechend ausgestattet werden. Insoweit ist der angedachte Praxischeck vor Einführung des Wasserentgelts zu begrüßen.“ Richtig und wichtig ist, dass Einnahmen aus dem Wassercercent dem Grundwasserschutz zugutekommen sollen.

„Diese Ungleichbehandlung werden wir den Bürgern erklären müssen“, machte der Bayerische Städtetag deutlich. Dabei seien die absoluten Belastungshöhen mit zehn Cent pro Kubikmeter nicht das Problem, vielmehr jedoch die vergebene Chance, über Messeinrichtungen an allen Brunnen endlich eine geschlossene Wasserbilanz für Bayern zu bekommen.

„Unsere Sorge ist, dass es ein Privatverbraucher in Haus oder Wohnung berechtigterweise nicht verstehen wird, warum er ab dem 1. Kubikmeter den Wassercercent bezahlen muss, der Nachbar für seine 1.350 Mastschweine (ein Äquivalent für 5.000 Kubikmeter) jedoch nicht. Auch wir halten das für ungerrecht“, bemerkte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Ein Wasserzähler an jedem Brunnen stellt aus unserer Sicht überdies den Einstieg in eine Transparenz dar, die wir als Gesellschaft, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit, dringend brauchen.“

Hinzu komme, dass die Einnahmen für gute bodenbezogene Zwecke, mithin für den Grundwasserschutz, verwendet werden sollen. Sowohl der Anbau von Zwischenfrüchten wie auch die Wasserhaltung in der Fläche, wie auch der Grundwasserschutz außerhalb von Wasserschutzgebieten sowie nachhaltige Bewässerungsmaßnahmen kämen der Landwirtschaft zugute. „Das wäre aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags ein Grund mehr, wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen mit einem Wassercercent zu belasten“, stellte Brandl fest. **DK**

Voller Tatkraft ...

(Fortsetzung von Seite 1) um: „Sie ist eine würdige Nachfolgerin von Barbara Stamm.“

„Du bist eine Kümmerin im besten Sinne“, sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek. „In der Tradition von Alois Glück und Barbara Stamm kann man nur großen Respekt haben und den Hut davor ziehen, was Du geleistet hast. Du bist jemand, der weiß, wo er herkommt, der seine Wurzeln kennt und in die Zukunft hinein gestalten kann“, betonte Holetschek.

Landtags-Vizepräsident Markus Rinderspacher attestierte der Jubilarin ein „herausragendes, echtes Interesse am Gegenüber“. Sie sei auf jedem Parkett zu Hause, finde stets den richtigen Ton und vertrete damit eine der Würde des Hohen Hauses angemessene Politik. Besonders geschätzt sei Aigner als starke Kämpferin für die Demokratie. Auch stehe die Landtagspräsidentin ein Stück weit für die Modernisierung des Parlamentarismus.

Auf die zahlreichen Glückwünsche und Komplimente reagierte die gerührte Jubilarin mit den Worten: „Man glaubt gar nicht, wie viel Lob der Mensch verträgt, bevor die Seele Schaden nimmt.“ Sie sei „froh über jede Station meines Lebens und dankbar für meine vielen Freunde und dem lieben Herrgott, der mich im Zweifelsfall immer wieder auf den richtigen Weg gebracht hat“. **DK**

GZ

GZ-PODCAST

GZ

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeindezeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 6: Impulse für Innenstädte mit Prof. Dr. Stephan Rüschen



Prof. Dr. Stephan Rüschen diskutiert den Leerstand in Innenstädten und präsentiert „Smart Stores 24/7“ als Lösung für die Nahversorgung, besonders in ländlichen Regionen Bayerns. Zukunftsstädte müssen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen verbinden, mit Fokus auf Mobilität, Aufenthaltsqualität, Ruheoasen, klimaresiliente Gestaltung und nachhaltige Konzepte.

www.gemeindezeitung.de/podcast

Folge 7: Check-Up Innenstadt mit Lars Jähnichen

Lars Jähnichen, Geschäftsführer der IPH Handelsimmobilien, spricht über die Zukunft der Innenstädte. Er sieht Potenzial in „Retailtainment“-Konzepten, Mixed-Use-Immobilien und der Umwandlung leerstehender Flächen in Wohnraum. Es geht auch um das Modernisierungsgesetz, das Bürokratie abbauen soll. Nachhaltigkeit nach ESG-Kriterien und staatliche Förderung sind entscheidend. www.gemeindezeitung.de/podcast



Folge 8: Logistik braucht Fläche mit Prof. Dr. Alexander Nehm

Prof. Dr. Alexander Nehm beleuchtet die Herausforderungen der Logistik, etwa die „letzte Meile“ und ihre Belastung für Anwohner. Er fordert mehr Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Unternehmen sowie stärkere gesetzliche Steuerung durch den Bund, um Güterverkehr nachhaltiger zu gestalten. Visionen für 2040 umfassen urbane Logistik und innovative Verkehrslösungen. www.gemeindezeitung.de/podcast

Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Hamburg:

Bayerische Anliegen

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) will die Verfahren in den Sozialverwaltungen deutlich vereinfachen. „Es ist mehr als deutlich, dass unser heutiges System der Sozialleistungen das Ergebnis ist einer über hundertjährigen Entwicklung“, erklärte Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer zum Abschluss der 101. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in der Hansestadt. Denn dabei sei eine Vielzahl an Leistungsträgern und institutionellen Zuständigkeiten entwickelt worden, „die für Bürgerinnen und Bürger nicht in jeder Situation durchschaubar sind“.

Eine Zukunftsinitiative soll deshalb das Leistungsrecht bis zum kommenden Jahr überarbeiten, „so dass dann eine neue Bundesregierung auch tatsächlich gesetzgeberisch tätig werden kann“, betonte Schlotzhauer. Die Initiative werde von Hamburg geleitet im Verbund mit Nordrhein-Westfalen als Vertreter der CDU-geführten Länder sowie Bayern als Vorsitzland der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im kommenden Jahr.

2025 muss Jahr des Aufbruchs werden

„2025 muss ein Jahr des Aufbruchs werden. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Arbeits- und Sozialpolitik. Jetzt gilt es, Impulse aufzunehmen, neue Wege zu gehen, konstruktive und zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten“, richtete Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf als kommende „Steuerfrau“ der ASMK den Blick nach vorne. Sie warb erneut dafür, das Thema Arbeitszeitflexibilisierung endlich anzugehen: „Der Wirtschaftsmotor Deutschland stottert. Wir sind beim Wachstum Schlusslicht in Europa. Das darf so nicht bleiben. Wir brauchen mehr Flexibilität und weniger Bürokratie bei den Arbeitszeiten, wie es europäische Regelungen längst zulassen.“

Statt der Tageshöchst Arbeitszeit von zehn Stunden setzt sich Scharf für eine Wochenhöchst Arbeitszeit ein. „Beschäftigte sollen nicht mehr, sondern lediglich flexibler arbeiten können. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie profitiert davon. Der Gesundheitsschutz muss dabei natürlich gewahrt werden“, hob die Ministerin hervor.

Die Staatsregierung setzt sich zudem dafür ein, Anreize für ein freiwilliges längeres Arbeiten zu setzen und so gleichzeitig das Sozialversicherungssystem

zu stärken. Die Gesellschaft, so Scharf, werde immer älter; dies verschärfe den Arbeits- und Fachkräftemangel weiter. Es müssten Anreize gesetzt werden, so dass Menschen, die das wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinweg weiterarbeiten können und es sich für sie lohnt. Erste Weichen habe der Bund bereits gestellt, „aber das reicht mir noch nicht“. Menschen, die im Alter länger freiwillig arbeiten, sollten aus Sicht der Ministerin steuerlich entlastet werden. Dabei würden sie zusätzliche Rentenansparungen und Zuschläge erwerben und mehr Rente bekommen.

Neuausrichtung des Bürgergelds

Auch das Bürgergeld wurde thematisiert. „Wir brauchen eine Neuausrichtung des Bürgergelds mit neuem Namen und mehr Leistungsanreizen. Das Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ muss wieder in den Mittelpunkt rücken“, erläuterte Scharf. Zudem verlangte sie „eine bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter, damit sie Leistungsempfängerinnen und -empfänger möglichst schnell und effektiv zurück auf den Arbeitsmarkt helfen können“.

Ein weiterer Antrag aus Bayern fordert die überfällige Reform der privaten Altersvorsorge. Scharf zufolge bestehe bei den Riester-Renten Handlungsbedarf. Sie würden immer seltener in Anspruch genommen. Zu viele Verträge ruhen. Die Rendite sei gering und damit nicht attraktiv. „Da müssen wir endlich ran, auch um das Risiko von Armut im Alter zu senken.“ Mehr Aufmerksamkeit will Scharf schließlich der Bekämpfung der Einsamkeit widmen. Benötigt würden mehr und fein ausdifferenzierte Hilfe- und Therapieangebote – gerade auch für junge Menschen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schwäbl
Gemeinde Bruck
am 23.12.

Bürgermeister
Johann Ziegler
Gemeinde Eggkofen
am 23.12.

Bürgermeister Max Riegler
Gemeinde Zolling
am 6.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Volker Faulhaber
Gemeinde Kist
am 7.1.

Bürgermeister Günther Pfefferer
Stadt Monheim
am 14.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Stefan Bosse
Stadt Kaufbeuren
am 24.12.

Bürgermeister Stefan Kolbe
Gemeinde Karlsfeld
am 11.1.

Bürgermeister Jürgen Eisen
Stadt Illertissen
am 14.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Grob
Gemeinde Buchdorf
am 11.1.

Bürgermeister Udo Kunkel
Gemeinde Heinrichsthal
am 11.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Christoph Göbel
Landkreis München
am 19.12.

Bürgermeister
Johannes Krumm
Markt Elfershausen
am 27.12.

Bürgermeister
Christian Hauner
Gemeinde Lappersdorf
am 4.1.

Bürgermeister Harald Voigt
Gemeinde Wasserburg
am 8.1.

Bürgermeister
Alexander Zacher
Gemeinde Moos
am 9.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Habel
Stadt Langenzenn
am 21.12.

Bürgermeister Dieter Dehling
Gemeinde Illschwang
am 8.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Sebastian Sparwasser
Markt Pfaffenhofen
am 23.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Söder und Glauber:

Deutschlands Spitze wird Weltspitze

25 Jahre Umweltforschungsstation Schneefernerhaus

Deutschlands höchste Umweltforschungsstation, das Schneefernerhaus auf der Zugspitze (UFS), wird in den kommenden Jahren deutlich gestärkt. Das betonten Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum der UFS.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Die Zugspitze und das Schneefernerhaus sind ein perfektes Match. Deutschlands höchste Umweltforschungsstation ist ein Global Player der Wissenschaft – und das beeindruckende Panorama vermittelt Bewusstsein und Demut für unsere Natur und Heimat. Das Schneefernerhaus ist sozusagen das Fieberthermometer der Alpen. Wir haben bereits 15 Millionen Euro investiert und werden viele weitere Jahre Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau ermöglichen. Das Naturparadies Alpen ist in Gefahr: Der Klimawandel nagt am Berg und lässt den Gletscher und den Permafrost schmelzen. Dadurch wird der Fels instabil.

neration Very Large Arrays (ngVLA), einem weltweiten Netz von Radioteleskopen.

Im Rahmen der Jubiläumsfeier wurde auch die neue moderne Einhausung der Terrassenan-



Umweltminister Thorsten Glauber und Ministerpräsident Dr. Markus Söder. ©: stmuv

optimierten Solarfassade, erhöht die Sicherheit und schützt vor Witterungseinflüssen. Insgesamt hat das Bayerische Umweltministerium seit 2005 rund 15 Millionen Euro in die Entwicklung der UFS investiert. „Ab dem kommenden Jahr soll ein Infrastrukturpaket umgesetzt werden. Damit sollen unter anderem die Räumlichkeiten für die Forscherinnen und Forscher weiter modernisiert werden. In einem nächsten Schritt soll die gesamte Beleuchtung der Station auf LED umgestellt werden. Damit bleibt die UFS auch in Zukunft attraktiv für die Spitzenforschung“, betonte Glauber.

Forschungskonsortium

Die UFS wird unter der Federführung des Bayerischen Umweltministeriums von einem Konsortium aus zehn führenden Forschungseinrichtungen und dem Freistaat Bayern getragen: Umweltbundesamt, Deutscher Wetterdienst, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Karlsruher Institut für Technologie, Helmholtz-Zentrum München, Max-Planck-Gesellschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München, Technische Universität München, Universität Augsburg und Bayerisches Landesamt für Umwelt. Diese enge Zusammenarbeit ermöglicht es, interdisziplinäre Forschungsfragen zu Klimawandel, Umweltmonitoring und Naturgefahren auf höchstem Niveau zu bearbeiten. www.schneefernerhaus.de. □

Bayern investiert jährlich eine Klima-Milliarde

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der Menschheit. Das gehen wir kraftvoll an: Bayern investiert für den Klimaschutz und die Klimaanpassung jährlich eine Klima-Milliarde. Unser Klima wird sich dennoch verändern. Genauso wichtig ist deshalb die Klimaanpassung, der Schutz vor zunehmendem Extremwetter und ein Alpen- und Wassermanagement. Wissenschaft und Technologie ist unsere Chance, Prozesse in der Natur zu verstehen und etwas zu verändern. Wegschauen ist keine Lösung. Mit der hochalpinen Lage ist das Schneefernerhaus dazu ein Schlüsselstandort, der Forschern aus aller Welt ein gutes Umfeld bietet. Wir wollen, dass unsere wunderschöne Natur und Heimat erhalten bleiben. Alles Gute zum 25-jährigen Jubiläum und auf viele weitere erfolgreiche Jahre.“

Einzigartige Erfolgsgeschichte

Umweltminister Thorsten Glauber: „Die Umweltforschungsstation Schneefernerhaus ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Wir investieren in die Zukunft und bauen die UFS weiter kräftig aus. Zum Geburtstag schnüren wir ein Forschungs- und Investitionspaket. Wir passen die UFS an die Herausforderungen der Zukunft an. Eine Million Euro wird in neue Hightech-Geräte und in die Forschungsinfrastruktur fließen. Wir wollen damit beispielsweise den medizinischen Forschungsbereich stärken. Für rund zwei Millionen Euro errichten wir einen neuen Drohnen-Startplatz. Mit Deutschlands höchstem Drohnen-Startplatz verbessern wir die Möglichkeiten der Fernerkundung und von Satellitenmessungen. Um Bayerns Platz in der höchsten Liga der Forschung weiter zu festigen, soll ein hochmodernes Radioteleskop auf der Zugspitze gebaut werden. Dieses könnte Teil eines weltweiten Netzwerks sein, um die Geheimnisse des Weltraums zu lüften. Damit schreiben wir ein neues Kapitel der Weltraumforschung. Wir wollen die Umweltforschungsstation auf Deutschlands Spitze zur Weltspitze machen“. Das rund 4,5 Millionen Euro teure Teleskop wäre gleichzeitig Prototyp und deutscher Ableger des Next Ge-

ge zwischen der Forschungsseilbahn und dem Schneefernerhaus offiziell eröffnet – eine von vielen Maßnahmen, um die Infrastruktur der UFS zu verbessern. Die Einhausung reduziert den Energieverbrauch durch den Einsatz einer energetisch

Resolution der CSU-Landtagsfraktion:

„Verlässlichkeit und Planbarkeit für unsere Wirtschaft“

Der Standort Deutschland steckt in einer tiefen Krise, die bayerische Wirtschaft wird vom Bundestrend mitgezogen. Daher fordert die CSU-Landtagsfraktion mit einer Resolution den Bund auf, Fehlentscheidungen in der Förderpolitik umgehend rückgängig zu machen und die Weichen konsequent und schnell auf Zukunft zu stellen. Bürgergeld, Heizungsgesetz, Kindergrundsicherung, das Rentenpaket, das angedachte Tarifreuegesetz und milliardenschwere Einzelsubventionen: Die Fehlentscheidungen der Ampel-Koalition müssten dringend auf den Prüfstand.

Fakt ist: Die Produktionskosten in Deutschland sind zu teuer. Die Belastungen haben laut CSU-Fraktion ein Ausmaß erreicht, das das Wirtschaften hierzulande unattraktiv gemacht hat und Unternehmen abwandern lässt. Die steuerliche Belastung von Unternehmen und Bürgern sei zu hoch. Sie müsse für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent gesenkt und der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft werden.

Runter mit den Kosten

Lohnzusatzkosten müssten verringert und die soziale Sicherung dringend reformiert werden. Die Rente mit 63 sei ein Auslaufmodell, weshalb Anreize für die Frührente abzubauen seien. Die Rente mit 67 müsse Realität werden. Zudem sei das Arbeitszeitrecht zu flexibilisieren; Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente müssten attraktiver gemacht werden. Überdies seien Kranken- und Pflegeversicherung bezahlbar und gleichzeitig zukunftsfähig zu machen. „Auch die Energiekosten haben die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Darunter leidet ganz besonders die energieintensive Industrie“, stellt die CSU-Fraktion fest. „Strom muss billiger werden. Das gilt auch für Handwerksbetriebe, für den Handel, für die Landwirte und auch für die Bürger. Die Abschaltung der letzten drei Kernkraft-

werke war nicht nur teuer, sondern zum damaligen Zeitpunkt auch ein großer Fehler. Durch Datacenter und Cloud Computing ergeben sich zusätzliche Energiebedarfe. Wir brauchen ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen, aber nicht umgesetzten Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten einführt und die energieintensiven Branchen nachhaltig entlastet. Und wir müssen technologieoffen über die Energieversorgung der Zukunft diskutieren.“

Abläufe vereinfachen

Zudem müsse das Augenmerk darauf gerichtet werden, Abläufe zu vereinfachen, heißt es in der Resolution. Unternehmerische Freiheit sei der Schlüssel für Wachstum und wirtschaftliche Dynamik. Bürokratie und gesetzliche Vorgaben hätten sich zum Hemmschuh entwickelt. Das Ziel müsse sein, unnötige Bürokratie wie das von der Bundesregierung geplante Tarifreuegesetz erst gar nicht zuzulassen. Gesetze sowie Verordnungen und Richtlinien müssten konsequent aus der Praxis heraus bewertet und danach ausgerichtet werden. Berichtspflichten für Unternehmen seien insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren. Auch seien Kaskadeneffekte wie etwa beim Lieferket-

KOLUMNE
Eva Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

schneller als gedacht steht die Bundestagswahl im Februar vor der Tür. Während die Bundeswahlleiterin noch über Papiermangel philosophierte, haben in unseren Rathäusern schon die Vorbereitungen für die Durchführung einer rechtssicheren Wahl begonnen. Denn wir wissen: Gerade in den heutigen Zeiten ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass unsere Demokratie gut und zuverlässig funktioniert.

Neben den faktischen Vorbereitungen und parallel zum allmählich beginnenden Wahlkampf werden von den kommunalen Vertretungen – von der KPV bis hin zum bayerischen oder deut-

der neuen Bundesregierung gegenüber den Kommunen verändern muss. Wir sind die Praktiker vor Ort, wir sind diejenigen, die vor Ort Problemlöser sind und wir sind die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und damit Seismograf für Entwicklungen in unserem Land. Neben einer ausreichenden Finanzierung der kommunalen Ebene und einem Stopp bei immer noch mehr Gesetzen und Verordnungen zu Lasten der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden ist es unabdingbar,

Forderungen an die neue Bundesregierung:

Kommunen stärken, Demokratie sichern

schon Städtetag – die Forderungskataloge an eine neue Bundesregierung formuliert. Viele unterschiedliche Themen werden in diesen Listen aufgeführt: von der Resilienz der Demokratie über Klimaschutz, Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege bis hin zur Entbürokratisierung.

Bei aller Notwendigkeit, konkrete Themen zu benennen und klarzumachen, wo im Einzelnen die Schmerzpunkte für uns Kommunen liegen, muss es vor allem um eins gehen: Die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft zu vermitteln, dass unser Staatswesen funktioniert. Dazu gehört es auch und vor allem, dass sich die Haltung

dass die neue Bundesregierung die kommunale Ebene durch eine verpflichtende Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren mit kommunaler Relevanz frühzeitig in ihre Vorhaben einbezieht. Nur so kann sichergestellt werden, dass beispielsweise Rechtsansprüche, die auf Bundesebene gewollt sind und die immer zu Lasten der Kommunen formuliert, faktisch aber nicht leistbar sind, frühzeitig gesamtgesellschaftlich diskutiert werden können – auf den Rechtsanspruch bei Kinderbetreuung oder aktuell die Diskussion über Rechtsanspruch bei Frauenhausplätzen sei an dieser Stelle verwiesen

In den vergangenen Jahren wurde die kommunale Selbstverwaltung, die so wunderbar wie einzigartig ist, immer weiter ausgehöhlt. Die nächste Bundesregierung muss beweisen, dass es ihr mit einer starken kommunalen Ebene Ernst ist. Dafür bedarf es eines Vertrauenspakts zwischen den staatlichen Ebenen. Als Problemlöserinnen der Republik haben wir Kommunen schon mehr als einmal bewiesen, dass wir dieses Vertrauen verdienen. Denn genau wie die CSU, sind eben auch die Kommunen vor allem eins: Näher am Menschen.

Ihre Eva Weber
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

zung, wenn der Verdienst nicht ausreicht, um sich und die Familie zu ernähren.“

Jobmotor Automobilindustrie

Mit Blick auf die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und Jobmotor werden die Ende 2023 abrupt gestoppte Bundesförderung für klimafreundliche Nutzfahrzeuge mit Wasserstoff- und Elektroantrieb und das Aus der staatlichen Prämie für E- und Hybridfahrzeuge als „große Fehler“ bezeichnet. Es müssten die Voraussetzungen für die Nutzung neuer Antriebsarten geschaffen werden. Dafür brauche es einen schnelleren Ausbau von E-Ladesäulen und von einem zukunftsweisenden Wasserstoffnetz.

Die Bundesregierung wird aufgerufen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das EU-Verbrennerverbot rückgängig zu machen. „Wir brauchen industrie- und klimapolitisch tragfähige CO2-Flottenziele für den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2035 bzw. 2040 sowie eine Neuregelung der Strafzahlungen, verbunden mit einer Berücksichtigung unzureichender Rahmenbedingungen für den Hochlauf klimafreundlicher Antriebstechnologien. Um den notwendigen Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu beschleunigen, muss die Überprüfung der CO2-Regulierung unbedingt auf 2025 statt 2026, bzw. für schwere Nutzfahrzeuge und Busse auf 2026 statt 2027 vorgezogen werden.“ **DK**

Coronatest-Betrug kann weiter strafrechtlich verfolgt werden

Recherche-Fall im BdSt-Schwarzbuch

Die Novelle der Coronavirus-Testverordnung ist vor wenigen Tagen in Kraft getreten – gerade noch rechtzeitig vor Jahresende. Ohne diese Novelle hätte die Pflicht von ehemaligen Coronateststellen-Betreibern, Abrechnungsunterlagen aufzubewahren, am 31. Dezember geendet. Die Novelle verlängert nun diese Aufbewahrungsfrist bis Ende 2028. Darauf hatte der Bund der Steuerzahler (BdSt) immer wieder gedrängt.

Im Einzelnen: Nach BdSt-Recherchen hat es milliardenschwere Abrechnungsbetrügereien durch Teststellenbetreiber gegeben. „Deshalb haben wir gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) und gegenüber Haushaltspolitikern des Bundestags immer wieder dafür geworben, dass die zuständigen Behörden diesen Betrügereien konsequent nachgehen“, heißt es in einer Erklärung des Bundes der Steuerzahler.

Die Fristverlängerung kurz vor Toresschluss wird als Teilerfolg und erster Schritt gewertet. „Jetzt kommt es darauf an, die neu gewonnene Zeit für intensive Betrugsrecherchen zu nutzen. Hier sind sowohl der Bund als auch die Länder gefordert. Konkret: Das BMG und das Robert Koch-Institut können für verbesserte Analysen von Abrechnungsdaten sorgen, um effizient Betrugsindizien zu finden. Die Strafverfolgungsbehörden der Länder müssen diesen Betrugsindizien dann konsequent nachgehen. Der Rechtsstaat muss beweisen, dass er einen längeren Atem hat als Coronabetrüger. Dazu fordern wir im Fall „Coronatest-Betrug: Aufklärung jetzt!“ Dem Robert-Koch-Institut müssen alle Abrechnungsdaten einschließlich der Metadaten zur Verfügung stehen. Dann nämlich könne das RKI effektive Plausibilitätsprüfungen vornehmen und den Strafverfolgungsbehörden der Länder belastbare Betrugsindizien liefern.“ □

Wahlkampf im Fokus...

(Fortsetzung von Seite 1)

chef Söder, bei der Follower gewonnen und Daten für politische Kampagnen gesammelt worden seien. Um die richtigen Plattformen und Inhalte zu wählen, sei die Zielgruppenanalyse in der Social-Media-Arbeit essenziell. Zudem erhöhten regelmäßige und relevante Inhalte die organische Reichweite.

Als Herausforderungen benannte Mocthi den Umgang mit negativen Kommentaren, Bots und automatisierten Angriffen, insbesondere von politischen Gegnern. Auch machten rückläufige organische Reichweiten bezahlte Werbeschaltungen oft notwendig. Interessant auch: Während Social Media in den USA an Bedeutung verliert, rücke der persönliche Kontakt zu Wählern wieder stärker in den Fokus. Diese Entwicklung werde auch für Deutschland als langfristiger Trend erwartet.

Persönlicher Kontakt

Mit Blick auf die Kommunalpolitik erklärte der Social Media-Experte: „Persönliche Accounts sind hier besonders wichtig. Veranstaltungen und Aktionen sollten gezielt für die Content-Produktion genutzt werden. Ergänzend zu Social Media bleibt der persönliche Kontakt zu Bürgern ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Arbeit.“ Er schlug eine integrierte Strategie vor, die persönliche Authentizität, gezielte Online-Kampagnen und klassische Kommunikationsansätze kombiniert. Der Erfolg lokaler Politiker sei auf eine direkte, parteiunabhängige Kommunikation mit den Bürgern zurückzuführen. Selfie-Videos sollten zur Kommunikation auf Social Media genutzt werden, da diese authentisch wirkten und die Distanz zum Publikum verringerten. Für effektive Selfie-Videos seien Relevanz, Spontaneität und der Einsatz von Alltagsmomenten ausschlaggebend. Selbst gemachte Inhalte ohne professionelle Aufbereitung würden von der Zielgruppe geschätzt.

Videos bevorzugt

Plattformen wie Instagram und TikTok favorisieren Mocthi zufolge Videoformate, insbesondere kurze Clips. Videos, insbesondere Selfie-Videos, erzielten mehr Aufmerksamkeit und Interaktionen als Fotos. Authentische und regelmäßige Videobeiträge würden als Schlüssel zu erfolgreicher Kommunikation auf sozialen Medien dargestellt.

Kernforderungen zur Bundestagswahl

Themenwechsel: Auf fünf thematische Kernforderungen stützt sich das einstimmig beschlossene KPV-Positionspapier zur Bundestagswahl 2025: 1. Stärkung der finanziellen Grundausstattung der Kommunen; 2. Abbau von Bürokratie, Aufgaben und Standards; 3. Sicherung der Gesundheitsversorgung in Bayern; 4. Wende in der Asyl- und Migrationspolitik; 5. Qualifizierte Kinderbetreuung vor Ort.

„Die kommunalen Ebenen erhalten lediglich 14 Prozent der Steuereinnahmen, tragen aber rund 25 Prozent der staatlichen Ausgabenlasten. Die massiven Ausgabensteigerungen können von den Kommunen ohne verstärkte Unterstützung des Bundes und angesichts der stagnierenden Wirtschaft und geringerer Steuereinnahmen nicht mehr abgedeckt werden. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen darf auch nicht zu einem Ende aller freiwilligen Leistungen vor Ort führen, die die Lebensqualität in den Kommunen ermöglichen“, heißt es in

dem Positionspapier.

Der Bund, so die KPV, müsse sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche beteiligen, getreu dem Motto „Wer anschafft, zahlt!“ „Wir fordern eine deutliche Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent und die Gewährleistung des bisherigen kommunalen Anteils an der Gewerbesteuer und der kommunalen Hebesatzrechte. Wir verlangen auch eine Garantie aller bisherigen kommunalen Steuerquellen, die Einnahmen und Gebühren langfristig für die Kommunen sicherstellen. Wir fordern, dass Bund und Länder in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen zu finden, um die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben einzugrenzen.“

Zuviel Bürokratie, zu hohe Standards

Deutschland und seine Kommunen müssten zudem von unnötiger Bürokratie, zusätzlichen Aufgaben und hohen Standards entlastet werden. Kleinteilige Förderprogramme, komplexe Vorschriften und verwaltungsinensive Standards verursachten einen erheblichen Aufwand, verlängerten die Bearbeitungszeiten für die Verwaltungen, Bürger und Unternehmen und behinderten flexible, praxistaugliche Lösungen vor Ort. Damit die Kommunen in Zukunft handlungsfähig bleiben, müssten sie sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dies bedeute auch, dass der Bund keine neuen Aufgaben und Standards zu Lasten der Kommunen schafft bzw. diese nicht erweitert.

„Mehr Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung“, laute die Devise. Bürokratie, Aufgaben und Standards zu Lasten der Kommunen müssten daher abgebaut und Entscheidungsspielräume vor Ort gestärkt werden. Die KPV fordert „eine Vereinfachung des Vergaberechts und eine Erhöhung der Schwellenwerte für öffentliche Vergaben sowie mehr Experimentierräume. Wir verlangen ein Moratorium des Bundes für kommunale Aufgaben und Standards. Bei unverzichtbaren Aufgaben und Standards müssen die kommunalen Mehrbelastungen vom Bund übernommen werden. Wir fordern, dass Förderprogramme für Kommunen auf das Wesentliche reduziert und digitalisiert und somit beschleunigt und vereinfacht werden.“

95. Justizministerkonferenz in Berlin:

Erfolgreiche Initiativen aus Bayern

Über 60 Themen standen auf der Tagesordnung der Herbstkonferenz in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin, die von den 16 Landesjustizministerinnen und -ministern behandelt und diskutiert wurden. Mit insgesamt 34 beschlossenen Initiativen haben die Länder erneut wichtige Justiz-Vorhaben für die Zukunft auf den Weg gebracht und damit laut Bayerns Staatsminister Georg Eisenreich „über die Parteigrenzen hinweg ein starkes Signal für den Rechtsstaat gesetzt“. Alle bayerischen Initiativen, deren Schwerpunkt heuer auf praxistauglichen Werkzeugen für Ermittler im Kampf gegen Extremismus und andere schwere Straftaten lagen, hätten eine Mehrheit erhalten.

Auf Initiative von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Brandenburg sprach sich die Justizministerkonferenz für Verbesserungen des Rückführungsverbesserungsgesetzes aus (Aufhebung § 62d Aufenthaltsgesetz). Ziel ist es, Rückführungen zu erleichtern und Abschiebungen nicht zusätzlich zu verzögern bzw. zu erschweren. Darüber hinaus forderte die Konferenz auf Vorschlag von Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin eine rechtssichere Regelung für den Einsatz der Funkzellenabfrage. Diese ist bei schweren Straftaten für Ermittlungen von zentraler Bedeutung – nach einer neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs aber nunmehr in einem engeren Rahmen möglich als bisher.

Der Bund, so die KPV, müsse sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche beteiligen, getreu dem Motto „Wer anschafft, zahlt!“ „Wir fordern eine deutliche Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent und die Gewährleistung des bisherigen kommunalen Anteils an der Gewerbesteuer und der kommunalen Hebesatzrechte. Wir verlangen auch eine Garantie aller bisherigen kommunalen Steuerquellen, die Einnahmen und Gebühren langfristig für die Kommunen sicherstellen. Wir fordern, dass Bund und Länder in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen zu finden, um die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben einzugrenzen.“

Darüber hinaus dürften keine neuen Garantien auf Rechtsansprüche zu Lasten der Kommunen und ohne ausreichende und dauerhafte Finanzierung des Bundes und der Länder sowie Prüfung auf Machbarkeit ausgesprochen werden. Kommunalrelevante Gesetze sollten erst nach einer vollumfassenden Beteiligung der Kommunen (Kommunaler Praxischeck) verabschiedet werden.

Sicherstellung der Gesundheitsversorgung

Darüber hinaus gelte es, das Augenmerk auf die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im Freistaat zu richten. „Die kommunalen Krankenhäuser sind dabei das Fundament einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, insbesondere mit Blick auf die Notfallversorgung. Die kommunalen Krankenhäuser stehen unter anderem mit Defizitausgleich im zweistelligen Millionenbereich vor nicht lösbaren Herausforderungen. Es droht ein kalter Strukturwandel, der die Flächenversorgung vor allem in der Notfallmedizinischen Versorgung gefährdet.“

Nach Auffassung der KPV benötigen die Kommunen eine sofortige finanzielle Unterstützung des Bundes, um die Betriebskosten der Krankenhäuser und einen Transformationsfonds zur Liquiditätssicherung sicherzustellen. Für den nachhaltigen Bestand der Gesundheitsversorgung seien strukturfördernde Maßnahmen des Bundes unerlässlich.

Wende in der Asyl- und Migrationspolitik

Erfolge müsse auch eine Wende in der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung, die die kommunalen Verwaltungen und Ressourcen spürbar entlastet. „Die Kommunen wollen Schutzbedürftigen helfen, aber diese sind weit über der Grenze ihrer Aufnahme- und Integrationskapazitäten angeht. Eine gelingende Integration vor Ort kann nur durch eine

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche:

Steigende Fallzahlen

Schweinfurt. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden 2023 in Bayern insgesamt 5.545 vorläufige Schutzmaßnahmen nach §42 SGB VIII bzw. §42a SGB VIII durchgeführt. Im Jahr 2022 waren es noch 4.917 Maßnahmen. Betroffen sind insgesamt 4.018 Jungen und 1.527 Mädchen. Über die Hälfte der Betroffenen sind zwischen 16 bis unter 18 Jahre alt, weitere rund 21,0 Prozent zwischen 14 bis unter 16 Jahre alt.

Der häufigste Grund (3.000 Fälle, 54,1%) für eine Inobhutnahme ist eine unbegleitete Einreise aus dem Ausland. Wegen Überforderung der Eltern/eines Elternteils wurden 1.205 Inobhutnahmen (21,7 %) durchgeführt. Bei einem Großteil der Fälle ging der Inobhutnahme ein Hinweis des Jugendamtes oder Sozialdienstes (1.874 Fälle bzw. 33,8 Prozent) oder der Polizei, des Gerichts bzw. der Staatsanwaltschaft (1.645 Fälle bzw. 29,7 Prozent) voraus.

3.730 (zwei Drittel) der Minderjährigen wurden in einer geeigneten Einrichtung untergebracht (67,3 Prozent), 532 in einer sonstigen betreuten Wohnform (9,6 Prozent). □

klar gesteuerte und begrenzte Asyl- und Migrationspolitik gewährleistet werden.“ Zwingend notwendig seien ein Ende der illegalen Migration, konsequente Rückführungen für Menschen ohne Bleibeperspektiven und eine höhere auskömmliche Bundesfinanzierung für die kommunalen Integrationsleistungen und -angebote vor Ort.

Die Kommunen wünschten sich außerdem eine qualifizierte Kinderbetreuung, jedoch keine weiteren und nicht erfüllbaren Rechtsansprüche. Die Erfüllung der geltenden Rechtsansprüche für Kitas sowie für die Ganztagsbetreuung stellten sie bereits vor erhebliche organisatorische, finanzielle und personelle Herausforderungen. Laut KPV muss der Bund die Konstruktionsfehler bei den Betreuungsrechtsansprüchen korrigieren und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen bedarfsgerechte Lösungen und Freiräume für die Vielseitigkeit der kommunalen Angebote ermöglichen. DK

Füracker und Gerlach:

Zusätzliches Geld für Kliniken

Fast 95 Millionen Euro werden noch 2024 für 30 Krankenhausbauprojekte bereitgestellt

30 bayerische Krankenhausbauprojekte erhalten zusätzliche Fördermittel in Höhe von fast 95 Millionen Euro. Das Geld haben Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach im Rahmen der Fortschreibung des Jahreskrankenhausbauprogramms 2024 jetzt freigegeben. Diese bislang nicht abgerufenen Fördermittel werden auf Bauprojekte mit Mittelmehrbedarf umgeschichtet.

Finanzminister Albert Füracker betonte: „Die Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, und alle Beschäftigten in unseren Krankenhäusern leisten tagtäglich hervorragende unverzichtbare Arbeit – dies verdient höchste Anerkennung! Der Freistaat Bayern steht weiterhin fest an der Seite seiner Kliniken und Krankenhäuser und leistet zuverlässig seinen Teil, um deren wirtschaftliche Sicherung zu gewährleisten. In 2024 haben wir die Fördermittel für Krankenhausinvestitionen gemeinsam mit den Kommunen um rund 157 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro erhöht. Das ist ein starkes Signal in aktuell für alle Bereiche herausfordernden Zeiten. Wir stellen sicher, dass in Bayern weiterhin gilt: Kein Investitionsstau und eine bedarfsgerechte Mittel-

ausstattung für Krankenhausinvestitionen! Aber auch der Bund ist gefordert, seinen Teil für die Krankenhausfinanzierung beizutragen und angesichts enormer Kostensteigerungen endlich auch wieder für eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten zu sorgen!“

Hochwertige flächendeckende medizinische Versorgung

Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte: „Mit der Umverteilung von Fördermitteln verbessern wir spürbar die Finanzierung der Bauvorhaben an bayerischen Krankenhäusern. Darüber hinaus gewährleisten wir, dass

der in diesem Jahr zur Verfügung stehende Krankenhausförderetat möglichst vollständig an die Krankenhäuser abfließt.“

Die Ministerin ergänzte: „Die Bayerische Staatsregierung setzt sich intensiv und nachhaltig für eine hochwertige flächendeckende medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat ein. Gemeinsam mit den Kommunen investieren wir kräftig in unsere Kliniken. Das Geld ist bestens angelegt, denn die Patientinnen und Patienten profitieren unmittelbar durch die mit den Investitionen verbundene Verbesserung der Versorgungsqualität. Gerade in den unsicheren Zeiten einer herausfordernden Krankenhausreform bleibt der Freistaat ein verlässlicher Partner für die Kliniken.“

Alles in allem enthält das Jahreskrankenhausbauprogramm 2024 insgesamt 102 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 3,8 Milliarden Euro. Grundlage für die Finanzierung ist der staatliche Krankenhausförderetat auf dem Spitzenniveau von 800 Millionen Euro. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Staatsregierung über fünf Milliarden Euro Fördermittel für den Ausbau und die stetige Modernisierung an die bayerischen Kliniken ausbezahlt.

Die Zahlen im Detail:

<https://www.stmfh.bayern.de/internet/stmf/aktuelles/pressemitteilungen/25736/> □

Bund-Länder-Digitalgipfel der Justizminister:

Beschluss zur Justizcloud

Beim Bund-Länder-Digitalgipfel der Justizministerinnen und Justizminister stand das Vorhaben der gemeinsamen Entwicklung einer bundeseinheitlichen Justizcloud, d.h. einer gemeinsamen Cloud-Infrastruktur für justizbezogene IT-Anwendungen von Bund und Ländern, im Mittelpunkt.

Bei ihren vorangegangenen Treffen hatten die Minister eine Studie zur Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justizcloud in Auftrag gegeben. Diese Studie liegt nunmehr vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich eine bundeseinheitliche Cloud-Infrastruktur für justizbezogene Anwendungen praktisch realisieren lässt und ihre Verwirklichung erhebliche Kosten- und Qualitätsvorteile verspricht. Auf Grundlage dieser Studie wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet: Bund und Länder formulieren darin das gemeinsame Ziel, bis Ende 2026 eine erste Version einer bundeseinheitlichen Justizcloud zu realisieren. Finanziert werden soll das Vorhaben aus der Digitalisierungsinitiative der Justiz.

Aus Sicht von Bayerns Staatsminister Georg Eisenreich „bietet das Projekt großes Potenzial für die Herausforderungen des Rechtsstaats der Zukunft und wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Finanzierung ist jedoch bislang nicht ausreichend geklärt. Die Länder sind ohnehin stark gefordert durch von Bundesgesetzen verursachte Aufgaben und dürfen nicht weiter belastet werden. Die Justizcloud muss kommen – aber nicht allein auf Kosten der Länder.“ DK

reich hat die Zahl der Cyberangriffe erheblich zugenommen. Die für die Cybersicherheit zuständigen Behörden müssten sich daher noch besser vernetzen, wozu auch die Strafverfolgungsbehörden zählen.

Prävention

Prävention ist ein zentraler Baustein des bayerischen Schutzkonzepts für Kinder. Dazu leistet das Präventionsprojekt „Kein-Täter-werden“ mit kostenlosen, anonymen und durch die Schweigepflicht geschützten Behandlungsangeboten einen wichtigen Beitrag. Die Förderung durch den Spitzenver-

band Bund der Krankenkassen endet am 31. Dezember 2025. Die Konferenz setzt sich auf Initiative Bayerns dafür ein, die Finanzierung auch für die Zukunft zu sichern.

Erneut stand auf Initiative Berlins, Bayerns und Sachsen-Anhalts der bessere Schutz älterer Menschen vor Straftaten auf der Agenda. Ältere Menschen sind insbesondere bei den Kriminalitätssphären Trickediebstahlstaten grundsätzlich stärker gefährdet als jüngere Menschen. Der Bundesgesetzgeber wird daher aufgefordert, durch gesetzliche Maßnahmen für einen besseren Schutz älterer Menschen zu sorgen. DK

Heimatindex 2024:

Lebenszufriedenheit in Bayern sinkt leicht

Der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken hat im Herbst 2024 einen Zähler auf 65 Punkte im Vergleich zum Sommer 2023 nachgegeben. „Diese vermeintlich nur kleine Veränderung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die schwächelnde Konjunktur den Bayern Sorgen macht“, kommentierte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die Zahlen in München. Im wirtschaftlich erfolgsvorwärtigen Freistaat gab die allgemeine Lebenszufriedenheit um drei Zähler auf jetzt 71 Punkte nach, während die Lebenszufriedenheit im Rest der Bundesrepublik einen Zähler auf 60 Punkte zulegte. Im Sommer 2023 war der Unterschied zwischen Bayern (74 Punkte) und Bund (59 Punkte) noch deutlicher ausgefallen.

Die Lebenszufriedenheit beurteilen die Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben mit jeweils 72 Punkten etwas besser als der bayerische Durchschnitt. In allen anderen Regierungsbezirken bleibt der Wert unter dem Durchschnitt: In Oberbayern und Oberfranken liegt er bei 70 Punkten, in der Oberpfalz bei 69 Punkten und in Unterfranken bei 68 Punkten.

Wirtschaftliche Sorgen drücken der jungen Generation aufs Gemüt

Die Sorge um die lahrende Wirtschaft zeigt sich auch im Teilindex „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation“, der um zwei Zähler auf 62 Punkte zurückging. Dagegen sind die regionalen Unterschiede in dem Teilindex nur marginal: Mittelfranken und Schwaben vergeben 63 Punkte. Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken und Unterfranken 62 Punkte und Oberpfalz 61 Punkte. Dafür ist bei den Altersgruppen ein deutlicher Unterschied zu sehen: Besonders schlecht beur-

teilen diesen Teilindex die 18- bis 24-Jährigen, die hier nur 57 Punkte vergeben. Bei der Unterkategorie „eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation“ vergibt diese Altersgruppe sogar nur 48 Punkte – zehn weniger als der Durchschnitt. „Diese Zahlen belegen, dass besonders die junge Generation unter der schwächelnden Konjunktur leidet“, folgerte Müller. „Umso wichtiger ist es, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einen klaren Kurs einzuschlagen. Widersprüchliche Strategien, Unklarheiten und Wankelmütigkeit in den Aussagen sind kontraproduktiv und wirken sich unmittelbar auf die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung aus“, kritisierte er.

Traditionell die höchsten Werte erreicht der Teilindex „Vernetzung mit Freunden und Familie“, der allerdings um einen Zähler auf 74 Punkte im Vergleich zur Erhebung im Sommer 2023 nachgibt. Besonders gut wird dieser Teilindex mit 76 Punkten in Niederbayern bewertet. Auf 74 Punkte kommt er in Oberbayern, der Oberpfalz, Mittelfran-

ken und Schwaben – auf 73 Punkte in Unterfranken und 72 Punkte in Oberfranken. Die Unterkategorie „familiäre Situation“ büßt vier Zähler auf 74 Punkte ein, während die Unterkategorie „Freundes- und Bekanntenkreis“ einen Zähler auf 73 Punkte zulegt.

Zwei Zähler auf 60 Punkte gibt der Teilindex „Wohnumfeld“ nach. In Unterfranken beläuft sich dieser Wert auf 62 Punkte, 61 Punkte erreicht er in Oberbayern und Oberfranken, je 60 in Niederbayern und der Oberpfalz und 59 in Mittelfranken und Schwaben. Auch hier sind es wieder die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die diesen Teilindex schlechter bewerten, mit 56 Punkten und damit vier Zähler unter dem bayerischen Durchschnitt.

Die zum Teilindex „Wohnumfeld“ gehörende Unterkategorie „Zustand der Natur“ bewerten die Bayern nochmals zwei Zähler schlechter als im Vorjahr, mit 55 Zählern. Während der Corona-Pandemie hatte der Wert im Sommer 2021 noch bei 61 gelegen. Die Unterkategorie „Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen“ gibt um zwei Punkte nach, auf einen Wert von 48 Punkten. Diese Entwicklung gibt auch den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken Anlass zur Sorge. „Die Sprengung von Geldautomaten durch organisierte Banden sowie immer professionellere Betrugsversuche online oder via Telefon schlagen negativ auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch“,

kommentierte Müller die Zahlen.

Unverändert bei 51 Punkten verharrt der Teilindex „Technische Infrastruktur und Grundversorgung“. Besonders gut mit je 52 Punkten bewerten diesen die Oberbayern, die Oberpfälzer, Mittelfranken und Schwaben. In Niederbayern sind es 51 Punkte, in Unterfranken 49 Punkte und in Oberfranken 48 Punkte. Große Fortschritte hat Bayern offenbar beim Ausbau des Internets gemacht. Die Unterkategorie „Verfügbarkeit und Geschwindigkeit des Internets“ bewerten die Befragten mit 66 Punkten fünf Zähler besser als noch im Sommer 2023.

Gesundheitsversorgung wird schlechter bewertet

Rückläufig ist hingegen die Bewertung der Gesundheitsversorgung. Mit Ausnahme von Schwaben verzeichnen alle Regierungsbezirke Einbußen. Der Wert sank hier um drei Punkte auf 43 Zähler. „Die Gesundheitsversorgung wird auch in den kommenden Jahren ein erhebliches Problem gerade für die ländliche Bevölkerung bleiben. Genossenschaftliche Lösungen, beispielsweise in Form von Medizinischen Versorgungszentren, können ein Weg sein, dem entgegenzuwirken und die Gesundheitsversorgung im gesamten Land zu verbessern“, findet Müller.

Bei 70 Punkten verharrt der Teilindex „Freizeit, Kultur und Bildung“. 72 Punkte vergeben hier Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben, je 70 Punkte Oberbayern und Oberfranken. Auf 69 Punkte kommt dieser Teilindex in der Oberpfalz, in Unterfranken sind es 68 Punkte. Während die Unterkategorie „Schul- und Bildungsangebote“ um drei Zähler auf 67 Punkte nachgibt, nimmt die Beurteilung der „Kulturellen

Angebote“ um vier Zähler auf 73 Punkte zu. „Die steigende Zufriedenheit mit kulturellen Angeboten deutet auf eine positive Entwicklung in der Freizeitgestaltung hin, was auf eine anhaltende Belebung des gesellschaftlichen Lebens in Bayern schließen lässt“, sagte Müller.

Der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wird jährlich im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage vom Meinungsforschungsinstitut GMS Dr. Jung GmbH ermittelt. Dazu bewerten

die Befragten einzelne Aspekte der Kategorien „Allgemeine Lebenszufriedenheit“, „Vernetzung mit Freunden und Familie“, „Freizeit, Kultur und Bildung“, „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation“, „Wohnen, Umwelt und Sicherheit“ sowie „Technische Infrastruktur und Grundversorgung“ mit 0 bis 100 Punkten. Aus diesen Teilergebnissen wird der Index berechnet. Für diesen Heimatindex wurden insgesamt 1.006 Teilnehmer zwischen dem 11. September und dem 16. September 2024 befragt. □

BaFin entlastet kleine Banken

GVB begrüßt Fortschritte und fordert weiteren Bürokratieabbau

Die BaFin will die Auflagen für kleine Banken reduzieren. Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als fünf Milliarden Euro sollen von Lockerungen bei den Regeln zum Risikomanagement und zum Berichtswesen profitieren. „Das sind gute Nachrichten, auf die wir als Verband seit Langem hinarbeiten“, kommentierte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern die jüngsten Äußerungen von BaFin-Exekutivdirektor Raimund Röseler.

„Für fast alle der 184 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken bedeutet dies eine spürbare Entlastung. Sie können sich damit wieder stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: die Betreuung ihrer Kundinnen und Kunden, die Entwicklung innovativer Produkte und den Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern“, sagte Müller.

Besonders freut sich der GVB-Präsident darüber, dass die BaFin auch Vorschläge des GVB zum Abbau von Regulierung aufgenommen und ihre eigene Aufsichtspraxis präzisiert hat. Auch bewertet er es als positiv, dass die BaFin die Auslegung bestehender Vorschriften klarer macht: „Das schafft dringend benötigte Sicherheit für die Institute. In der Vergangenheit führte der große Auslegungsspiel-

raum oft zu Unsicherheiten“, sagte er. In diesem Zusammenhang stellt die nun getroffene Klarstellung zu „kleinen“ und „sehr kleinen“ Instituten ein aufsichtliches Novum dar.

Trotz der Fortschritte sieht der GVB weiterhin erheblichen Handlungsbedarf, um Kreditinstitute und Mittelstand von Bürokratie und Regulierung zu entlasten. „Der GVB hat kürzlich 36 praxisnahe Maßnahmen vorgeschlagen, um die Bürokratie im Bankwesen nachhaltig zu reduzieren. Die Umsetzung dieser Vorschläge durch Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden auf nationaler und EU-Ebene wäre ein weiterer wichtiger Schritt, um kleine und mittlere Institute sowie den Mittelstand von unnötigem regulatorischem Ballast zu befreien“, so Müller. □

Gemeinsam stark für eine nachhaltige und sichere Zukunft.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Nachhaltigkeit gehört seit jeher zur DNA der Genossenschaften. Als bedeutende Säule der Finanzwirtschaft übernehmen wir Verantwortung, den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft mitzugestalten. Auch Sie können ein Beitrag dazu leisten. Lassen Sie sich zur nachhaltigen Geldanlage in Ihrer Bank beraten.

 **Volksbanken
Raiffeisenbanken**



Wider den kommunalen Burnout

Mit starken Kommunen Staat machen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Bayern lässt seine Kommunen in schwierigen Zeiten nicht alleine. Die Gemeinden, Städte und Landkreise können sich auf die Staatsregierung verlassen. Das ist die Quintessenz aus den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2025 im Freistaat. Zweifelsfrei ist das eine gute Nachricht. Über die ungebrochen schwierige Lage der Kommunen hinwegtäuschen kann sie dennoch nicht. Schließlich mussten sie in den zurückliegenden Jahren nur zu oft das ausbaden, was im Bund und fernab von den Nöten im Land entschieden wurde.

Seit Jahren rächt sich, dass die Bundesebene konsequent das, was sich das politische Berlin an vermeintlichen Wohltaten ausdenkt, aber nicht finanzieren kann oder möchte, zu den Kommunen durchreicht. Banal, aber

gänzen. Sie alle treiben zunehmend mehr Kommunen in den finanziellen Burnout. Und nicht nur das. Sie säen hier und da und zu dem immer öfter Zwietracht zwischen den kommunalen Ebenen selbst, stiften gesellschaftliche Unruhe. Die Eskalation um die Anmeldung ukrainischer Geflüchtete in Bad Griesbach ist Beispiel mit Dramenstoff: Ein Bürgermeister der sich der Anmeldung verweigert, ein Landratsamt das auf Einhaltung von Gesetzen pocht und deren Umsetzung anweist, ein zweiter Bürgermeister, der vollzieht. Dass es überhaupt so weit kommen konnte, ist ein politisches Desaster.

Das föderale Deutschland trifft auseinander. Dieser Prozess muss dringend ein Ende finden. Die Möglichkeiten dazu haben die politischen Entscheider auf der Bundesebene. Vor allem die künftige Regierungsmehrheit im Bundestag und die von ihr getragene Bundesregierung stehen in der Verantwortung.



Dr. Jürgen Gros.

Bild: Barbara Obermaier

leider wahr: Die letzten beißen die Hunde und das sind in dem Fall die Gemeinden, Städte und Landkreise. Für sie entstanden in der letzten Dekade – und die Anfänge der Malaise liegen nun mal in Merkels Kanzlerschaft – immer wieder aufs Neue ungeahnte und alle Kalkulationen sprengende Kosten. Es sei beispielhaft auf die Folgen einer naiven Migrationspolitik, illusionären Energiepolitik oder fordernden Ganztagsbetreuung verwiesen. Zahlreiche andere kostenzehrende Aufgabenzuweisungen ließen sich er-

Sie sollten es besser machen als die abgehobenen Streithansel der Ampelregierung. Besser auch als jene, die ein gesamtgesellschaftliches „wir schaffen das“ politisch proklamierten und selbst kläglich an der kollektiv verordneten Zielsetzung scheiterten.

Zehn verlorene Jahre sind genug. Politischer Realismus muss zum Leitmotiv der künftigen Bundesregierung werden. Für Weltverbessererutopien ist kein Platz mehr. Wer Deutschland politisch wieder in die Spur führen will, muss sich auf das Wesent-

liche konzentrieren. Schluss mit der unheilvollen Diskussion um die Schuldenbremse ist ein Punkt. Die Linie ist einfach und folgt simplen kaufmännischen Erwägungen. Beschlossen werden kann nur noch das, was solide und verfassungsgemäß finanzierbar ist – auch wenn es schmerzhaft ist. Ein zweiter, damit eng verwobener Punkt: Es braucht eine Steuer- und Verteilung zwischen Kommunen, Ländern und Bund, die sicherstellt, dass jede Ebene den Verpflichtungen aus ihrem Leistungskatalog nachkommen kann. Das ist im Übrigen kein politisches Wunschdenken, sondern Verfassungsauftrag. Damit wird drittens sichergestellt, dass sich der Bund nicht aufs Neue zulasten von Gemeinden, Städten und Landkreisen gesundrecknet. Zum Vierten sollten die künftigen Regierungspartner von Anfang an Bekenntnis dazu ablegen, dass ihre Zusammenarbeit nicht vom „gib Du mir, dann gebe ich Dir“ geprägt sein darf, sondern von einem „was lassen wir künftig, weil es sich unser

LfA-Herbstbilanz:

1,18 Milliarden Euro für Bayerns Wirtschaft

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit Kreditzusagen von über 1,18 Milliarden Euro gefördert. Knapp 970 Millionen Euro flossen dabei im Rahmen der programmgebundenen Förderkredite. Die Gelder gingen an insgesamt rund 2.500 bayerische Unternehmen und Kommunen.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging die Nachfrage nach dem Förderangebot der LfA insgesamt zurück. Die Tendenz ist zuletzt allerdings wieder positiver: Das gerade zu Ende gegangene dritte Quartal war das bisher stärkste des Jahres 2024, dabei entwickelten sich insbesondere die Darlehenszusagen in den Förderbereichen Gründung, Wachstum und Innovation positiv. Während bislang ein hoher EU-Referenzzins Förderkredite weniger attraktiv gemacht hatte, ist in den kommenden Monaten mit fallenden EU-Referenzzinssätzen und einer positiven Entwicklung der Fördernachfrage zu rechnen.

In den ersten neun Monaten 2024 am meisten gefragt waren die LfA-Förderprogramme für Gründung und Unternehmensnachfolge (2024 bisher über 310 Millionen Euro) sowie für Wachstums- und Modernisierungsmaßnahmen (2024 bisher mehr als 395 Millionen Euro). Dabei macht sich auch die Öffnung des Gründungs- und Wachstumskredits (GuW) für Betriebsmittel im Juni positiv bemerkbar. So stieg die Nachfrage nach dem zu Beginn des Jahres neu konzipierten Kernprogramm der LfA zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung gegenüber dem vorangehenden Quartal um 20 Prozent. Bis Mitte Juni waren im GuW ausschließlich Investitionen und Warenlager förderfähig.

tal and Sustainable Finance: New Drivers for Market Efficiency“ von Dr. Ralf Laschinger (Betreuung: Prof. Gregor Dorfleitner, Universität Regensburg), der hervorhebt, welche große Rolle die Bestätigung spielt: „Wissenschaft lebt oft und notwendigerweise von Rückschlägen und Scheitern, weshalb ich mich umso mehr über die Anerkennung meiner Arbeit im Bereich Digital and Sustainable Finance durch die Praxis freue und für diese Auszeichnung außerordentlich dankbar bin. Als Bayer einen Preis mit dem Namen König Max entgegennehmen zu dürfen, ehrt mich ganz besonders.“

Land nicht mehr leisten kann, und wie sagen wir es den Menschen“. Und fünftens braucht das Land eine kluge politische Übereinkunft, nach der Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit Vorrang vor allem anderen haben.

Ja, das Paket ist ambitioniert, und politischen Mut braucht es beim Umsetzen und Durchhalten allemal. Aber es wird Deutschland in schwieriger Zeit guttun, wenn Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihrer verfassungsgemäßen Verantwortung gerecht werden – und dabei streng im Blick behalten, wo Politik unmittelbar spürbar wird: in den Kommunen. Ohne sie ist kein Staat zu machen.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

Rund 4,85 Mrd. Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Inmitten herausfordernder Zeiten, geprägt von weltweiten Unsicherheiten, stetig steigenden Kosten und gekürzten Bundesmitteln, bleibt der Freistaat Bayern weiterhin starker Partner seiner Kommunen“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit. Im Jahr 2025 stellt der Freistaat seinen Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs rund 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind über 600 Mio. Euro mehr als 2024 und dies trotz deutlich zurückgehender Steuerprognosen für den Staatshaushalt. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten im kommenden Jahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 4,85 Milliarden Euro.

Oberbayern

Wie Füracker erläuterte, bekommen die Kommunen in Oberbayern im kommenden Jahr über 946 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern gehen mit 48,1 Mio. Euro an den Landkreis Rosenheim. Danach folgt der Landkreis Fürstentfeldbruck mit 44,9 Mio. Euro. Insgesamt erhalten die Landkreise in Oberbayern rund 471 Mio. Euro. Unter den oberbayerischen Gemeinden hat die Stadt Rosenheim mit 23,8 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Ingolstadt mit 17,7 Mio. Euro und die Stadt Fürsten-

gen Gemeinden in der Oberpfalz entfallen rund 243 Mio. Euro. Mit 271 Euro je Einwohner werden ihnen um 28 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt überwiesen.

Mittelfranken

Mittelfranken kann 2025 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 791 Mio. Euro kalkulieren. Mit 255,8 Mio. Euro darf sich die Stadt Nürnberg erneut über die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern freuen. Die Stadt Fürth bekommt mit 88,5 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in Mittelfranken, gefolgt von den Landkreisen Ansbach mit 40,1 Mio. Euro und Nürnberger Land (32,2 Mio. Euro). Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken belaufen sich 2025 auf über 211 Mio. Euro, für die Landkreise auf mehr als 191 Mio. Euro.

Oberfranken

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberfranken werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 537 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Bamberg mit 45,5 Mio. Euro, ein Plus von 28 Prozent im Vergleich zu 2024. Danach folgt die Stadt Hof mit 35,1 Mio. Euro. Mit 747 Euro je Einwohner erhält sie die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner unter allen kreisfreien Städten in Bayern. Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen insgesamt über 250 Mio. Euro. Mit 301 Euro je Einwohner erhalten sie um 41 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Auch das ist der Spitzenwert im Freistaat. Für die Landkreise in Oberfranken stehen rund 177 Mio. Euro bereit.

Unterfranken

Schlüsselzuweisungen in Höhe von 661 Mio. Euro gehen an die unterfränkischen Kommunen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen 2025 erhält die Stadt Würzburg mit 57,2 Mio. Euro, ein kräftiger Anstieg um 12 Prozent. Dahinter folgen die Landkreise Aschaffenburg mit 38 Mio. Euro und Würzburg (37,1 Mio. Euro). Die kreisangehörigen Gemeinden bekommen über 323 Mio. Euro. Mit 299 Euro je Einwohner erhalten sie um 40 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Die Landkreise in Unterfranken können mit über 237 Mio. Euro kalkulieren.

Schwaben

Den schwäbischen Kommunen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 878 Mio. Euro zuteil. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Regensburg mit 23,8 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 18,7 Mio. Euro im Vergleich zu 2024. Die zweithöchsten Gemeindegemeinschaften erhalten die Stadt Weiden mit 21,8 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Amberg mit 16,1 Mio. Euro. Auf die kreisangehöri-



Albert Füracker.

feldbruck mit 11,1 Mio. Euro. Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund einer hohen Steuerkraft auch 2025 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich auf über 433 Mio. Euro.

Niederbayern

Über 558 Mio. Euro werden für die niederbayerischen Gemeinden und Landkreise bereitgestellt. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 45,7 Mio. Euro an den Landkreis Passau. Insgesamt erhalten die Landkreise in Niederbayern über 213 Mio. Euro. Unter den Gemeinden in Niederbayern werden der Stadt Landshut mit 36,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen zuteil. Die zweithöchsten Gemeindegemeinschaften gehen an die Stadt Passau mit 27,2 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern betragen 2025 rund 257 Mio. Euro.

Oberpfalz

Die Kommunen in der Oberpfalz dürfen sich über Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 479 Mio. Euro freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält der Landkreis Regensburg mit 44,5 Mio. Euro, gefolgt vom Landkreis Schwandorf mit 31 Mio. Euro. Insgesamt bekommen die Landkreise in der Oberpfalz 2025 rund 174 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden gehen an die Stadt Regensburg mit 23,8 Mio. Euro. Das bedeutet ein Plus von 18,7 Mio. Euro im Vergleich zu 2024. Die zweithöchsten Gemeindegemeinschaften erhalten die Stadt Weiden mit 21,8 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Amberg mit 16,1 Mio. Euro. Auf die kreisangehöri-

Wissenschaftspreis 2024 der bayerischen Sparkassen:

Talente und Innovationskraft für unsere Zukunft

Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, hat in München erstmals drei junge Akademikerinnen und Akademiker mit dem neuen Wissenschaftspreis der bayerischen Sparkassen ausgezeichnet. Dießl freute sich: „Bereits in der ersten Wettbewerbsrunde haben sich zukunftsweisende Arbeiten durchsetzen können. Als thematische Schwerpunkte haben sich Nachhaltigkeit und Digitalisierung herauskristallisiert. Denn hier liegen schließlich zwei der wichtigsten Dreh- und Angelpunkte für die Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Ich bin begeistert, wie viele der theoretischen Abhandlungen schon klar die Richtung für die praktische aktuelle Arbeit der Sparkassen weisen.“

Aufgerufen zur Nominierung waren alle wirtschaftswissenschaftlichen und thematisch naheliegenden Lehrstühle und Institute an bayerischen Hochschulen.

Große Anerkennung für die beste Bachelor-Arbeit ging an Revekka Papadopoulou (Betreuung: Prof. Thomas Hartung, Universität der Bundeswehr München) für ihre Arbeit ‚Behavioral Insurance: Systematische Untersuchung der Anwendbarkeit digitaler Nudging-Methoden für die Förderung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens im Versicherungswesen‘. Die Preisträgerin betont ihre Dankbarkeit für die Unterstützung ihrer Professoren, deren Rückhalt sie ermutigt, jetzt weitere Entwicklungsschritte zu wagen: „Ergänzend dazu bietet mir der Preis eine wertvolle finanzielle Grundlage. Dass meine Arbeit zu verhaltensökonomischen Ansätzen in der Nachhaltigkeitstransformation des Finanzsektors gewürdigt wird, be-

stärkt mich zusätzlich darin, mein Engagement auf diesem Gebiet fortzuführen.“

Als beste Master-Arbeit wurde ‚Kosten und Nutzen der Nachhaltigkeitsberichterstattung bei deutschen Unternehmen‘ von Miriam Knauer (Betreuung: Prof. Klaus Schäfer, Universität Bayreuth) ausgezeichnet. Sie unterstreicht ihre Freude über die Auszeichnung mit dem Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis: „Für mich ist es eine besondere Freude, dass die intensive Arbeit, die ich in dieses Thema gesteckt habe, nicht nur an der Uni Anerkennung findet, sondern auch außerhalb als wertvoll wahrgenommen wird. Das Preisgeld ist eine tolle Unterstützung, es macht die Auszeichnung für mich auch privat besonders wertvoll.“

In der Kategorie ‚Beste Dissertation‘ sprach sich die Jury für eine kumulative Arbeit aus. Die Auszeichnung geht an ‚Digi-

Argumente und Positionen der Sparkassen-Finanzgruppe:

Mittelstand braucht Freiraum

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und der europäischen Wirtschaft und unerlässlich für Innovation, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Doch während mittelständische Unternehmen versuchen, sich in einer Welt des Wandels zu behaupten, treffen sie auf ein alles überwucherndes Netz aus Bürokratie und Regulierungen. Vorschläge, wie der Mittelstand von der Politik entlastet werden kann – von vereinfachten Berichtspflichten bis hin zu unterstützenden Finanzierungslösungen – liefert nun ein praxisnahes Argumentationspapier der Sparkassen-Finanzgruppe.

In Deutschland gibt es etwa 600 Großunternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Dem stehen 3,2 Millionen kleine und mittlere (KMU) sowie Kleinst-Unternehmen gegenüber. Doch dieser Mittelstand steht unter Druck. Als Hauptfinanzierer mittelständischer Strukturen in Deutschland sehen die Sparkassen und ihre Verbundpartner mit Sorge, dass EU-Kommission und -Parlament mit einer massiven Steigerung von detailliertesten Regularien für fast alle Lebensbereiche schlichtweg für Überforderung sorgen. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaft: DSGVO, Lieferkettengesetz, Verbraucherschutz, sektorbezogene Verordnungen und Richtlinien, der Vollzug zu-

ständiger Aufsichtsbehörden – die Anzahl mittelbar oder unmittelbar zu beachtende Vorschriften wächst ungebremst.

Wandel der Realwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: immenser Investitionsbedarf

Dabei muss die Wirtschaft auch die dringend erforderliche Transformation stemmen. Für den Wandel der Realwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit prognostiziert der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) allein bis 2030 einen Investitionsbedarf von 1,1 Billionen Euro. Ungefähr die Hälfte werden die kleinen und mittleren Unternehmen tragen müssen. Während ein Teil

aus Eigenmitteln erbracht werden kann, schätzt der Verband das Finanzierungsvolumen für KMU auf 290 Milliarden Euro, bei steigender Tendenz bis zur angestrebten Klimaneutralität.

Die Sparkassen appellieren an die Entscheidungsträger, mittelständische Strukturen nicht preiszugeben. „Anders als Großkonzerne oder wirtschaftliche Monostrukturen kann der Mittelstand keinen korporatistischen Interessendruck ausüben, mithin stehen ihm auch keine wirksamen Stellhebel zur Verfügung. Die Folge ist: KMU und Kleinstunternehmen treten schleichend und leise aus dem Markt aus.“

Lösungsansätze für wesentliche Zukunftsbereiche

Die Ziele der EU mögen nachvollziehbar sein, die für den Mittelstand unerfüllbaren bürokratischen Regulierungsaufwände seien es nicht. „Wenn aber gerade diejenigen auf der Strecke bleiben, die das Rückgrat von

Wettbewerbs- und Innovationskraft bilden und zugleich Wirtschaft und Finanzsystem stabilisieren, kann die Politik am Ende nur noch feststellen: Operation gelungen, Patient tot.“ Damit es nicht so weit kommt, schlagen die Sparkassen Lösungsansätze für drei wesentliche Zukunftsbereiche vor: Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Finanzierung.

Beispiel Nachhaltigkeitsberichterstattung: Die verbindlichen und komplexen Berichtsinhalte stellen Mittelständler vor besonders große Herausforderungen. Um sie zu entlasten, seien nicht börsennotierte Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen zu Recht zwar von der Berichtspflicht ausgenommen, jedoch falle in der Praxis aber auch der Mittelstand unter eine indirekte Berichtspflicht, insofern er oftmals Teil der Lieferkette berichtspflichtiger Großunternehmen ist.

CSRD-berichtsspflichtige Unternehmen fordern laut DSGV beispielsweise Informationen über den CO2-Fußabdruck ihrer mittelständischen Zulieferer, um ihre eigene Treibhausgasbilanz aufstellen zu können. Bei einer notwendigen Novellierung der CSRD sollte für den Mittelstand eine Begrenzung der relevanten Lieferkette („Value Chain Cap“) festgelegt werden, um einen unkontrollierten Trickle-down-Effekt, der die Mittelständler überlasten würde, zu verhindern und um Rechtssicherheit für die berichtspflichtigen Unternehmen zu schaffen.

Beispiel Digitalisierung

Beispiel Digitalisierung: Mittlerweile gibt es 113 europäische Gesetze, die den digitalen Sektor regulieren sollen. Wer in die-

ser Vielfalt auch nur annähernd den Überblick behalten will, benötigt enorme personelle und finanzielle Ressourcen oder eine eigene Compliance-Abteilung. Gerade mittelständische Unternehmen verfügen in der Regel über beides nicht. Auch hier ist aus Sicht des DSGV „eine Anpassung der Vorgaben an das tatsächlich durch den Mittelstand Leisbare“ erforderlich.

KI-Verordnung im Visier

Was die KI-Verordnung angeht, würden Entwickler und Betreiber von KI-Systemen mit regulatorischen Anforderungen konfrontiert, die nur von großen Konzernen erfüllt werden können. Neben einer einheitlichen, innovationsfreundlichen und rechtssicheren Umsetzung der neuen Vorgaben in der gesamten EU sei sicherzustellen, dass die Erfüllung gesetzlicher Pflichten (z. B. Zertifizierung und Dokumentation) beim Betrieb von KI-Systemen keine derart hohen Kosten verursacht, dass der Mittelstand Wettbewerbsnachteile erleidet. So sei bei den Leitlinien künftig darauf zu achten, dass nicht jedwede Art von Software unter die KI-Definition fällt.

Für Mittelständler ist das Recht auf Datenzugang und auf die Anwendung nutzergenerierter Daten von großer Bedeutung. Viele Mittelständler verfügen allerdings nicht über die erforderliche Datenlogistik und stießen leicht an die Grenzen des Datenzugangsrechts. Die Anforderungen dürften nicht dazu führen, dass Geschäftsgeheimnisse preisgegeben werden, heißt es in dem Papier.

Als wesentliches Hindernis wird das fehlende Augenmaß des europäischen Gesetzgebers

bei regulatorischen Tätigkeiten identifiziert. Die zunehmende Detailregulierung trage nur wenig dazu bei, die ambitionierten wirtschaftlichen Ziele der EU zu erreichen. Vielmehr fördere sie eine Überbürokratisierung, die den Handlungsspielraum des Mittelstands einschränkt.

Dringend nötig sei daher eine Ex-post-Überprüfung von Richtlinien und Vorgaben auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand. Dabei müssten Bagatelgrenzen und Schwellenwerte festgelegt werden, um zu verhindern, dass der Mittelstand unverhältnismäßig belastet wird. Zudem seien spezielle Vorgaben zu schaffen, um Mittelständlern mehr Rechtssicherheit zu bieten, etwa durch die Einführung von Regulierungs-Sandboxes, die Innovationen und neue Geschäftsmodelle unter gesicherten Rahmenbedingungen erproben lassen.

Beispiel Finanzen

Die Diversität der Unternehmenslandschaft sei eine zentrale Stärke der deutschen und europäischen Wirtschaft und mache sie krisenresistenter. Um diese Vielfalt zu bewahren, müsse der Fokus der Regulierung darauf liegen, Hindernisse abzubauen, anstatt neue zu schaffen. Insbesondere sei sicherzustellen, dass die Kreditfinanzierung, auf die der Mittelstand in besonderer Weise angewiesen ist, nicht durch regulatorische Vorgaben behindert wird. „Mehr Pragmatismus und weniger Vorschriften sind entscheidend, um die wirtschaftlichen Ziele der EU zu erreichen und den Mittelstand zu stärken“, fordert der DSGV. **DK**

Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe:

„Generationenhilfe Börderegion“

„Zukunftssichere Lösungen für die Generation Babyboomer“ waren gefragt beim „Deutschen Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe 2024. Die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung erhält in diesem Jahr der Verein „Generationenhilfe Börderegion“. Im Münchner PresseClub überreichte Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, als Schirmherr den Preis an das Gewinner-Team.

„Die Zahl der Älteren in unserer Gesellschaft nimmt zu und damit auch die Wahrscheinlichkeit für eine steigende Anzahl pflegebedürftiger Personen. Wir müssen Alternativen und Ergänzungen zum derzeitigen Pflegesystem aufbauen, um den Bedarf zu decken“, erklärte Reuter. Die Idee hinter dem Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe sei, diesen Entwicklungsprozess zu fördern. „Wir unterstützen mit dem Preis Projekte, die bereits mutig vorangehen und Ideen

entwickelt haben, die sich nachhaltig und skalierbar möglichst in allen Regionen Deutschlands umsetzen lassen.“

Das Projekt Generationenhilfe aus Hohenhameln in Niedersachsen überzeugte die Jury besonders mit der Idee, mit einem festen Netzwerk von Ehrenamtlichen hilfebedürftige Vereinsmitglieder im Alltag zu unterstützen. Gleichzeitig biete der Verein mit seinen mehr als 600 Mitgliedern und seiner Begegnungsstätte „Mittelpunkt“ im Ortskern der 9.600 Einwoh-

ner zählenden Gemeinde eine beliebte Anlaufstelle mit vielfältigem Freizeit- und Unterstützungsangebot.

„Mit dem Pflegeinnovationspreis fördern wir zukunftsweisende Versorgungskonzepte: Konzepte, die Pflegebedarf etwa durch generationenübergreifende Strukturen abfedern und gleichzeitig die Bedürfnisse älterer Menschen im Blick haben, nämlich auch im Alter in eine Gemeinschaft eingebunden zu sein und das Leben aktiv gestalten zu können“, betonte Katharina Jessel, Vorstandsmitglied der Union Krankenversicherung (UKV), ein Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Dies gelinge dem diesjährigen Gewinnerprojekt hervorragend durch den familiären Zusammenhalt unter den Vereinsmitgliedern und die professionell organisierte Unterstützung vor Ort, die den Seniorinnen und Senioren ermöglichen, lange selbstbestimmt im eigenen Zuhause leben zu können.

Lab von Präsident Dießl

„Dieses Projekt zahlt darauf ein, Pflege in der Region umzusetzen, nicht nur mit Pflegeeinrichtungen, sondern durch gesellschaftliches Engagement vor Ort“, lobte Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern und Vorsitzender der Jury. „Feste, etablierte Strukturen sind dabei wichtig, denn ein Netzwerk für ehrenamtliche Unterstützungsleistungen kann dauerhaft nicht von einigen wenigen Einzelpersonen getragen werden.“

Die Helferinnen und Helfer und die Organisatoren, von denen die meisten rüstige Ruheständler sind, profitierten ebenfalls von ihrer sinnstiftenden Tätigkeit, lobte die Jury das Gewinnerprojekt. Auch das integrierte „Tauschkonzept“ gefiel: Die ehrenamtlich Engagierten können durch ihren Einsatz Hilfeleistung ansparen, wenn sie diese später selbst einmal benötigen, indem sie ihre Aufwandsentschädigung von zehn Euro pro Stunde auf einem vereinseigenen Treuhandkonto gutschreiben lassen. 6.746 Hilfestunden wurden im Jahr 2023 von 46 Ehrenamtlichen geleistet und insgesamt 445 Veranstaltungen organisiert. **DK**

CSU-Fraktion zur Bezahlkarte:

Wirksame Maßnahme

Die im März 2024 in Bayern eingeführte Bezahlkarte hat sich nach Angaben der CSU-Landtagsfraktion bewährt. Asylbewerber und Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, erhalten ihre Geldleistungen überwiegend als Kartenguthaben. Maximal lassen sich 50 Euro pro Person und Monat als Bargeld abheben.

Laut Prof. Dr. Winfried Bausback, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion, „verhindert die Bezahlkarte wirksam, dass Geld ins Heimatland und an Schlepperbanden überwiesen wird. Daneben setzen wir bereits heute so weit wie möglich auf Sachleistungen. Bayern schöpft hier alle rechtlichen und praktikablen Möglichkeiten aus. Wir lassen unseren Worten Taten folgen und haben konkrete Maßnahmen ergriffen, um die illegale Migration zu begrenzen und Zuzugsanreize zu senken. Es ist in tiefem Maße undemokratisch, wenn Teile der Grünen und linke Gruppen dies unterlaufen und umgehen. Wenn das nicht aufhört, muss eine Sanktionierung mit einer empfindlichen Geldbuße oder Strafe erfolgen, am einfachsten über eine Ergänzung und Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Bund.“

Petra Guttenberger, Vorsitzende des Arbeitskreises Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, ergänzt: „Wir stehen für Humanität und Ordnung, aber die Kommunen

sind seit langem an der Schwelbe zur Überforderung und zum Teil schon darüber hinaus. Es braucht einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Eine wichtige Maßnahme ist die Bezahlkarte, die der Bund endlich deutschlandweit einführen muss. Er liegt hier weit hinter dem versprochenen Zeitpunkt.“

Tauschaktionen beenden

„Leider versuchen vereinzelt selbsternannte Flüchtlingshelfer das Bargeldlimit durch Tauschaktionen zu umgehen. Sie unterwandern damit demokratische Entscheidungen“, betont der innenpolitische Sprecher Holger Dremel. Solche Tauschaktionen müssten aufhören. „Leider werden sie derzeit nicht sanktioniert. Das wollen wir über eine Initiative im Bundesrat ändern. Wenn sie – wie in Regensburg – in den Büros der Grünen stattfinden, zeigen solche Aktionen vor allem eins: Die Grünen wollen die illegale Migration gar nicht bekämpfen.“ **DK**

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank.

Zinsgünstige Realisierung kommunaler Investitionen mit der BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

#HEIMATFÖRDERER

Bayern Labo

Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse:

Freistaat stockt Anteil an BayernLB auf

Aufgrund einer Vorgabe der europäischen Bankenaufsicht wird die Bayerische Staatsregierung den Anteil des Freistaats an der BayernLB Holding AG weiter vergrößern. Wie Finanzministerium und Landesbank in München mitteilen, werde eine seit 30 bestehende „Stille Einlage“ des Freistaats aufgehoben und im Gegenzug die staatliche Beteiligung von 75 auf 80,2 Prozent erhöht. Zweiter Eigentümer der Landesbank bleiben die bayerischen Sparkassen.

Die Europäische Zentralbank als zuständige Bankaufsichtsbehörde hatte darauf hingewiesen, die „Stille Einlage“ nicht mehr als „hartes“ Eigenkapital anzuerkennen. Eine „Stille Einlage“ bedeutet, dass der Kapitalgeber nicht als Miteigentümer zählt. Konkret wurde die genaue Ausgestaltung der „Stillen Einlage“ des Freistaats in der BayernLabo beanstandet.

Bei der Kapitaleinlage des Freistaats handelt es sich um Förderdarlehen für den Wohnungsbau, die die Staatsregierung seit 1994 als sog. Zweckeinlage in die BayernLB übertragen hatte. In der Bilanz der BayernLB waren diese Gelder mit dem ursprünglichen Barwert des Zweckvermögens von rund 612 Millionen Euro verbucht. Außerdem wird der „Stillen Einlage“ noch ein Rücklagenanteil zugerechnet, so dass nun durch die Aufstockung des Anteils der Staatsregierung insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro in echtes „hartes“ Kernkapital umgewandelt werden. Die harte Kernkapitalquote der Bank liegt aktuell bei rund 18,7 Prozent.

„Die Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse ist ein klares

Bekenntnis des Freistaats zur BayernLB“, unterstrich Finanzminister Albert Füracker. Gerade in allgemein wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie im Moment sei die BayernLB damit auch weiter sehr solide aufgestellt, um ihre gesetzliche Aufgabe als zuverlässiger Finanzierer für bayerische und deutsche Unternehmen zu erfüllen. Auch die Wohnungsbauförderung könne unverändert weitergeführt werden. „Somit haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger bei der Wohnungsbauförderung mit der BayernLabo weiter einen starken Partner an ihrer Seite“, betonte Füracker.

Als Finanzminister freue es ihn besonders, dass eine Lösung ohne Eigenkapitalzuführungen der Anteilseigner gefunden werden konnte. Für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit dankte Füracker vor allem dem Vorstandsvorsitzenden der BayernLB, Stephan Winkelmeier, und dem Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern, Matthias Dießl.

Letzterer wies darauf hin, dass es „im guten Einvernehmen mit dem Freistaat“ gelungen sei, eine Lösung zu finden, die die

wirtschaftliche Teilhabe der Anteilseigner an der Bank unverändert lässt. Besonders erfreulich sei zudem, dass die nachhaltige Ausschüttungsfähigkeit der Bank nicht beeinträchtigt wird.

„In geopolitisch und wirt-

Ausblick der BayernLB für das Jahr 2025:

Politischer Stresstest

Der Chefvolkswirt der BayernLB Dr. Jürgen Michels lud jüngst zum RoundTable „Konjunktur und Finanzmärkte“. Laut Michels haben die Finanzmärkte auf das eindeutige Ergebnis der US-Wahlen mit Erleichterung reagiert. Für 2025 erwartet die Landesbank einen volatilen Verlauf an den Märkten. Zudem werde die tatsächliche Umsetzung der Trump-Politik für Überraschungen sorgen. Die angespannte Situation in den Kriegsbereichen in der Ukraine und im Nahen Osten werde sich nicht in Wohlgefallen auflösen und zumindest kurzfristig zu Marktbulenzen führen.

Eingeschränkter Handlungsspielraum

Die wirtschaftliche Entwicklung, sowohl in den USA als auch weltweit, wird maßgeblich von den Maßnahmen der Trump-Administration beeinflusst werden, insbesondere in den Bereichen Migration und Zollpolitik. Obwohl in einigen Fällen Zölle durch Handelsabkommen gemildert oder vermieden werden können, wird dies voraussichtlich nicht die Regel sein. Stattdessen sind Gegenmaßnahmen anderer Länder zu erwarten, was den globalen Handel und die Konjunktur bremsen so-

schäftlich besonderen Zeiten ist der Erhalt unserer starken Kapitalbasis ein wichtiges Zeichen für unsere Resilienz“, erläuterte Stephan Winkelmeier. „Mit ihrer Einigung unterstreichen unsere beiden Eigentümer das Bekenntnis zum Geschäftsmodell der Bank – dafür sind wir sehr dankbar. Wir freuen uns, damit insbesondere die bayerische und deutsche Wirtschaft bei der Finanzierung der notwendigen Transformation als Fortschrittsfinanzierer zu unterstützen.“ DK

wie den Inflationsdruck erhöhen könnte.

Diese Entwicklungen schränken dann nicht nur den Handlungsspielraum der US-Notenbank (Fed), sondern auch den der Europäischen Zentralbank (EZB) ein. Experten prognostizieren daher ein Ende der Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2025. Zudem könnte ein übermäßiger Anstieg der Staatsverschuldung in den USA und Europa zu höheren Risikoprämien führen, was die Finanzierungskosten für den Privatsektor erhöht und Investitionen hemmt.

„Wir konnten unser Ergebnis mit Rückenwind aus der Zinssituation sowie aufgrund von Einmalträgen im Vergleich zum Vorjahr steigern. In einem sehr volatilen Marktumfeld stehen wir unseren Kunden mit unserem ausgewogenen Geschäftsmodell partnerschaftlich zur Seite“, so Stephan Winkelmeier, CEO der BayernLB.

Ergebnis zum Vorjahr gesteigert:

BayernLB erwirtschaftet in den ersten neun Monaten 1.354 Mio. Euro vor Steuern

Die BayernLB hat in den ersten neun Monaten 2024 ein Vorsteuerergebnis von 1.354 Mio. Euro erzielt (Vj.: 1.296 Mio. Euro). Alle Segmente haben dazu einen positiven Ergebnisbeitrag geleistet, der Wert ist zudem von der Zinssituation geprägt. Das Konzernergebnis (nach Steuern) lag bei 1.053 Mio. Euro (Vj.: 908 Mio. Euro).

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns lag bei 2.085

errückterstattungen, begünstigt. Das negative Ergebnis im Vorjahr ging im Wesentlichen auf Belastungen aus Wertpapier- und Zinssicherungsgeschäften aufgrund des starken Zinsanstiegs zurück.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand des BayernLB-Konzerns blieb mit 1.203 Mio. Euro weitgehend stabil (Vj.: 1.190 Mio. Euro). Der leichte Anstieg bei der BayernLB resultiert aus höheren Aufwendungen für das Projektportfolio. Bei der DKB war vor Umsetzung der Maßnahmen aus dem Effizienzprogramm („Fit4Growth“) ebenfalls ein leichter Anstieg der Aufwendungen zu verzeichnen. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierte sich auf 46 Mio. Euro (Vj.: 108 Mio. Euro). Der BayernLB-Konzern hatte keine Bankenabgabe zu leisten, da das Beitragsvolumen bereits erfüllt wurde. Der Pflichtbeitrag zur Einlagensicherung erhöhte sich dagegen infolge gewachsener Bemessungsgrundlage auf 46 Mio. Euro (Vj.: 38 Mio. Euro).



Stephan Winkelmeier.

Bilanzsumme

Mio. Euro (Vj.: 2.297 Mio. Euro). Davon entfielen auf die BayernLB rund 0,7 Mrd. Euro, auf die DKB rund 1,4 Mrd. Euro. Der Wert war im Wesentlichen begünstigt durch das Einlagengeschäft der DKB. Der Provisionsüberschuss stieg auf 407 Mio. Euro (Vj.: 333 Mio. Euro) und ist geprägt durch Erträge aus dem Kartengeschäft der DKB, dem Kreditgeschäft sowie dem Fondsgeschäft der Asset-Management-Gesellschaften.

Risikovorsorge vor allem im Geschäftsfeld Immobilien

Für die ersten neun Monate 2024 hat der BayernLB-Konzern Risikovorsorge in Höhe von -263 Mio. Euro ausgewiesen (Vj.: -28 Mio. Euro). Gebildet wurde Risikovorsorge bei der BayernLB vor allem im Geschäftsfeld Immobilien, im Wesentlichen aufgrund von Einzelfällen bei Projektentwicklungen in Deutschland und Bestandsbüroimmobilien in den USA. Bei der DKB waren Zuführungen sowohl im Bereich „Privatkunden“ als auch aufgrund von Einzelfällen im Bereich „Geschäftskunden“ zu verzeichnen.

Aufgrund der weiter angespannten Marktlage erwartet die BayernLB auch im weiteren Jahresverlauf höhere Risikokosten im Segment Immobilien. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, erhöhte sich auf 1,1 Prozent (Vj.: 0,7 Prozent). Das Fair-Value-Ergebnis erhöhte sich auf 252 Mio. Euro (Vj.: 138 Mio. Euro). Es ist geprägt durch das Geschäft mit Emissionszertifikaten und einen weiterhin hohen Ergebnisbeitrag aus dem Geschäft mit Edelmetallen.

Die sonstigen Ergebnisbestandteile lagen bei 140 Mio. Euro (Vj.: -139 Mio. Euro). Das Ergebnis wurde von außerordentlichen Ergebniseffekten, unter anderem Beitrags- und Steu-

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 281,4 Mrd. Euro (31.12.2023: 273,4 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) erhöhten sich auf 67,6 Mrd. Euro (31.12.2023: 64,5 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt über eine solide Kapitalbasis. Die CET1-Quote lag bei 18,7 Prozent (31.12.2023: 19,3 Prozent).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich deutlich auf 41,7 Prozent (Vj.: 45,3 Prozent), während die Eigenkapitalrentabilität (RoE) 14,7 Prozent betrug (Vj.: 15,3 Prozent).

Ergebnisse der operativen Kundensegmente

Im Segment Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen lag das Ergebnis vor Steuern bei 150 Mio. Euro (Vj.: 268 Mio. Euro). Der Ergebnisrückgang ist im Wesentlichen auf eine höhere Risikovorsorge im Bereich Immobilien in weiter anspruchsvollem Marktumfeld und den im Vorjahr deutlich höheren Eingängen auf abgeschriebene Forderungen (Heta) zurückzuführen.

Das Vorsteuerergebnis im Segment Corporates & Markets blieb trotz gedämpfter Kreditnachfrage mit 228 Mio. Euro (Vj.: 249 Mio. Euro) weitgehend stabil.

Das Segment DKB hat sein Ergebnis vor Steuern auf 882 Mio. Euro gesteigert (Vj.: 857 Mio. Euro) und profitierte dabei weiterhin vom hohen Zinsüberschuss aus dem Einlagengeschäft bei einem gleichzeitigen Wachstum im Kreditgeschäft.

Ausblick auf das Gesamtjahr 2024

Die BayernLB erwartet für das Gesamtjahr 2024 ein Vorsteuerergebnis, das sich in der Größenordnung des Vorjahres bewegt.

Wir wünschen ein friedliches und gutes neues Jahr!

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da

Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. **Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand**

Bayern LB

Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

Der Digitale Euro:

Echter Mehrwert oder Büchse der Pandora?

Kürzlich luden die Jungen Unternehmer im Wirtschaftsbeirat Bayern (WBU) und der Münchner Presseclub zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Digitaler Euro. Vorstandsmitglied Constanze von Hassel begrüßte die zahlreich erschienenen Besucher.

Nach den Worten von Vincent Ellissen vom WBU hätte eine digitale Zentralbankwährung (CBDC) große Chancen und wenige Risiken, sofern sie denn richtig aufgesetzt wird. Laut Plan der EZB soll die Währung für die Nutzer kostenlos sein und das würde zu Kosteneinsparungen pro Transaktion bzw. einer größeren Unabhängigkeit von VISA, Mastercard und Paypal bzw. den USA führen. Er rief dazu auf hier die Nutzer nur nicht zu vergessen, um ein erneutes DE-Mail Desaster zu vermeiden. Weiter wäre es wichtig, keine digitale Mimikry zu betreiben, sondern gerade die echten digitalen Vorteile nun auszuspielen. Die Technik müsse offen sein (Open-Source) und die EZB solle bloß keine nächste Monopol-App erstellen. Das müssen die Marktteilnehmer schon selbst machen.

Laut MdEP Markus Ferber verliert das Bargeld seit Corona stark an Bedeutung, soll aber auf keinen Fall abgeschafft werden. Laut EU-Kommission soll das digitale Geld offlinefähig sein, nichts kosten und einfach zu handhaben sein. Die EU plane im Moment eine Anwendung für Endkunden. Er selbst halte allerdings – wenn überhaupt – eine B-2-B-Anwendung gerade am Anfang für sinnvoller. Ein Wallet soll stets mit einem Girokonto verbunden und maximal mit 3.000 Euro zu befül-

len sein. Dieses Geld wäre allerdings für Banken nicht beliehbar. Einen Zeitplan für die Einführung gibt es noch nicht. Vor Ablauf des Jahrzehnts sieht Ferber hier keine Fortschritte, gerade auch weil jüngst beschlossen wurde, dass SEPA-Überweisungen in Zukunft „instant“ und das kostenlos zu passieren haben.

Da es sich hier um ein Zentralbankgeld handeln würde, müsste man den Digitalen Euro nach Einschätzung von Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank a.D., perfekt aufsetzen. Zeitler selbst sieht große Unsicherheiten. Sollte dieses Geld programmierbar sein, wäre einem Missbrauch durchaus Tür und Tür geöffnet. Er empfinde es auch so, dass unser Leben mit der Währung bereits extrem digital sei und sich nur wenige Vorteile eröffnen. Die Auswirkungen auf den gesamten Bankensektor und auf das Bargeld selbst müssten beachtet werden. In Zeiten von KI und Quantencomputern wären die Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre zumindest zu hinterfragen. Wenn überhaupt, dann rät Prof. Zeitler zu einem Modell wie in der Schweiz: Pilotversuch mit einer digitalen Wholesale-Währung für den Industriebereich. Die Büchse der Pandora sieht er nicht geöffnet, aber für ganz ungefährlich hält er die Entwicklungen nicht. **MH**



V.l.: Vincent Ellissen, Vorstand Junger Wirtschaftsbeirat Bayern, Dr. Uwe Brückner, Präsident Presseclub München e.V., Markus Ferber, MdEP, Constanze von Hassel, Vorstandsmitglied Presseclub München e.V. und Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender Ausschuss Finanzmärkte Wirtschaftsbeirat Bayern und Vizepräsident der Deutschen Bundesbank a. D. **Bild: MH**

Bayern will bei Push-Government bundesweit vorangehen

Hinter dem Begriff ‚Push-Government‘ verbirgt sich ein kompletter Paradigmenwechsel für die öffentliche Verwaltung. Anstatt darauf zu warten, dass Bürgerinnen und Bürger Anträge stellen, handeln Behörden proaktiv und erbringen Services direkt, individuell und automatisiert.

Digitalminister Dr. Fabian Mehring hat diesen Systemwechsel als nächsten Meilenstein für Modernisierung und Entbürokratisierung der bayerischen Verwaltung benannt. Auf Bayerns Weg zu einer zunehmend antragslosen Verwaltung will Mehring zuerst das bestehende Informationsangebot nutzerfreundlicher gestalten und die BayernApp zum zentralen Kommunikationskanal zwischen Bürgern und Staat ausbauen. Hierauf soll laut Mehring in Zukunft ein staatlicher Push-Nachrichtendienst aufsetzen, der die Behörden im Freistaat unmittelbar auf die Handys seiner Bürger bringt. **DK**

Digitale Signaturen in Behörden

Ende November veranstalteten AKDB und LivingData ihren virtuellen Stammtisch für IT-Spezialisten in Kommunalbehörden. Thema war die Fernsignatur ohne Kartenlesegerät, die eine einfache, sichere und rechtsverbindliche Alternative zur klassischen Signatur bietet. Seit der eIDAS-Verordnung gewinnen digitale Signaturen in Rathäusern zunehmend an Bedeutung.

Holger Gehringer, Leiter Produktbereich Finanzwesen der AKDB, erklärte, wie der AKDB-Signaturservice funktioniert. Die Fernsignatur ermöglicht das Erstellen fortgeschrittener und qualifizierter elektronischer Signaturen (FES/QES) – etwa für Rechnungen oder Anordnungen – ohne Hardware. Statt auf einer Karte wird das elektronische Zertifikat sicher bei der Zertifizierungsstelle gespeichert, wie z. B. dem AKDB-Signaturservice.

In der Praxis

Die Signatur erfolgt aus der Ferne über das Internet, während das Dokument auf dem Rechner des Signaturerstellers bleibt. Ein Hashwert wird erstellt und signiert – ein Verfahren, das maximale Sicherheit garantiert. Der Signaturprozess wird lückenlos dokumentiert und der Workflow medienbruchfrei gestaltet. So ist die eSignatur nahtlos in die webbasierte Finanzsoftware OK.FINN integriert. Die AKDB baut ihr Angebot so weit aus, dass sie Kommunalverwaltungen als (bald auch qualifizierter) Vertrauensdiensteanbieter (VDA) zur Seite steht.

Anbindung an ein DMS

Ein wichtiger Punkt war die Integration des Signaturservices

in bestehende Dokumentenmanagement-Systeme (DMS). Schnittstellen zu Fremdsoftware sind jederzeit möglich, erfordern aber finanziellen Aufwand. Das AKDB-DMS komXwork hingegen ist bereits für die Nutzung der Fernsignaturen optimiert.

Automatische Zertifikatsverlängerung

Ein klarer Vorteil des AKDB-Signaturservices gegenüber der Bayern PKI: Während deren Zertifikate nach 36 Monaten ablaufen, verlängern sich AKDB-Zertifikate automatisch. Im Zertifikatsportal können Kommunen Berechtigungen selbstständig verwalten. Ein Signaturportal bietet Überblick über laufende Vorgänge und erinnert rechtzeitig an Verlängerungen.

Derzeitige Nutzung und Ausblick

Bereits heute verzeichnet die AKDB täglich rund 35.000 Signaturvorgänge – etwa 40.000 Dokumente werden signiert. Künftig wird auch das digitale Siegel möglich sein. Ab dem letzten Quartal 2024 wird der AKDB-Signaturservice in Teilen über das Smartphone nutzbar sein – ein weiterer Schritt in Richtung flexibler, moderner Verwaltung. **□**

T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt

Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser

Festakt zum Abschluss von „Kommunal? Digital!“:

Kommunen begeistern mit smarten Projekten

Sie weisen den Weg in die digitale Zukunft des modernen Staates: Als Preisträger des Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital! – Nachhaltige Digitalprojekte für smarte bayerische Kommunen“ erhielten zehn Landkreise, Städte und Gemeinden eine Förderung für ihre innovativen Smart City-Region-Projekte. Bei einem Festakt in München wurde nun Bilanz gezogen.

„Digitale Transformation und Nachhaltigkeit sind die beiden Megathemen unserer Zeit. Wir dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen, sondern gemeinsam denken. Genau dieser Brückenschlag ist uns mit unserem Erfolgsprogramm ‚Kommunal? Digital!‘ erfolgreich gelungen. Nun sollen Kommunen in ganz Bayern von diesen Lösungen profitieren“, unterstrich Staatsminister Dr. Fabian Mehring anlässlich der Abschlussveranstaltung seines Ministeriums. Die Projekte starteten im Dezember 2021 und liefen bis spätestens Ende September 2024. Das Fördervolumen belief sich auf rund 4 Millionen Euro.

Markt Ergoldsbach

Zu den Gewinnern zählt der Markt Ergoldsbach in Niederbayern, der ein Kommunales Klima-Informationssystem (KliWAS) erstellt hat. Dieses System erfasst kleinräumige Klimaextreme wie Starkregen, Trockenheit und Hitze durch die lokale Messung von Klimadaten mittels IoT-Sensoren. Sollten lokale Wetterextreme bzw. kritische Messwerte überschritten werden, werden automatisch die Bürger- und Einsatzkräfte per App,

SMS und Telefonanruf alarmiert.

Die Stadt Aschaffenburg hat gemeinsam mit der TH Aschaffenburg den Prototyp der „Digitalen Manufaktur“ (dima) entwickelt, der Bürgerbeteiligung mit den Elementen des Design Thinkings und Künstlicher Intelligenz auf ein neues Level hebt. Die Bürger können ihre Ideen zur Stadtgestaltung entweder digital über die dima-Website oder analog im städtischen Digitalladen einreichen. Speziell entwickelte KI-Anwendungen suchen nützliche Zusatzinformationen zur unterbreiteten Idee, damit diese der Stadtverwaltung zur Beurteilung zur Verfügung stehen. Mithilfe eines digitalen Design-Thinking-Boards können komplexe Ideen gemeinsam mit der Bürgerschaft zu einer guten Lösung für die Stadt weiterentwickelt werden.

Kempten

Mit seinem Projekt hat es sich Kempten zur Aufgabe gemacht, die Bürgerschaft über aktuelle Aufgaben und Problemstellungen der Stadtentwicklung mittels visualisierter Daten zu informieren. Der hochqualitative Digitale Zwilling der Stadt Kempten ist eine virtuelle Kopie der realen Welt und bildet ihre Strukturen und

Prozesse generalisiert ab. Im Digitalen Bürgerforum wird dieser Digitale Zwilling erfahrbar gemacht. Das Bürgerforum wurde in analoger und in digitaler Form aufgebaut, analog mittels angemieteter Räumlichkeiten, digital anhand einer Internetplattform.

In den ländlichen Kommunen der Mittelgebirgslagen des Bayerischen Waldes wird der Winterdienst vor große Herausforderungen gestellt. In der ILE Nationalparkgemeinden e.V. soll unter Verwendung vorliegender Daten, Sensorik und gegebenenfalls erweiterbarer Datenquellen ein intelligentes Wintersystem unterstützen. Genutzt werden sollen vorhandene Daten aus den Kommunen sowie von Schnittstellen. Zusätzlich soll das System mit Datenspenden der Bürgerschaft angereichert werden.

Erlangen

Durch den Klimawandel sind Kommunen gezwungen zu handeln, um ihren Baumbestand mittels künstlicher Bewässerung zu schützen. Durch die IoT-Sensortechnologie wurde in Erlangen ein digitales Werkzeug geschaffen, um den Baumbestand effizienter zu wässern. Über das Stadtgebiet verteilt, wurden anhand eines Rasters Sensoren verteilt, um somit eine interpolierte Aussage über die Feuchtesituation der Standorte sowie gegebenenfalls weitere Umgebungs- und Baumgesundheitsparameter zu erhalten. Hierdurch erhalten die

Mitarbeiter die Möglichkeit, ihre Gießroutinen zu optimieren.

Bamberg

Die kommunale Verwaltung in Bamberg wird durch die Klimakrise vor erhebliche Probleme bei der Pflege und dem Erhalt von Baumbeständen gestellt. Das ausgezeichnete Projekt verfolgt einen nachhaltigen und gleichzeitig innovativen Ansatz. Mittels Drohnenbefliegung werden die Baumbestände der Stadt und der städtischen Forsten mit verschiedenen Sensordaten erfasst und vermessen. Dies ermöglicht zum Beispiel nach Stürmen oder Hitzeperioden die Visualisierung und Bewertung von Schäden. Mithilfe von Methoden der Künstlichen Intelligenz werden einzelne Bäume, deren Gattung und Vitalzustand erkannt. Die Veränderungen in den Baumbeständen werden visualisiert und eine bessere Anpassung an die menschengemachte Klimakrise erreicht.

Hinter dem Projekt in der schwäbischen Gemeinde Lauben steht die Idee, bei der wichtigen Ressource Wasser mithilfe der Digitalisierung zu sparen. Installiert wurde ein Netzwerk mit zentralen Gateways, mit dem diverse Sensorik angesteuert und überwacht wird. An kritischen Standorten wurden Wasserstands-Sensoren zur Überwachung angebracht. Im weiteren Verlauf wird Sensorik zur Überwachung der Schneelast auf öffentlichen Gebäuden oder aber des Füllstands öffentlicher Mülleimer, Wertstoffinseln und Hundetoiletten integriert.

Landkreise Günzburg ...

Der Landkreis Günzburg rief den CO₂-Marktplatz ins Leben, um Bürger, Unternehmen, Vereine und Institutionen miteinander über den Klimaschutz zu vernetzen. Der Marktplatz lebt von konkreten Maßnahmen, die den CO₂-Ausstoß im Landkreis Günzburg reduzieren und somit effektiven Klimaschutz betreiben. Mittels eines CO₂-Rechners kann der individuelle Fußabdruck ermittelt werden. Viele Tipps und Vorschläge für Alltag und Freizeit bieten zahlreiche Anregungen für klimafreundliches Verhalten.

... und Ebersberg

Mit dem Projekt des Landkreises Ebersberg wurde eine offene urbane Plattform für ein effizientes digitales Energiemanagement geschaffen. Die Plattform soll annähernd in Echtzeit die Energiedaten von Liegenschaften erfassen, aufzeichnen, analysieren und auswerten. Ein hoher Energieverbrauch kann so rechtzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den Energieverbrauch der Kommune und der Nutzer zu senken. Damit sollen weitere bayerische Kommunen die Entwicklung der Zählerauslesung, Datenübertragung und Auswertung über die Dashboards eigenständig nutzen können.

Um ihre umfangreichen Tätigkeiten erfüllen zu können, benötigen kommunale Bauhöfe verschiedenste Maschinen. Teilweise sind es Spezialmaschinen, die teuer in der Anschaffung und im Unterhalt sind und zudem nur an wenigen Tagen im Jahr genutzt werden. Beim ausgezeichneten Projekt des oberpfälzischen Marktes Luhe-Wildenaue „Rent a Bauhof“ sollen Gemeinden ihre Maschinen und Fahrzeuge anderen Gemeinden über eine Online-Plattform zum Ausleihen zur Verfügung stellen. Maschinen und Konditionen können dank der webbasierten Plattform übersichtlich präsentiert werden. Der Ausleihprozess und die Abrechnung der Geräte erfolgen papierlos. Dadurch werden vorhandene Maschinen besser ausgelastet und Ressourcen eingespart.



Neue Doppelspitze in der Geschäftsführung des Systemspezialisten Langmatz. V.l.: Ludwig Fischer und Dieter Mitterer.

Bild: Langmatz

Langmatz stellt Weichen für die Zukunft

Mit Standorten in Garmisch-Partenkirchen und Oberau sowie rund 440 Beschäftigten zählt die Langmatz GmbH zu den führenden Anbietern für Telekommunikations-, Energie- und Stadtinfrastruktur in Europa. Trotz eines herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds setzt das Unternehmen seinen Erfolgskurs konsequent fort: Langmatz hat 2024 einen Jahresumsatz von mehr als 110 Millionen Euro erzielt und plant, massiv in seine Zukunftsfähigkeit zu investieren. Ein zentraler Schritt ist die Investition von 45 Millionen Euro in den Standort Oberau.

Dieses Vorhaben umfasst die Erweiterung der Produktions- und Verwaltungsflächen sowie die Modernisierung und Optimierung der Fertigungsprozesse. „In Oberau haben wir die Möglichkeit, unsere Infrastruktur an die Anforderungen von morgen anzupassen. Mit dieser umfassenden Investition schaffen wir die Grundlage, um unsere Position als führender Anbieter von Lösungen für den Glasfaserausbau und die Energieinfrastruktur weiter auszubauen“, erklärt Dieter Mitterer, einer der beiden Geschäftsführer von Langmatz.

Übernahme stärkt Marktpräsenz

Ein weiterer Meilenstein ist die Übernahme eines langjährigen Vertriebspartners in Ostdeutschland. „Durch diese Integration erweitern wir unsere Kompetenzen, können noch effizienter auf die Bedürfnisse unserer Kunden eingehen und stärken unsere Marktposition nachhaltig“, so Mitterer.

Zum Jahreswechsel wird die Geschäftsführung neu aufgestellt: Ludwig Fischer und Dieter Mitterer übernehmen als Doppelspitze die Leitung des Unternehmens. Die bisher dreiköpfige Geschäftsführung wird damit schlanker und agiler. „Wir danken unserem auscheidenden Kollegen Leonhard Reitzner herzlich für seinen Einsatz und freuen uns darauf, gemeinsam mit unserem Team die Zukunft von Langmatz aktiv zu gestalten“, betonen die beiden Geschäftsführer.

Dank der starken Nachfrage nach Komponenten für Glasfaser-, 5G- und E-Ladeinfrastrukturen wächst Langmatz seit Jahren dynamisch. Mit einem durchschnittlichen Umsatzwachstum von fünf Prozent pro Jahr und kontinuierlichen Investitionen in innovative Technologien ist das Unternehmen bestens aufgestellt, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. □

Erweiterung des Energie-Sortiments

Ab 2025 setzt Langmatz im Rahmen der strategischen Neuausrichtung neben der Glasfaser verstärkt auf Lösungen für den Energiesektor. Mit dem stärkeren Ausbau des Energiebereichs soll ein weiteres Standbein entstehen. „Die Energiewende und der Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen eröffnen uns enorme Wachstumschancen. Unser wirtschaftlicher Erfolg erlaubt es uns, langfristig zu planen und die Herausforderungen des globalen Infrastrukturausbaus aktiv zu gestalten“, ergänzt Ludwig Fischer, der gemeinsam mit Dieter Mitterer die Geschäftsführung bildet.

Bayern, Baden-Württemberg und Hessen:

Schlagkräftige Allianz für mehr IT-Sicherheit

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI), die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW), und Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) bündeln ihre Kräfte und bilden eine schlagkräftige Allianz für mehr IT-Sicherheit.

„Cyberangriffe auf die öffentliche Verwaltung und kritische Infrastrukturen werden nicht nur zahlreicher, sondern vor allem auch zunehmend komplexer. Um unsere staatlichen IT-Systeme entschlossen zu schützen und unsere Kommunen sowie insbesondere öffentliche Betreiber kritischer Infrastrukturen bestmöglich zu unterstützen, gewinnt neben dem Ausbau der eigenen Landeskompetenzen auch die enge Zusammenarbeit mit verlässlichen Nachbarn an Bedeutung. Mit der neuen Allianz setzen wir gemeinsam neue Maßstäbe für einen noch engeren operativen Schulterschluss“, so Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, Hessens Minister für Inneres, Sicherheit und Heimatschutz, Prof. Dr. Roman Poseck und Baden-Württembergs Stv. Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl.

Füracker weiter: „Die enge und

vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bayern, Hessen und Baden-Württemberg bietet uns allen wertvolle Chancen zur Stärkung der IT-Sicherheit. Hand in Hand werden wir den länderübergreifenden Erkenntnis- und Wissenstransfer intensivieren, unsere IT-Sicherheitsexperten gemeinsam aus- und fortbilden und uns bei strategischen und operativen Fragestellungen noch stärker abstimmen.“

Das im Dezember 2017 gegründete Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) schützt Bayerns staatliche IT-Systeme, das Bayerische Behördennetz und steht darüber hinaus den bayerischen Kommunen und den Betreibern kritischer Infrastrukturen als spezialisierter IT-Sicherheitsberater umfassend zur Seite. Dank seiner Fachkompetenz gewährleistet das LSI IT-Sicherheit als Grundlage aller Digitalisierungsprojekte des Freistaats. □

KVz22 Gf-NVt L 3.0

Unser Multitalent für Ihren Netzausbau

Modernste Architektur und einfachstes Handling durch das neue Faser-Managementsystem

- ▲ Maximale Packungsdichte
- ▲ Bis zu 1728 Spleiße
- ▲ Bis zu 144 Kassettenrastplätze
- ▲ Zeitsparende Montage
- ▲ Universelles Microrohr Management

www.langmatz.de

Digital ja, aber nicht nur

Nach wie vor bieten Kommunen in Bayern fast alle Dienstleistungen auch analog an

Es ist einfach und es ist bequem, eine Webadresse aufzurufen und sich hier zu informieren, hier einzukaufen, hier Bankgeschäfte zu erledigen. Auch Verwaltungen nutzen das Internet zunehmend. Das erleichtert das Leben vieler Bürger. Doch es droht auch die Gefahr, dass Menschen, die mit den digitalen Abläufen nicht mehr Schritt halten, abgehängt und diskriminiert werden. „Ich sehe das an meinem 84-jährigen Vater“, warnt André Goldfuß-Wolf, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Weißenburg.

André Goldfuß-Wolf ist überzeugt, dass sich Kommunen dringend mit dem Problem befassen müssen, dass ältere Menschen, kognitiv bedingt, „aus den digitalen Anwendungen rausgedrängt“ werden. In einer zunehmend digital geprägten Welt würden immer mehr Senioren faktisch der Zugang zu vielen Abläufen des täglichen Lebens verwehrt oder zumindest unnötig verkompliziert. „Das ist ungerecht!“, so der Weißenburger. In der „Hybris der universellen Digitalisierung“ dürfe man das Anrecht auf ein selbstbestimmtes Leben und auf einen diskriminierungsfreien Zugang für körperlich oder kognitiv eingeschränkte Menschen nicht aus den Augen verlieren.

Bereits vor vier Jahren sah das die damalige Familienministerin Franziska Giffey allerdings schon ein bisschen anders. Ihr Fokus lag auf der digitalen Bildung von Senioren. „Die Digitalisierung birgt gerade auch für ältere Menschen ein riesiges Potenzial, das wir noch viel stärker ausschöpfen müssen“, erklärte sie, als sie den achten Altersbericht „Ältere Menschen und Digitalisierung“ vorstellte. Nun macht es sicherlich Sinn, auch ältere Bürger digital zu bilden. Gleichzeitig müsse es aber auch ein bedingungsloses „Recht auf ein analoges Leben ohne strukturelle Nachteile“ geben, fordert der Verein „Digitalcourage“.

In der Musik zeigt der Weg von der Schallplatte über die Compact Disc bis hin zu heutigen Streaming-Diensten wie Spotify, dass die technische Entwicklung nicht aufzuhalten ist. Nur noch Liebhaber sammeln heute Platten. Kein Jugendlicher sitzt mehr mit dem Walkman im Bus. Auch in anderen Feldern wird das Analoge zunehmend vom Digitalen aufgefressen. „In einer kommunalen Verwaltung können die analogen Angebote jedoch nicht von heute auf morgen zurückgefah-

ren werden“, beruhigt Magdalena Stimpfle von der Pressestelle der Stadt Nördlingen. Dort gibt es seit etwa zehn Jahren ein Bürgerserviceportal, über das Leistungen der Verwaltung digital verfügbar sind.

Bloß mit Unterschrift

Dass es vor allem in der älteren Bevölkerung ein Defizit an digitalen Kompetenzen gibt, ist der Nördlinger Stadtverwaltung bewusst. Dies werde bei der kommunalen Strategie berücksichtigt, versichert Stimpfle. Alle Dienste, die digital verfügbar sind und auch einen Nutzen versprechen, würden ins Bürger-Serviceportal eingebunden. „Wir folgen hier weniger politischen Schlagworten wie ‘Digital-Only’ oder ‘Digital-First’.“ Beides habe in Nördlingen keine Priorität, da alle Services auch analog angeboten würden. Für viele wichtige Leistungen gebe es auch noch keine digitale Alternative. Etwa, weil es von Gesetzes wegen eigenhändige Unterschriften oder das persönliche Erscheinen braucht.

Welch ein beklemmendes Gefühl das ist, ohne digitale Kompetenzen dem Computer „ausgeliefert“ zu sein, kann sich jeder, der kein „digital native“ ist, unschwer vorstellen. Doch offensichtlich wird das Analoge auch von Bürgern, die versiert mit dem Internet umgehen können, weiterhin oft vorgezogen. Zumal, wenn es um Behördenangelegenheiten geht. In Nördlingen jedenfalls werden die digitalen Angebote aktuell nur zu 10 bis 20 Prozent genutzt. Viele Bürger, heißt es von der Pressestelle, suchten den persönlichen Kontakt. Vor allem dann, wenn die Anliegen etwas komplexer sind.

Auch in Nürnberg wird kein Bürger, der sich digital nicht zu helfen weiß, im Regen stehen gelassen, versichert der städtische IT-Referent Thorsten Brehm: „Wir han-

deln im Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern ‚digilog‘, wie unser Oberbürgermeister gerne sagt, genauer gesagt: Digital first, but not only.“ Dies bedeute zunächst, dass alle Online-Angebote möglichst nutzerfreundlich umgesetzt würden: „Zudem wird es immer auch Mischangebote und analoge Leistungen geben.“ Um Offlinern eine Möglichkeit zur Terminvereinbarung jenseits des klassischen Telefons zu geben, soll demnächst ein telefontisches Angebot mittels Voicebots eingeführt werden.

Unmöglicher Rückzug

Vollumfängliche Teilhabe an kommunalen Bürgerangeboten müsse gewährleistet sein, betont Brehm. Gerade bei den klassischen Behördenangelegenheiten sei ein Rückzug ins rein Digitale rechtlich auch gar nicht möglich. Ein analoges Angebot sei zwingend vorzuziehen: „Und diesem Auftrag kommen wir nach.“

In der Stadt Aschaffenburg ist der Weg hin zu einer immer digitaleren Bürgerkommunikation sehr einfallreich angelegt. „Wir haben zum Beispiel analoge Sprechstunden und Beratungsangebote im Digitalladen, um sich vor Ort unterstützen zu lassen“, so Pressesprecherin Carla Diehl. Durch eine Multikanal-Kommunikationsstrategie werde den Bürgern die Digitalisierung erklärt: „Und zwar in Form von Social-Media-Kanälen, Blogbeiträgen, Printmedien wie Flyer und einer Zeitung, die an alle Haushalte verteilt wird, sowie eines regelmäßig erscheinenden Newsletters.“ Pressemitteilungen

würden mit Hilfe von KI in Leichte Sprache übersetzt.

Regensburg formuliert Manko

Auch wenn sich die Digitalisierung ebenso wenig wie die Industrialisierung aufhalten lässt: Sie muss geregelt werden. Darauf verweist die Stadt Regensburg, denn sie sieht hier ein großes Manko. „Eine Rechtsgrundlage gibt es allgemein nur in wenigen Fällen“, so Pressesprecherin Juliane von Roenne-Styra. So existiere die Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung von Daten nach dem Einkommenssteuergesetz bei bestimmten Veranlagungsfällen an die Finanzbehörden. „Für den kommunalen Bereich sind uns keine solchen Rechtsgrundlagen bekannt“, sagt sie. Die Stadt Regensburg bietet bisher alle hochwertigen Dienstleistungen prinzipiell auch analog an.

Die Bürger von Gauting schätzen es, dass sie nicht mehr jedes Anliegen vor Ort auf dem Rathaus regeln müssen, sagt Charlotte Jans, Pressesprecherin der Gemeinde. Für sein digitales Engagement sei Gauting als „Digitales Amt“ ausgezeichnet worden. Viele Dienstleistungen wie Terminvereinbarungen oder Anträge seien online über das Bürgerservice-Portal verfügbar: „Dabei verfolgen wir jedoch keinen reinen ‚digital first‘-Ansatz, sondern einen hybriden Weg.“ Großen Wert werde auf eine intuitive Gestaltung der digitalen Angebote gelegt: „Unsere App ist beispielsweise durch eine Kacheloptik mit eingängigen Piktogrammen übersichtlich und einfach strukturiert.“

Die Gemeinde will weiterhin ein offenes Ohr für alle Bürger haben, auch für jene, die sich aus Grün-

den des Alters, der Gesundheit oder aufgrund eines bewussten Entschlusses gegen das Digitale entschieden. „Während der Öffnungszeiten versuchen wir immer, ausreichend Kapazitäten für den Präsenzschatz im Rathaus zur Verfügung zu stellen“, so Jans. Es sei weiterhin möglich, Termine telefonisch zu vereinbaren: „Die meisten Termine werden jedoch über unser Online-Portal gebucht.“ Ins Einwohnermeldeamt könne man während der Öffnungszeiten unangemeldet kommen: „Dann muss man aber mit Wartezeiten rechnen.“

Beispiel Ingolstadt

Noch kommt es also überall in Bayern zur Überschneidung von analogen und digitalen Angeboten. Allerdings mit unterschiedlicher Ausprägung. Ingolstadt zum Beispiel kann sich für den Gedanken „digital first“ durchaus erwärmen. „Das bedeutet, dass der digitale Weg derjenige ist, der dem suchenden Bürger zuerst angeboten wird“, so Pressesprecherin Sabine Gooss. Sucht jemand einen Antrag auf der Website der Stadt, für den es ein Onlineverfahren gibt, finde er einen Link zu einem online absendbaren Antrag: „Statt eines Dokuments zum Ausdrucken.“ Die Stadt begrüßt es ausdrücklich, wenn Bürger „ohne eigene Präferenz“ den digitalen Weg wählen.

Aber natürlich wird auch an die gedachte, die sich bisher vergeblich um digitale Kompetenz bemüht haben. Oder die das gar nicht erst tun wollen. „Vor-Ort-Termine sind nach wie vor möglich und werden auch in Zukunft möglich sein“, versichert die Pressestelle. Es werde auch immer Angelegenheiten geben, in denen der direk-

te Austausch und die persönliche Beratung unerlässlich bleiben: „Digitalisierung bei einfacheren Vorgängen kann helfen, für solche Fälle Kapazitäten freizuhaben.“ Doch auch, wenn ein komplexer Erstantrag persönlich gestellt wird, könne der simplere jährliche Weiterbewilligungsantrag direkt in der Beratung vorge stellt werden.

Immer weniger Kontakt

Dass man ganz schön ins Schleudern kommen kann, wenn man digital nicht fit ist, das erfährt Michaela Monno-Linde, Fachberaterin für pflegende Angehörige bei der Caritas im Landkreis Main-Spessart immer wieder. Die zunehmende Digitalisierung hat für sie allerdings noch mal eine ganz andere Komponente: Sie ist nach ihrer Überzeugung nicht gut für das soziale Zusammenleben. „Gerade für ältere Menschen ist der persönliche Kontakt beim Einkaufen, bei Bankgeschäften und auch bei Behördenangelegenheiten wichtig“, sagt sie.

So gut es für die alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte mit zwei Kindern sein mag, dass sie ihre wenige Zeit nicht auch noch dafür verwenden muss, aufs Rathaus zu gehen: Für einen großen Teil der Bürger bringt die Digitalisierung Nachteile mit sich. Sie gehe mit einem Wegfall persönlicher Ansprache einher, unterstreicht Monno-Linde. Das sei nicht zuletzt im ländlichen Raum gar nicht gut: „Denn hier gibt es oft keine Gaststätte, kein Wirtshaus mehr, in dem sich Menschen treffen könnten.“ Gleichzeitig verliere der Kirchenbesuch und das Treffen von Gemeindegliedern an Bedeutung: „Vereine klagen über Mitgliederschwund oder müssen komplett aufgeben.“ Pat Christ

Telekom und Energie Südbayern vereinbaren Zusammenarbeit

Gemeinsamer Glasfaserausbau in den Landkreisen Landshut, Rottal-Inn und Mühldorf am Inn

Die Deutsche Telekom und Energie Südbayern (ESB) haben eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Ziel ist es, den Glasfaserausbau in Südbayern zu beschleunigen. Ein erstes gemeinsames Projekt wird derzeit bereits in den Landkreisen Landshut, Rottal-Inn und Mühldorf am Inn umgesetzt. Im Rahmen von geförderten Ausbauprojekten wurden hier bereits 4.600 Haushalte und Unternehmen mit Glasfaser angeschlossen. Gebaut wurde das Netz durch die ESB.

Um das neue Glasfasernetz für die Telekom nutzbar zu machen, werden unter anderem 11 Übergabepunkte für die Netzkopplung aufgebaut. Die Bereitstellung des Netzes soll bis Ende 2027 abgeschlossen sein. Auf dem Netz wird es anschließend zwei parallele Netzbetreiber geben. Die Kundinnen und Kunden haben dann die Wahl zwischen den Angeboten von Telekom und M-net. Über die Fiber Plattform der Telekom steht das Glasfasernetz der ESB weiteren Anbietern offen.

Guido Hüngsberg, Leiter Implementierung Breitbandkooperationen Telekom: „Die ESB ist einer der ersten regionalen Energieversorger in Bayern, den wir auf unserer Fiber-Plattform willkommen heißen dürfen. Bislang haben wir vor allem mit Stadtwerken kooperiert. Dieser Schritt markiert einen wichtigen Meilen-

stein in unseren Partnerschaften. Gemeinsam mit der ESB setzen wir ein starkes Signal für die Zukunft – eine Zusammenarbeit mit Vorbildcharakter.“

Zuverlässiges Angebot

Michael Schneider, Verantwortlicher Breitband bei Energie Südbayern: „Wir freuen uns über die Zusammenarbeit zum weiteren Glasfaserausbau in Südbayern. Schnelles Internet ist nicht nur zentral für die Menschen, die hier leben, sondern mehr denn je ein wirtschaftlicher Standortvorteil, der die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöht. Als Infrastrukturanbieter haben wir das notwendige Know-how und kennen die Voraussetzungen vor Ort. Gemeinsam mit der Telekom schaffen wir ein tolles und zuverlässiges Angebot.“

AKDB

Rundum digital



Ein KI-Assistent für alle Fälle

KAI, die Kommunale AI für Ihre Verwaltung, entlastet Sie in Ihrem Arbeitsalltag bei Routineaufgaben: KAI bewertet gemeldete Mängel, verfasst Protokolle, findet E-Akten und übersetzt Texte. So sparen Verwaltungsteams Zeit und Aufwand und sind rundum digital aufgestellt.

www.akdb.de/kai

Auszeichnung für 15 Best-Practice Beispiele aus allen Regierungsbezirken:

Gigabit-Tag BAYERN 2024

Füracker: Siegel „Gigabitregion“ für Vorreiterkommunen beim Glasfaserausbau
Weiterer Impuls für schnelleren Glasfaserausbau

„Mehr als 2,5 Milliarden Euro an bayerischen Fördermitteln, über 100.000 Kilometer geförderte Glasfaserleitungen und bald schon Gigabitverfügbarkeit für 81 Prozent aller Haushalte: Bayern setzt beim Glasfaserausbau Maßstäbe – von unserer zukunftsfähigen Infrastruktur werden noch Generation profitieren! Der heutige Gigabit-Tag bildet nicht nur das passende Format um die erreichten Erfolge und den Einsatz unserer Gemeinden, Städte und Landkreise zu würdigen, sondern bietet auch Gelegenheit für den direkten Austausch: Mit gegenseitigem Verständnis können Freistaat, Kommunen, private Netzbetreiber, Wirtschaft und Anschlussnutzer die Basis für ein noch höheres Ausbautempo legen. Angesichts von Fördermittelkürzungen im enttäuschenden Bundesprogramm ist der umfassende Dialog für die digitale Zukunft des Freistaats unverzichtbar!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Unter Bayerns Kommunen gibt es großartige Vorreiter der digitalen Infrastruktur: Mit einer Gigabitabdeckung von 90 Prozent und mehr bieten schon über 200 Vorbildkommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern heute bereits praktisch flächendeckend beste Zukunftsbedingungen. Mit dem Siegel ‚Gigabitregion‘ machen wir dieses wertvolle Engagement weithin sichtbar, eröffnen Werbemöglichkeiten und setzen Impulse zum Nacheifern. Besonders gratuliere ich unseren 15 Best-Practice-Kommunen, die heute für ihren besonderen Einsatz stellvertretend als Erste mit dem Siegel ausgezeichnet werden“, so Füracker weiter.

Landrat Franz Löffler erläuterte dass sich mit dem Eigenbetrieb Digitale Infrastruktur der Landkreis Cham 2019 bewusst dafür entschieden habe, den Glasfaserausbau als Kommune selbst in die Hand zu nehmen. Es

sei eine gewaltige Aufgabe gewesen, neben 19.000 Gebäudeanschlüssen, eine Trasse von 2.300 Kilometern mit einer Höhendifferenz von teilweise über 1.000 Meter durch Gebiete mit hohem Felsvorkommen zu graben.

Fach- und Organisationskompetenz

„Dafür haben wir uns selbst eine hohe Fach- und Organisationskompetenz aufgebaut. Mit einem Investitionsvolumen von mehr als 200 Millionen Euro sind wir auf eine zuverlässige Unterstützung durch die Fördermittelgeber in Land und Bund angewiesen. Mein großer Dank gilt hier dem Freistaat Bayern, der uns bei diesem Vorhaben als tatkräftiger und starker Partner begleitet. Gemeinsam bringen wir die Weiterentwicklung unserer Gigabit-Region bestmöglich voran und stärken die Gleichwertigkeit der Lebensver-

hältnisse im ländlichen Raum“, so der Landrat.

Oliver Plewa, Erster Bürgermeister Markt Mitwitz, lobte die zuverlässige Förderung mit einer hohen Förderquote durch den Freistaat. „Sie versetzt uns in die Lage, den Breitbandausbau bedarfsgerecht in dieser Intensität voranzutreiben. Damit erreichen wir unser Ziel in absehbarer Zeit die Gemeinde flächendeckend mit Breitband zu versorgen. Das ist ein sehr wichtiger Standortfaktor.“

Milliardeninvestitionen

Für die Deutsche Telekom AG versicherte, Thilo Höllen, Senior Vice President Breitbandkooperationen, dass sein Unternehmen den Glasfaserausbau in Bayern mit aller Kraft vorantreibt. „Dabei setzen wir auf drei Säulen: wir investieren Milliardenbeträge in die Modernisierung unserer Netze; wir beteiligen uns intensiv an der geförderten Erschließung ländlicher Gebiete; wir vereinbaren Kooperationen auch mit regionalen Netzbetreibern.“ Insofern freute sich Höllen besonders darüber, dass der bayerische Gigabit-Tag ausgerechnet in Regensburg stattfand, „denn mit der Stadt und dem Netzbetreiber R-KOM haben wir gerade erst einen wegweisenden Kooperationsvertrag unterzeichnet.“

Digitale Transformation

AKDB und CrowdInsights bündeln Kräfte, um die digitale Transformation der Kommunen zu begleiten und die kommunalen Herausforderungen der Zukunft zu meistern

Mit der strategischen Investition in CrowdInsights stärkt die AKDB ihre Rolle als führender Digitalisierungspartner der Kommunen. Ziel der Partnerschaft ist es, ein flexibles und effizientes Angebot zu entwickeln, um die digitale Transformation der Kommunen erfolgreich zu gestalten und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie weiteren Akteuren die zentralen Herausforderungen vor Ort zu meistern.

„Mit CrowdInsights gewinnen wir einen kompetenten Partner, der unser Portfolio optimal ergänzt und es uns ermöglicht, Kommunen bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen und Veränderungen umfassend zu begleiten. Wir unterstützen die Kommunen ganzheitlich dabei, die drängendsten Fragen unter anderem in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Daseinsvorsorge, Mobilität, Energie, Stadtplanung und Integration gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteuren vor Ort zu lösen“, betont Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des AKDB-Vorstands.

Dafür stellt CrowdInsights eine digitale Beteiligungs- und Umfrageplattform zur Verfügung, die sich durch eine attraktive Nutzerführung und moderne Technologie auszeichnet. Gleichzeitig steht CrowdInsights den Kommunen mit weitreichender Erfahrung in Beratung, Prozessbegleitung, Datenanalyse und Moderation zur Verfügung.

Beteiligungsplattform

„Wir freuen uns, mit der AKDB den Partner der Kommunen an unserer Seite zu haben, der großes Vertrauen genießt. Mit unserer Beteiligungs- und Umfrageplattform sowie unserer Expertise in der Konzeption und Durchführung von Beteiligungs- und Partizipationsprozessen möch-

ten wir möglichst viele Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam mit den Menschen vor Ort die besten Ideen zu entwickeln und vor allem auch umzusetzen“, so Lukas Wolf, Geschäftsführer von CrowdInsights.



Lukas Wolf, Geschäftsführer von CrowdInsights, und Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des AKDB-Vorstands. Bild: AKDB

Bürgerbeteiligung

Die Partnerschaft ermöglicht es CrowdInsights, das Lösungsangebot noch spezifischer auf die zukünftigen Herausforderungen der Kommunen auszurichten und gleichzeitig neben der informellen auch die formelle Bürgerbeteiligung abbilden zu können. Ein weiterer Fokus liegt auf der vertieften Integration der Beteiligungs- und Umfrageplattform in die Fachanwendungen, um eine echte End-to-End-Digitalisierung zu ermöglichen. Ein Beispiel hierfür ist die Lösung Bürgerhaushalt.

Durch die Integration in das Dokumentenmanagementsystem komXwork können zuständigen die Fachämter

die eingereichten Vorschläge schnell und einfach in ihrer gewohnten Umgebung prüfen und bewerten. Der individuelle Aufwand für die Durchführung von Bürgerhaushalten wird dadurch erheblich reduziert.

Neue Infrastruktur für Supercomputing:

Bayern baut europäische KI-Fabrik mit auf

KI für Forschung, Industrie und öffentliche Verwaltung
Sieben Standorte in Europa

Wer Künstliche Intelligenz einsetzen will, braucht neben Fachwissen vor allem geeignete KI-Computing-Hardware, Software und Datenpoolbestände. Entsprechende Angebote sind bisher in Deutschland und Europa für Forschungseinrichtungen und Unternehmen noch nicht ausreichend verfügbar.

Bayern wird daher gemeinsam mit weiteren Partnern eine europäische KI-Fabrik einrichten, die den Einsatz von KI-Technologie in Wissenschaft und Wirtschaft deutlich erleichtert. Das Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (LRZ) ist starker Partner in einem neuen Konsortium namens HammerHAL, das diese für KI optimierte Supercomputing-Infrastruktur inklusive Beratung und Support bereitstellen wird. HammerHAL ist eine von sieben europäischen KI-Fabriken, die von der EuroHPC Joint Undertaking (EuroHPC JU) angekündigt wurden.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder freut sich über die „sehr gute Nachricht“ denn München ist bei der neuen KI-Fabrik dabei. „Künstliche Intelligenz ist wie ein Urknall für das Wissensuniversum“, meint er und beglückwünscht Wissenschaftsminister Markus Blume zu diesem Erfolg, den Söder als weiteren Baustein für das bayerische Hightech Netzwerk betrachtet. Auch Wissen-



Die Hauptpersonen des Feldtests. V.l.: Franz Herrler (Werkleiter des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Hans Schmid (zweiter Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Josef Bauer (1. Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Laber-Naab), Prof. Dr. Jürgen Mottok, Staatsminister Albert Füracker (mit einem auswechselbaren Modul), Tobias Frauenschläger, LSI-Präsident Bernd Geisler. Bild: Markus Bauer

„Wir brauchen quantensichere Kryptographie“

Feldtest zur Sicherheit gegen Cyber-Angriffe beim Wasserzweckverband Laber-Naab

Angriffe auf kritische Infrastruktur – besonders seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht diese Thematik fast täglich im Fokus und in den Medien. Ein sehr wichtiger Bereich der Infrastruktur ist zweifelsohne die Wasserversorgung. Daher widmet der Zweckverband der Wasserversorgung Laber-Naab diesem Aspekt bereits seit längerer Zeit ein besonderes Augenmerk. In Kooperation mit der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg läuft seit Anfang 2023 das Projekt „KRITIS3M“. Damit sollen Netze gegen potenzielle Cybergefahren geschützt werden. Anhand eines Feldtestes gab es einen Einblick in das Vorhaben.

Am Tag zuvor wurde in Garching der leistungsfähigste Quanten-Computer Europas vorgestellt. Aber auch in diesem neuen Hochtechnologiebereich gibt es Möglichkeiten zum Eindringen und Hacken. Das Projekt „KRITIS3M“ entwickelt und erprobt zukunftsweisende Lösungen für kritische Infrastrukturen und Security-Module auf Basis von Post-Quanten-Kryptographie (PQC).

Der Vorsitzende des Wasserzweckverbandes Laber-Naab Josef Bauer freute sich in seiner Begrüßung über das große Interesse an dem Feldtest und stellte seinen Verband kurz vor. Besonders verwies er auf die inzwischen eigenständige La-

ber-Naab Infrastruktur GmbH mit 47 Kommunen und einem eigenen Glasfasernetz sowie auf die ebenfalls per Glasfaserleitung überwachten Einrichtungen des Wasserzweckverbandes. Zur Realität gehöre aber auch, so Bauer, die „Vorbereitung auf Cyber-Angriffe“. So sei die Kooperation mit der OTH Regensburg und dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) entstanden.

Verschlüsselungsnotwendigkeiten

In seinem Grußwort würdigte Bayerns Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker den Laber-Naab-Werkleiter Franz Herrler als „Innovator und Motivator für neue Entwicklungen im digitalen Bereich“ und bezeichnete die Bauernhöfe sowie die Wasserversorger als die „wichtigsten Einrichtungen“ und bezeichnete die Bauernhöfe sowie die Wasserversorger als die „wichtigsten Einrichtungen“ und bezeichnete die Bauernhöfe sowie die Wasserversorger als die „wichtigsten Einrichtungen“ und bezeichnete die Bauernhöfe sowie die Wasserversorger als die „wichtigsten Einrichtungen“.

„Heute laufen die Forschungen an Lösungen, mit denen im nächsten Jahrzehnt sicher verschlüsselt werden kann“, verdeutlichte LSI-Präsident Bernd Geisler in seinem Grußwort. Auch er verwies auf die Quantentechnik und damit auf ein „Umfeld, in dem die heutigen Verschlüsselungsmethoden nicht mehr sicher sein können. Wir brauchen quantensichere Kryptographie“, forderte er.

Keine Versorgungssicherheit ohne IT-Sicherheit

„Es gibt keine Versorgungssicherheit ohne IT-Sicherheit“, brachte Prof. Dr. Jürgen Mottok, Inhaber der Forschungsprofessur für Safe and Secure Software Engineering an der OTH Regensburg und Leiter des Projekts „KRITIS3M“, die zentralen

Fakten auf den Punkt. Den Wasserzweckverband Laber-Naab lobte er wegen der geschaffenen Infrastrukturen, die eine gute Basis für das Projekt böten. Es gehe um „Systeme, die den Veränderungen in der Kryptographie standhalten – durch ständige Updates und Patches. Wir brauchen eine quantensichere Kryptographie, Kryptoagilität“, betonte auch Mottok.

Regelmäßige Nachrüstung

Professor Mottoks wissenschaftlicher Mitarbeiter Tobias Frauenschläger stellte schließlich die Details vor: zunächst die technischen Systeme und Anlagen des Zweckverbandes (Brunnen, Hochbehälter, Wasseraufbereitungsanlage, Leitungen usw.), die bereits mit digitalen Komponenten ausgestattet sind. Doch trotz des eigenen Glasfasernetzes und der noch jungen Technik seien, so Frauenschläger, unbemerkte Cyber-Angriffe möglich, vor allem angesichts der Umbrüche in der Kryptographie. Daher müsse der Schutz langfristig angelegt werden, zumal ja auch die teils noch relativ neuen Anlagen 20 bis 30 Jahre laufen sollten. Grundsätzlich seien daher regelmäßige Updates bzw. Nachrüstungen angesagt. Konkret geschehe das über die Entwicklung von Security-Modulen, die auch nachträglich in Systeme installiert werden können. Aber auch neue Feldgeräte würden entwickelt. Darüber hinaus laufe die IT-Sicherheit niederschwellig, so dass die Nutzer die Programme einfach bearbeiten und umstellen können. Kontinuierlich werde es Update-Funktionen geben, um Kryptoagilität bereitzustellen. In der Praxis bedeute dies Software- und Hardware-Änderungen.

Nach diesen theoretischen Ausführungen wurde es ernst, der Feldtest stand an. Darunter versteht man den Versuch, bei dem technische Systeme in realen Anlagen und unter realen Bedingungen getestet werden. Mit einem Mausklick starteten Minister Füracker und Zweckverbandsvorsitzender Bauer den Test. Auf der großen Schaltzentrale und den Daten wurde sofort sichtbar, dass die Sicherheitsmodule beim Wasserzweckverband erfolgreich erprobt wurden.

Das Projekt „KRITIS3M“ wurde im Jahr 2021 beantragt, der konkrete Startschuss fiel am 1. Januar 2023. Es läuft bis Ende des Jahres 2025 bei einer Förderung von drei Millionen Euro, wobei ein wesentlicher Schwerpunkt auf dem Forschungsaspekt liegt.

Markus Bauer

Bayerischer Tourismustag 2024:

Investitionen als Wachstumsmotor

Unter dem Motto „Destination Next: Tourismus für lebenswerte Regionen“ fand in Bamberg der Bayerische Tourismustag 2024 statt. Zahlreiche Fachleute und Entscheidungsträger aus der Branche beleuchteten die aktuelle Situation des Fremdenverkehrs im Freistaat. Dabei lag das Augenmerk auf der Notwendigkeit von Ankerinvestitionen, um den Tourismus zukunftssicher zu gestalten.

Mit über 350 Teilnehmern wurde ein starkes Zeichen gesetzt. Barbara Radomski, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, eröffnete die Veranstaltung mit einem Aufruf zu mehr Mut: „Ankerinvestitionen stärken den Tourismus nachhaltig!“ Denn Investitionen in Hotels, Thermen und Infrastruktur (siehe Bergbahnen) schaffen nicht nur Qualität, sondern auch Wertschöpfung für ganze Regionen. Bayern solle dabei Vorreiter bleiben und sich im Wettbewerb behaupten.

Klarheit und politische Verlässlichkeit benötigt

„Die Ampel hinterlässt einen Scherbenhaufen aus Tatenlosigkeit und falschen Entscheidungen in der Tourismuspolitik. So konnte es nicht mehr weitergehen. Wir haben große Erwartungen an die neue Bundesregierung“, unterstrich Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber. Sie verwies vor allem auf die falsche Anhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und den mangelnden Willen der Ampel, die Branche in Sachen Arbeitszeitflexibilisierung oder Bürokratieabbau wirksam zu unterstützen. Die Tourismuswirtschaft benötige jetzt mehr denn je Klarheit und politische Verlässlichkeit. „Wir brauchen endlich wieder eine handlungsfähige neue Bundesregierung!“

Mit Blick auf die bayerische Tourismuspolitik hob Kaniber die gute Entwicklung der vergangenen Monate hervor: „Bayern steht im Wettbewerb der Destinationen hervorragend da. Wir liegen bei Gästeankünften und Übernachtungszahlen nicht nur über dem Niveau des Vorjahres, sondern auch wieder über den Vor-Corona-Werten von 2019.“ Mehr als 500 Mio. Tagesgäste jährlich sorgten für zweistellige Milliardenumsätze, 20 Prozent des deutschen Tourismusumsatzes kämen aus Bayern. Zudem sei der Freistaat mit 1.350 Museen auch kulturell deutschlandweit führend.

Letztlich gehe es aber nicht nur um Rekordzahlen, machte Kaniber deutlich. Man wolle kein Wachstum um jeden Preis. „Wir machen Tourismuspolitik mit Mehrwert. Wir werden weiter einen qualitätsvollen und werteorientierten Tourismus stärken, der positiv auf die Lebensqualität vor Ort einzahlt. Es geht darum, die Erlebniswelt der Gäste und die Lebenswelt der Einheimischen weiter in Einklang zu halten“, stellte die Ministerin fest.

Förderzusage im Rahmen der Kongressinitiative

Kaniber überreichte auf dem Tourismustag zudem eine Förderzusage im Rahmen der neu geschaffenen Kongressinitiative für die bayerische Tourismuswirtschaft: „Mit 27.500 Euro fördern wir die Deutsche Gesellschaft für Epileptologie, die ihre viertägige Jahrestagung im Jahr 2026 in Würzburg abhalten wird. Es freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, diese wichtige Veranstaltung nach Bayern zu holen.“ Die Ministerin zeigte sich überzeugt, dass es mit der Förderinitiative gelingen werde, noch viele weitere bedeutende Kongresse und Tagungen nach Bayern zu holen. „Mit unserer Förderinitia-

tive können wir einen wichtigen Pluspunkt in den Wettbewerb einbringen.“

Ein zentrales Panel beschäftigte sich mit der Frage, warum Ankerinvestitionen für einen funktionierenden Tourismus unabdingbar sind. In diesem Kontext brachten namhafte Persönlichkeiten aus der Branche ihre Sicht der Dinge ein, darunter Bernhard Taubenberger von der Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG, Alfred Bauer vom Bayerischen Zentrum für Tourismus, und Nico Cieslar, der das Marketing und die internationalen Beziehungen in Forchheim leitet. Angela Inselkammer, Vizepräsidentin des Dehoga Bayern, wies auf bestehende Schwierigkeiten wie Umsatzrückgänge und hohe Belastungen durch einen Steuersatz von 48 Prozent hin. Darüber hinaus hielten 80 Prozent der Betriebe Investitionen zurück, wodurch die Entwicklung gebremst würde. Um den Sektor zu stärken, muss die Agenda 2030 aus Inselkammers Sicht Entlastungen für touristische Leistungsträger enthalten.

Paradebeispiel Günzburg

Mit Blick auf Ankerinvestitionen als Erfolgsmodell verwies Landrat Dr. Hans Reichhardt auf das Paradebeispiel Günzburg: Mit dem Bau des Legolands stiegen die Übernachtungen von 180.000 auf

über eine Million. Solche Investitionen veränderten ganze Regionen und schafften Perspektiven für kommende Generationen, so Reichhardt.

In seiner Keynote „Destinationserfolg ist kein Zufall: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren im Destinationsmanagement“ zeigte Prof. Hubert J. Siller, langjähriger Leiter des Department für Tourismus- & Freizeitwirtschaft (MCI Tourismus) am MCI Management Center Innsbruck, dass der Erfolg einer touristischen Destination zunehmend mit echtem Leadership und funktionierenden Führungsnetzwerken zusammenhängt. Die klassische Marketingfunktion habe nicht ausgedient, müsse aber in ihrer Bedeutung neu betrachtet werden. Der Weg von der Destination Marketing Organisation (DMA) zur Destination Management Organisation (DMO) sollte längst vollzogen sein, wie nicht zuletzt das Beispiel „Der Tiroler Weg“ eindrucksvoll belege.

Dr. Jürgen Amann, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH, gab in seiner Keynote „Vom Gemischtwarenladen zur Markenerlebniswelt“ Einblicke in den Konzeptionsprozess der Kölner Tourist Information am Dom. Vor dem Hintergrund veränderter Aufgaben von DMOs sprach er über Herausforderungen und berichtete über seine Erkenntnisse aus dem Prozess zur neuen „KölnInfo“.

Fazit: Mit einer klaren Vision, mehr Mut zu Investitionen und gezielten Förderungen will Bayern seine Position als führende Tourismusregion weiter ausbauen. Es gelte, ganzjährig als Top-Reiseziel zu überzeugen. DK

Tourismusverband Ostbayern verleiht den Glasstraßenpreis 2024

Preisträger des Glasstraßenpreis 2024 sind der Glaskünstler Rudolf Weber aus Frauenau, die Glaskünstlerin Louise Lang aus Gleissenberg und die Glaskünstlerin Magdalena Paukner aus Lindberg. Im Fokus des Glasstraßenpreises, den der Tourismusverband Ostbayern ausschreibt, stehen dieses Jahr Beiträge, die den Nachwuchs in der Glasbranche fördern sowie das Bewusstsein für Glas und seine Bedeutung über die Region hinaus stärken. Die Preisverleihung fand bei Zwiesel Kristallglas in Zwiesel statt.

„Der Glasstraßenpreis soll nicht nur die traditionelle Verarbeitung, sondern auch das kreative Potential von Glas aufzeigen. Zukunftsweisende Projekte, die vor allem auch einen Bezug zum Tourismus haben, sind von großer Bedeutung für die Region“, betont Dr. Michael Braun, Vorstand des Tourismusverbandes Ostbayern. Der Bayerische Wald und Oberpfälzer Wald gehören zu den herausragenden Glaszentren Europas. Nirgends sonst gibt es eine derartige Dichte an Glaskünstlern und glasproduzierenden Betrieben, von touristischen Glashütten bis hin zu Weltmarktführern. Die Glasstraße, die sich durch den Oberpfälzer Wald und den Bayerischen Wald zieht, ist eine der beliebtesten Ausflugsrouten in Deutschland.

Glas ist ein Werkstoff, der viele unterschiedliche Assoziationen hervorruft, je nachdem, aus welcher Perspektive man ihn betrachtet. Entlang der Glasstraße wird Glas mit Begriffen wie Tradition, Handwerk, Historie, Kunst, Innovation und Hightech verknüpft. Diese Bandbreite an Bedeutungen spiegelt nicht nur die Geschichte der Region wider, sondern auch ihre Innovationskraft und Kreativität im Umgang mit dem Material Glas. Besonders entlang der Glasstraße kann man diese verschiedenen Facetten entdecken und erleben.

Zur Förderung der Aktionen, Beiträge und Produkte, die die Glasstraße beleben und die das

Glas in den Mittelpunkt stellen, schreibt der Tourismusverband Ostbayern seit dem Jahr 2000 den Glasstraßenpreis aus, in diesem Jahr zum 12. Mal. Besonders im Fokus stehen dieses Jahr Beiträge, die den Nachwuchs in der Glasbranche fördern, sowie solche, die das Bewusstsein für Glas und seine Bedeutung über die Region hinaus stärken. Der Preis würdigt somit die Vielfalt und Innovationskraft, die Glas entlang der Glasstraße verkörpert, und leistet einen Beitrag dazu, das kulturelle und wirtschaftliche Erbe der Region zu bewahren und weiterzuentwickeln. Es haben sich elf Institutionen, Vereine, Unternehmen und Einzelpersonen beworben. □



V.l. Oswald Pehel, Tourismus Oberbayern München e.V., Oliver Jauch, Kreiswasserwacht, Sophie Hoffmann, DLRG, Moderator Axel Robert Müller, Manfred Zink, Alpenverein München & Oberland, Roland Ampenberger, Stiftung Bergwacht und Bergwacht Bayern, Johannes Kunze-Fechner, Bergwacht Bad Tölz. Bild: MH



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

ABC Tourismus in Bayern: Tourismus schafft Zukunft Destinationsmanagement neu denken

Tourismus ist weit mehr als nur schöne Landschaften und zufriedene Gäste – er ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor, der Lebensqualität für Einheimische und Gäste gleichermaßen schaffen kann. Doch die Anforderungen an Kommunen und Destinationsmanagementorganisationen (DMOs) haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind die Treiber dieser Transformation.

In der Vergangenheit lag der Fokus der DMOs vor allem auf der Vermarktung der Destination sowie der Information und Gewinnung von Gästen. Doch das reicht heute nicht mehr aus. Der Tourismus von morgen ist von erweiterten Ansprüchen und Aufgaben geprägt: Besucherlenkung, Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung, nachhaltige Mobilitätskonzepte und die Bedürfnisse der Einheimischen gehören nun ebenso dazu. Denn eines ist klar: Die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner ist die Basis für eine hohe Erlebnisqualität der Gäste.

Es gilt daher, professionelle Prozesse und Strukturen in den Destinationen zu schaffen, um diese modern, nachhaltig und zeitgemäß aufzustellen. DMOs müssen umdenken – und umstrukturieren. Im Fokus sollten dabei sowohl die Organisation selbst als auch die Qualifikationen der Mitarbeiter stehen, ebenso ist die zukünftige finanzielle Ausstattung essenziell:

Investitionen in digitale Technologien und Nachhaltigkeitsstrategien sind unabdingbar.

Vernetzung als Schlüssel zum Erfolg

Gleichzeitig gilt es, Netzwerke zu schaffen, die eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Akteuren über den Tourismus hinaus ermöglichen. Denn immer wieder zeigt sich: Destinationen, die auf starke und gut funktionierende Netzwerke setzen, sind langfristig erfolgreicher. Kommunen, lokale Unternehmen, Politik, Vereine und Verbände müssen stärker kooperieren, um komplexe Herausforderungen gemeinsam zu meistern und die Interessen von Tourismus, lokaler Wirtschaft, Einheimischen, Gästen und Umwelt auch in Zukunft in Einklang zu bringen.

Dabei muss der Tourismus nicht alles allein stemmen. Die Aufgabe der DMOs ist es vielmehr, als Knotenpunkt und Impulsgeber zu agieren. Als interdisziplinär vernetzte Organisationen haben DMOs Einblicke in die verschiedensten Branchen und Bereiche sowie entsprechende Kompetenzen in einer Vielzahl an Themen. Durch innovative Ansätze und eine enge Zusammenarbeit können Kommunen und DMOs das touristische Potenzial einer Region weiter heben – zum Nutzen aller Beteiligten.

Mehr zum Thema „Modernes Destinationsmanagement“ gibt es in der neuen Ausgabe des Bay-TM Magazins: <https://magazin.tourismus.bayern/zukunft-netzwerke>. □

Kuchenverkauf statt Rettungsaktion

Die Realität vieler Ehrenamtlicher

Mitte Dezember 2024 lud der Tourismus Oberbayern München (TOM) e.V. zu einer Podiumsdiskussion „Tourismus ist Ehren(amts)sache“. Auf der Bühne saßen Vertreterinnen und Vertreter der Berg- und Wasserwacht, des DLRG und vom DAV. Ehrenamtlich tätige Menschen leisten täglich unverzichtbare Arbeit im Bereich des Rettungsdienstes. Ihr Engagement ist aber auch ein Grundpfeiler für den touristischen Erfolg Oberbayerns. Der Verband will nun in Zukunft intensiver mit den Organisationen zusammenarbeiten und sie bei der Arbeit unterstützen.

Die Vertreter der Hilfsorganisationen berichteten, warum die Arbeit in ihren Vereinen so besonders ist. Man stelle oft einen essentiellen Teil des Rettungsdienstes dar, sei Bindeglied in der Gemeinde, idealistisch, nicht ökonomisch und fördere das Zusammenleben. Auch sei es besonders anderen Menschen zu helfen oder mit außergewöhnlicher Technik zu tun zu haben. Die Kameradschaft sei ganz wichtig und diese Tätigkeiten würden dem Leben Sinn geben.

Erfahrungen aus der Praxis

Oswald Pehel vom TOM e.V. bedankte sich bei den Ehrenamtlichen und beschrieb die Veränderung im Tourismus nach Corona: „Es gibt heute einen höheren Erholungsdruck: mehr Wanderer, mehr E-Mountainbike-Fahrer, usw. Daher ist es wichtig die Gäste für ein respektvolles Verhalten in Natur zu sensibilisieren.“ Manfred Zink beschrieb das, was sein Alpenverein versucht: nicht noch mehr Besucher anlocken, aber die, die eh kommen, besser informieren bzw. ausbilden.

Alle Teilnehmer bemerk-

ten, dass die Wertschätzung ihrer freiwilligen und unbezahlten Arbeit zu gering sei bzw. abgenommen habe: Behinderung, komische Kommentare, Gaffer, usw. „Viele sehen uns als ‚Spätschicht‘, wenn wir bei Einsätzen einen Weg sperren müssen“, erklärte Sophie Hoffmann von der Wasserrettung der DLRG Pöcking-Starnberg. „Oder sie beschimpfen uns als Rowdys, wenn schnelle Fahrten bei Rettungseinsätzen notwendig sind“, ergänzte Oliver Jauch von der Kreiswasserwacht Starnberg. Dabei wünsche man sich etwas mehr Dankbarkeit für den Einsatz in der Freizeit.

Auch die Bergwacht berichtete von den Herausforderungen: „Unsere Arbeit erfordert immense zeitliche und finanzielle Ressourcen – oft auf Kosten anderer Lebensbereiche“, hob Johannes Kunze-Fechner von der Bergwacht Bad Tölz hervor. 15 Diensttage pro Jahr an den Wochenenden, wöchentliche Abendtrainings und 30 bis 50 Einsätze mit rund zwei Stunden Einsatzzeit: „Da braucht man keine anderen Hobbys mehr“ scherzte er.

Der TOM e.V. kündigte für 2025 eine Wertschätzungskampagne

für die Ehrenamtler an. Diese soll dann dazu aufrufen, dass die Gäste den Naturraum schützen (z.B. Ruhezeiten für Tiere) oder eben für Gefahren in der Natur sensibilisieren. Der Alpenverein versucht über etwas unbekanntere Ziele zu informieren, um so die Massen etwas besser zu verteilen. Social Media sei durchaus ein Fluch (vgl. Druck auf manche Hot Spots) aber auch Segen. Man könnte nun auf diese Weise viel besser mit der Zielgruppe kommunizieren, informieren oder auch mal warnen.

Wichtiges Element der Arbeit sei aber auch die durch den Klimawandel veränderte Realität: So gibt es heute früher Badegäste, die dann auch länger im Jahr bleiben. Mit weniger Schnee gibt es zwar weniger Skifahrer, aber dafür mehr Schneeschuhwanderer. Der DAV versuche bis 2030 insgesamt klimaneutral zu werden. Man muss sich wohl besser anpassen.

Ehrenamt benötigt Unterstützung

Bei einer anschließenden Führung durch das weltweit einmalige Trainings- und Simulationszentrum in Bad Tölz demonstrierte Volker Eisele (Vorstand bei der Stiftung Bergwacht) eindrucksvoll, wie aufwendig die Ausbildung und wie vielseitig die Einsätze von Ehrenamtlichen sind. „Der Betrieb des Zentrums für alle bayerischen Einsatzkräfte der Baulichtorganisationen gelingt Dank der umfangreichen Förderung durch den Freistaat Bayern. Dennoch ist auch hier die Stiftung Bergwacht auf zusätzliche Mittel, durch Partnerschaften und Zuwendungen für die Finanzierung der Gesamtkosten angewiesen“, so Eisele.

Spenden und Fördermitgliedschaften sind eine wichtige Finanzierungsquelle der Bergwacht Bereitschaften vor Ort. Die unmittelbaren Unterstützungen aus dem lokalen Tourismus durch Bahnbetriebe oder der Hotellerie helfen hier ebenfalls weiter. Denn der Kuchenverkauf allein ist nicht ausreichend, um einen sicheren und qualitativ hochwertigen Ausbildungsstandard und den laufenden Betrieb zu sichern. MH



Bei der Ausstellungs-Eröffnung in Memmingen (v.l.): Thomas Munding; Stephan Abele; Alex Eder, Landrat Unterallgäu; Désirée von Bohlen und Halbach, Vorstandsvorsitzende von Desideria Care e.V.; Klaus Holetschek, MdL; Jan Rothenbacher, Oberbürgermeister Memmingen; Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern; Raimund Steber, Ärztlicher Direktor Bezirkskrankenhaus Memmingen und Regina Merk-Bäumli, Direktorin AOK Direktion Memmingen-Unterallgäu. Bild: Desideria

Stadt Memmingen:

Demenz aus der Tabuzone holen

„Menschen mit Demenz gehören in die Mitte unserer Gesellschaft“ steht in großen Buchstaben auf dem Plakat. Auf einem anderen ist eine ältere Frau mit schneeweißem Haar zusehen. Fröhlich strahlt sie in die Kamera, während ihr Mann sie liebevoll betrachtet und mit lacht. Ein paar Schritte weiter springt auf einem weiteren Plakat ein Mann in rotem Pulli Papierfliegern hinterher, die auf eine Wand gemalt sind. Gespannt auf Bauzäunen touren diese und weitere Motive im Rahmen einer Wanderausstellung seit 2023 durch Bayern. Sie alle zeigen Menschen mit Demenz.

Der gemeinnützige Verein Desideria Care hat die Openair-Fotokunstausstellung „Demenz neu sehen“ unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek entwickelt. Cham, Landsberg, Landslut, Mühldorf, Neumarkt, Kulmbach, Kelheim und Memmingen haben sie bereits erfolgreich auf öffentlichen Plätzen in den Innenstädten gezeigt. Auch für 2025 besteht für bayerische Kommunen die Möglichkeit, die Ausstellung kostenfrei auszuleihen und aktiv dabei mitzuwirken, das Thema Demenz aus der Tabuzone zu holen.

Zu sehen sind 24 ausgewählte Bilder, die im Rahmen des Fotowettbewerbs „Desideria Preis für Fotografie Demenz neu sehen“ entstanden sind. Mit den Fotografien will Desideria Care der Volkskrankheit Demenz mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit verschaffen und der Erkrankung das Stigma nehmen. Denn: Bilder haben eine hohe emotionale Wirkung und sind oft stärker als Worte. Sie können den Blick der Gesellschaft öffnen und einen Bewusstseinswandel auslösen. Sie sollen eine andere Sichtweise auf Demenz bewirken und Tabus aufbrechen. Und noch eine Botschaft möchte der gemeinnützige Verein mit den Ausstellungen vermitteln. „Demenz ist nicht nur Drama. Es gibt schöne Momente, die gilt es zu fördern und auch bewusst zu schaffen“, betont Désirée von Bohlen und Halbach, die Gründerin von Desideria Care.

Kostenfreie Ausleihe für bayerische Kommunen

Für den Verleih der Openair-Ausstellung kooperiert Desideria mit der AOK Bayern und dem Sparkassenverband Bayern. Dank der Unterstützung dieser Partner ist die Ausleihe der Ausstellung für bayerische Kommunen kostenfrei und wird von den beiden Partnern vor Ort mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie einer Eröffnungsveranstaltung begleitet. Beim Eröffnungs-event präsentieren und vernetzen sich die Kooperationspartner zusammen mit der Kommune und lokalen Beratungs- und Versorgungseinrichtungen der Demenzlandschaft. Auch ein Rahmenprogramm mit Vorträgen und anderen Events ist denkbar. Die Ausleihe der Openair-Fo-

Begleitende Texte erzählen die Geschichten hinter den Bildern. Diese können als Hörgeschichten über einen QR-Code erlebt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern wird das Thema Demenz durch die neuartige Präsentation im öffentlichen Raum nähergebracht. Mehr Infos: www.desideria.org/fotopreis/openair-fotokunstausstellung

Über Desideria Care e.V.

Der gemeinnützige Verein Desideria wurde 2017 von Désirée von Bohlen und Halbach gegründet. Der Verein unterstützt und stärkt Familien mit Angehörigen, die an Demenz erkrankt sind. Mit innovativen digitalen Angeboten gibt Desideria Betroffenen und ihren Angehörigen eine Perspektive. Eckpfeiler hierfür sind Wissen, Selbstfürsorge und Lebensqualität. Desideria setzt sich für eine demenzfreundliche Gesellschaft ein, in der Demenz kein Stigma und Tabu ist. Ziel ist es, ein Umdenken in der Gesellschaft zu bewirken und mehr Teilhabe und Lebensqualität für betroffene Familien zu schaffen. Mehr Infos unter www.desideria.org.

Auf einen Blick

Die Openair Fotokunstausstellung umfasst 24 Schwarzweiß- und Farb-Motive, präsentiert auf 15 hochwertigen Textilbannern (Format: 3,40 x 1,73 m). Die Banner werden auf Bauzäunen befestigt. Diese können im öffentlichen Raum als fünf Dreieck-Ensembles oder einen Platz säumend aufgestellt werden.

LEADER boomt in der LAG Mangfalltal-Inntal:

Neue Projekte zur Förderung aktiviert

In der LAG Mangfall-Inntal boomt das EU-Förderprogramm LEADER auch in der neuen Förderperiode von 2023 bis 2027. In den 22 Vereinskommunen ist das Interesse an den Fördergeldern groß, wie das Entscheidungsgremium bei seiner letzten Sitzung des Jahres in Rohrdorf bekanntgab. In den Förderlauf wurden die Projekte Gemeinschaftshaus Schechen, Kulturraum Karolinenkirche (Großkarolinenfeld), DLRG-Vereinsheim Bad Aibling und Mühlenweg in Kiefersfelden gegeben.

Optimale Nutzungsmöglichkeiten

Für ihr Gemeinschaftshaus ziehen gleich drei Vereine mit der Gemeinde Schechen an einem Strang: der Sportverein, der Schützenverein „Alte Ritter“ und die Hochstätter Musi. Nach dem großen Engagement der Gemeinde, die das Gebäude in Eigenregie bereitstellte, will die Kommune nun für die Inneneinrichtung eine Förderung beantragen, damit die Vereine das Gebäude optimal nutzen können. So sollen für den Sportverein Umkleiden, eine Werkstatt und ein Vereinsbüro eingerichtet werden, der Musikverein erhält eine Ausstattung für den Probenraum und der Schützenverein Umkleiden, Schränke sowie einen Parkettboden für eine Multifunktionsnutzung. Das Gebäude dient damit der ganzen Gemeinde für Zusammenkünfte aller Art.

Einen innovativen Ansatz verfolgt die evangelische Kirchengemeinde in Großkarolinenfeld: Der Kirchenraum der Karolinenkirche soll zu einem übergreifenden Kulturraum geöffnet werden. Gemeinsam mit dem Förderverein soll auf diese Weise ein medialer Geschichts- und Kulturort als Treffpunkt mitten in der Gemeinde entstehen.

Zielgerichtete Infrastruktur

Der Ortsverein der DLRG in Bad Aibling arbeitet ebenso wie die Berg- und Wasserwacht ausschließlich ehrenamtlich. Dabei rettet er immer wieder Leben, unterstützt im Katastrophenschutz und bildet „nebenbei“ Kinder und Jugendliche zu sicheren Schwimmern aus. Eine fehlende zielgerichtete Infrastruktur hemmt die Einsätze der Wasserretter, führt zu vielen unnützen Transportfahrten und verhindert

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich darf die Stadt Velburg vertreten mit Stand heute insgesamt 5.578 Einwohnern, darunter sind ca. 600 US-Amerikaner, die in Velburg wohnhaft sind, noch nicht berücksichtigt.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Mein Amt durfte ich am 1. Mai 2020 antreten; ich bin hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt war ich als Hotelbetriebswirt im 4*Superior Hotel mit Privatbrauerei Winkler Bräu in Lengenfeld tätig. Mein damaliges Amt als Hotelleiter übe ich aktuell nicht mehr aus.



Christian Schmid

Erster Bürgermeister der Stadt Velburg

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin seit meiner Jugend ehrenamtlich bei verschiedenen Vereinen aktiv, allen voran bei der Feuerwehr (zuletzt als Kreisbrandinspektor). Kommunalpolitik hat mich deswegen schon immer interessiert. Wir hatten und haben in Velburg immer schon interessante Besuche von hochkarätigen Politikern aus der Landes- und Bundespolitik zum Austausch und Kennenlernen zu Gast. Das hat mein Interesse geweckt. Schnell habe ich erkannt, dass wir hier vor Ort miteinander einiges bewegen und schaffen können.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe mich intensiv auf meine Rolle als Bürgermeister vorbereitet, indem ich sowohl meine betriebswirtschaftlichen Kenntnisse als auch meine Erfahrungen aus dem Ehrenamt eingebracht habe. Diese Kombination ermöglicht es mir, die finanziellen Aspekte der Gemeinde zu verstehen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Bürger zu erkennen. Dass ich vor meiner Kandidatur bereits Mitglied des Stadtrates war, hat mir natürlich auch geholfen. Durch den Austausch mit anderen Bürgermeistern bzw. Kandidaten und die Teilnahme an Schulungen konnte ich wertvolle Einblicke gewinnen, die mir helfen, die Herausforderungen meiner Position erfolgreich zu meistern.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Bei meinem Amtsantritt lagen die Herausforderungen in der Bewältigung dringender Projekte, die mein Vorgänger noch begonnen hatte und der Digitalisierung des Rathausbetriebes. Gerade die Fertigstellung und Inbetriebnahme unseres Kulturzentrums Wieserstadt war ein nennenswertes Highlight. Der Zuständigkeitsbereich der Stadt Velburg ist mit 175 km² und über 50 Ortschaften sehr vielfältig und umfangreich. Natürlich war die Pandemie auch eine Herausforderung für uns neue Bürgermeister.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Momentan beschäftigen die Rathausverwaltung und mich vor allem die Themen Dorferneuerung Günching, neue Ortsdurchfahrt in Holzerstetten, die Ortsmittengestaltung in Deumauer, die digitale Verwaltung, die Planung eines neuen Kindergartens, der schon lange überfälligen Rathausanierung und Wirtschafts-

förderung. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Gemeinde attraktiv bleibt, indem wir neue Gewerbe ansiedeln und unsere Innenstadt aufwerten. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der Förderung von kulturellen Projekten und Veranstaltungen, wie dem Kulturzentrum Wieserstadt.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen / wollen?

In Zukunft werde ich mich verstärkt mit dem Thema Nachhaltigkeit und Finanzen auseinandersetzen müssen. Dies umfasst sowohl ökologi-

sche als auch ökonomische Aspekte, um sicherzustellen, dass wir als Gemeinde zukunftsfähig und lebenswert bleiben. Neben unseren Pflichtaufgaben sollte auch noch Spielraum für wertige Zusatzinvestitionen für die Zukunft vorhanden sein. Auch die Integration aller Ortsteile ist ein wichtiges Anliegen, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und alle Bürger einzubeziehen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mein wichtiger Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen lautet: Bleibt offen für Feedback und lernt von den Erfahrungen anderer. Es ist entscheidend, sich kontinuierlich weiterzubilden und die eigenen Entscheidungen kritisch zu hinterfragen. Zudem ist es wichtig, ein gutes Netzwerk aufzubauen, um Unterstützung und Rat zu erhalten. Habt Spaß am Amt und traut Euch was!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich beziehe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bürger aktiv in meine Entscheidungsfindung ein. Wöchentliche Rücksprachen und Mitarbeitermeetings und Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen sind ein zentraler Bestandteil meiner Arbeit, um direktes Feedback zu erhalten und Anliegen / Meinungen der Mitarbeiter und Bürger ernst zu nehmen. Auch im Stadtrat pflegen wir einen offenen Austausch über wichtige Themen im Rahmen von Vorbesprechungen, Klausurtagungen und Sondersitzungen im laufenden Jahr.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss auf die künftige Kommunalpolitik haben. Ich strebe weiterhin an, dass Amtsgeschäfte für die Bürger einfacher online erledigt werden können. Dies erhöht hoffentlich auch langfristig die Effizienz der Verwaltung. Am wichtigsten bleibt aber für mich trotzdem das persönliche Gespräch im Rathaus. Die Kunst wird es sein, den seit Jahrzehnten beklagten Bürokratismus zeitgleich nebenbei abzubauen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mein Lebensmotto lautet: „Immer wieder geht die Sonne auf“. Dieses Motto begleitet mich in meiner Arbeit als Bürgermeister und spiegelt wider, dass wir nach Rückschlägen und schlechten Nachrichten immer wieder positiv in die Welt schauen müssen und vor allem können.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte in Erinnerung bleiben als ein Bürgermeister, der stets das Wohl seiner Gemeinde im Blick hatte und sich für eine positive Entwicklung von Velburg eingesetzt hat. Mein Ziel ist es, eine Atmosphäre des Vertrauens und des Miteinanders zu schaffen, in der alle Bürger sich wohl und daheim fühlen. „Der hod scho passt.“

ein aktives Vereinsleben. Diesem Umstand will der Verein mit einem eigenen Vereinsgebäude, das den modernen Anforderungen entspricht, entgegen treten. Die Einrichtung des Gebäudes soll mit LEADER-Mitteln gefördert werden.

Industrie-Geschichte sichtbar machen

Die besondere Industriegeschichte der Gemeinde Kiefersfelden ist bereits Gegenstand zahlreicher LEADER-Projekte, unter anderem im kürzlich eröffneten Industriemuseum Blaahaus. Nun wollen auch die Akteure im Ortsteil Mühlabach ihre Industriegeschichte sichtbar machen. Das Augenmerk liegt dabei auf der langen Nutzungsgeschichte zahlreicher Mühlen im Ortsteil. Näheres zur besonderen Art der Mühlen wird das LEADER-Projekt nach der Umsetzung verraten. DK



Die Fürst zu Oettingen-Spielberg'sche Verwaltung hat erneut auf Weihnachtskarten verzichtet und stattdessen 1.000 Euro an den Verein „1.000 Schulen für unsere Welt“ gespendet. Unser Bild zeigt v.l. Roland Wiedenmann bei der Scheckübergabe an den Vereinsvorsitzenden Landrat Stefan Röbe, Landkreis Donau-Ries. Damit wird ein Nähhzimmer an einer Schule in Kigali, Ruanda, eingerichtet. Zehn Frauen können dort als Näherinnen ausgebildet werden, was ihnen langfristige Perspektiven und Einkommen sichert. Zudem profitieren 214 Kinder von günstigen Schuluniformen. Die Projektkosten von 2.000 Euro sind nun dank der Spende vollständig gedeckt, da bereits zuvor die Hälfte der Mittel gesichert war.

Bild: Ramona Ruf

Malteser starten bundesweites Pilotprojekt:

In Heiligenstadt entsteht ein integriertes Versorgungszentrum

Die Malteser eröffnen zusammen mit der Marktgemeinde im Landkreis Bamberg ein neues Gesundheitszentrum, das über die klassische medizinische Versorgung hinausgeht – ein umfassendes Konzept für die Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung im ländlichen Raum. Bürgermeister Stefan Reichold sieht einen Meilenstein in der Gemeindeentwicklung.

Der Malteser Verbund und die Marktgemeinde Heiligenstadt in Oberfranken gehen neue Wege in der medizinischen Versorgung auf dem flachen Land: Gemeinsam werden beide Anfang 2025 ein integriertes Versorgungszentrum in Heiligenstadt eröffnen. Ziel ist es, die entstehende Lücke in der hausärztlichen Versorgung zu schließen und gleichzeitig ein zukunftsweisendes Gesundheitskonzept zu etablieren, das über die klassische Medizin hinausgeht. Dies teilten Heiligenstadts erster Bürgermeister Stefan Reichold und Claudia Ramminger von den Malteser-Geschäftsführung bei einer Pressekonferenz mit.

„Das neue Gesundheitszentrum ist ein bundesweites Pilotprojekt. Es wird die medizinische Grundversorgung sichern und um weitere Betreuungs- und Versorgungsangebote ergänzen“, betonte Claudia Ramminger, Diözesangeschäftsführerin der Malteser im Erzbistum Bamberg. Der Start des Malteser Gesundheitszentrums (MGZ) am Marktplatz 21

(ehemaliges Norma-Gebäude), wie der offizielle Name der Einrichtung heißen soll, ist für den 8. Januar 2025 geplant.

Eine sich verändernde Gesundheitslandschaft

Mit dem bevorstehenden Ruhestand des langjährigen Hausarztes Dr. Peter Landendorfer entsteht eine dramatische Lücke in der medizinischen Grundversorgung der Marktgemeinde in der Fränkischen Schweiz. Deshalb geht es ab 8. Januar des nächsten Jahres erst einmal darum, die hausärztliche Versorgung in der Region aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Als nächster Schritt wird dann – voraussichtlich ab Februar – der Malteser Menüservice (MMS) in den Räumen seine Arbeit aufnehmen. Vor allem ältere Menschen haben dann die Möglichkeit, sich einmal am Tag eine warme Mahlzeit in die eigenen vier Wände bringen zu lassen. Im Laufe des Jahres wollen die Malteser dann weitere Dienste aus ihrem umfangreichen Portfolio im MGZ anbieten.

„Dass es uns gelungen ist, die Malteser und das damit verbundene integrierte Gesundheitszentrum nach Heiligenstadt zu bringen, ist ein Meilenstein für unsere Gemeindeentwicklung und insgesamt ein Glücksfall für alle unsere Bürgerinnen und Bürger in unserer großen Marktgemeinde mit ihren 24 Ortschaften“, unterstrich Heiligenstadts Erster Bürgermeister Stefan Reichold. Seit Beginn seiner Amtszeit und auch schon davor wurde intensiv daran gearbeitet, wie eine hausärztliche Versorgung in der Marktgemeinde nach dem Ruhestand von Dr. Landendorfer sichergestellt werden kann. „Dazu gab es unzählige Termine, Gespräche und Online-Meetings, die jedoch alle nicht den gewünschten Erfolg brachten. Bis zu dem Zeitpunkt, als Dr. Landendorfer, selbst Mitglied im Malteser-Ritterorden, den Kontakt zwischen Maltesern und der Gemeindeverwaltung herstellte“, resümiert Reichold.

Dreigliedriges Konzept

In vielen ländlichen Regionen Bayerns gibt es Schwierigkeiten, neue Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen. Die Bevölkerung wird älter, und der Bedarf an umfassender Gesundheitsversorgung steigt stetig. „Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht mehr allein durch die klassische medizinische Versorgung lösen. Es braucht innovative Konzepte, die medizinische, soziale und ehrenamtliche Angebote miteinander verbinden“, erläuterte Ramminger.

Mit dem Malteser Gesundheitszentrum wollen der Malteser Verbund und die Kommune in Heiligenstadt nun neue Wege gehen. Das MGZ basiert auf einem integrativen Konzept mit drei Säulen:

1. Medizinische Grundversorgung: Die hausärztliche Versorgung wird durch ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit zunächst einem Hausarzt und mehreren angestellten Ärztinnen und Ärzten gewährleistet. „Wir möchten eine umfassende Betreuung bieten und auch moderne Angebote wie Telesprechstunden integrieren,

um eine optimale medizinische Versorgung sicherzustellen“, erklärte Ramminger. Ein zusätzlicher Gemeinde-Notfallsanitäter ergänzen. Dr. Landendorfer wird als angestellter Arzt des MVZ noch einige Monate lang tätig sein, bis ein neuer Hausarzt übernimmt. Damit unterstützt er den Übergang und schlägt eine Brücke in die Zukunft des neuen MGZ.

2. Versorgung im Alltag: Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau eines Menüservices für Bürgerinnen und Bürger mit entsprechendem Bedarf. Dieser ersetzt das bisherige Angebot der Einrichtung Tabea und sorgt dafür, dass insbesondere ältere und bedürftige Menschen auch bei akuten Krankheitssituationen mit frischen Mahlzeiten versorgt werden.

3. Förderung der Gesundheitskompetenz: Mit gezielten Schulungsangeboten, darunter Erste-Hilfe-Kurse, Sturzprävention und spezielle Themen für Angehörige, soll die Gesundheitskompetenz der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. „Uns ist wichtig, dass die Menschen in der Lage sind, ihre Gesundheit aktiv mitzugestalten“, betonte die Malteser-Chefin.

„Ein weiteres zentrales Anliegen ist es, der Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken“, so Ramminger. Geplant sind verschiedene ehrenamtliche Angebote, darunter ein Besuchsdienst, Seniorentreffen und der telefonische Besuchsdienst „Patenruf“. „Unser Ziel ist es, soziale Kontakte zu fördern und älteren Menschen ein Gefühl der Gemeinschaft zu erhalten bzw. wieder zu geben“, erläuterte Ramminger weiter.

Digitalisierung als Chance und Herausforderung

Auch die Digitalisierung spielt eine wichtige Rolle. „Telemedizin, elektronische Patientenakten und digitale Terminvereinbarungen sind die Zukunft. Doch gerade ältere oder technikferne Menschen benötigen hierbei Unterstützung, um nicht den Anschluss zu verlieren“, hob Ramminger hervor. Deshalb sollen im Gesundheitszentrum Schulungen und Unterstützungsangebote im Umgang mit digitalen Ge-

GZ PINOS WELT



„Ampel-Aus“ wurde zum Wort des Jahres gekürt. Mir scheint diese Festlegung etwas voreilig getroffen worden zu sein, denn das wirkliche Wort des Jahres müsste „Dunkelflaute“ lauten.

Dunkelflaute bezeichnet den Zustand, wenn Solaranlagen mangels ausreichender Sonneneinstrahlung und Windräder mangels einer entsprechenden Brise keinen oder doch nur verschwindend geringe Mengen an Strom erzeugen. Die Folge: Die Preise explodieren. Am 12. Dezember kostete eine Megawattstunde Strom zwischen 17 und 18 Uhr 936 Euro, also rund 36 Euro mehr als zu den Hochzeiten der Energiekrise 2022. Energieintensive Betriebe, die ihren Strom tagesaktuell beschaffen müssen, wie zum Beispiel Elektrostahlwerke, die ausgewiesenen Lieblinge des Bundeswirtschaftsministers, der für die Umstellung der Stahlproduktion auf Strom absurd hohe Förder-

wiesen, als es Donald Trump auf die Titelseite holte. Denn nach dem Selbstverständnis dieses Titels gebührt er der Person, die das abgelaufene Jahr besonders prägte. Da ist das comeback-kid aus Mar-a-Lago sicher erste Wahl. Als verurteilter Straftäter, eher nicht so erfolgreicher 45. Präsident der Vereinigten Staaten und gnadenloser Spalter hat er es in einem fulminanten Wahlkampf geschafft, nicht nur die Mehrheit der Wahlmänner, die Mehrheit der Bundesstaaten, sondern auch die Mehrheit der amerikanischen Wähler zu gewinnen.

Seither beherrscht er die Szene meisterhaft. Ja, da soll es noch einen gewissen Joe Biden geben, der verzweifelt versucht, alles, was er noch an Waffen und Geld hat, der Ukraine zu liefern, der mit idiotischer Begründung seinen Sohn begnadigt und eine Afrikareise absolviert hat, von der wir nur auf Seite 15 einspaltig links unten Notiz genommen haben, obwohl sie geostrategisch sehr bedeutend war. Nein, auf Trump richten sich alle Augen. Auf seine skurrilen Personalentscheidungen, aus denen Beobachter keine klare Richtung herauslesen können, wohin er das Staatsschiff zu steuern gedenkt. Er ver setzt die Ukraine, die NATO-Partner und die EU-Staaten durch Interviews in Panik, die zwischen Drohungen, Vielleichts und Möglicherweise mäandern. Er, notabene immer noch Privatmann, dominiert ein Treffen von Staatschefs in Paris, ganz so, als könnte er es nicht erwarten, wieder ganz, ganz oben zu sein. Ein Staatstreffen übrigens, zu dem eine gewisse Frau von der Leyen bemerkenswerterweise gar nicht erst eingeladen wurde.

Lassen wir einen der Gründerväter Europas, Paul Henri Spaak, das letzte Wort in diesem Jahr haben: „Die Dummheit ist die sonderbarste aller Krankheiten. Der Kranke leidet niemals an ihr. Aber die anderen leiden“.

Geneigte Leserin, geneigter Leser, nachdem dieser Rückblick nicht allzu erfreulich war, sollten wir uns in den kommenden, hoffentlich ruhigen Tagen mit Gelegenheit zur inneren Einkehr auf das Wesentliche konzentrieren: Auf die Hoffnung. Für die Menschen ist sie ein unverzichtbares Elixiere auf dem Weg voran in die Zukunft. Und wer verkörpert die Hoffnung stärker als der Mensch, an dessen Geburt wir dieser Tage erinnern? Hoffnung und Glaube gehören zusammen und beide werden uns alle hoffentlich gut und sicher durch das neue Jahr 2025 begleiten. Alles Gute für Sie!

Ihr Pino

Alternatives Unwort des Jahres: Dunkelflaute

gelder ausschüttet, müssen bei solchen Preisen ihre Produktion einstellen.

Das Phänomen der Dunkelflaute trifft vor allem jene Länder, die ihre Stromproduktion sehr stark auf erneuerbare Energien aufgebaut haben. Deutschland trifft es doppelt, weil wir keine vernünftige Reserveoption haben. Bei uns wird dann Gas verfeuert und das ist die teuerste Variante der Stromerzeugung ever. Denn es ist schon richtig, dass die Sonne keine Rechnung schickt, wenn wir mit ihrer Hilfe Strom erzeugen, aber wir können sie halt auch nicht per Vertragsstrafe in Regress nehmen, wenn sie sich verschämt hinter Wolken aufhält, was im Herbst/Winter tatsächlich ab und zu vorkommen soll. Und für Windräder genügt es auch nicht, wenn der Zeitgeist kräftig in ihre Richtung weht, sie brauchen physikalischen Wind, um sie zur Stromerzeugung zu drehen.

Warum also wäre Dunkelflaute das bessere Wort des Jahres gewesen? Weil es anders als Ampel-Aus nicht nur ein, wenngleich einschneidendes Ereignis im politischen Leben des Landes bezeichnen hätte, sondern es würde ein strukturelles Problem einer weitreichenden energiepolitischen Geisterfahrt benannt, die der Republik nicht nur seine letzten Kernkraftwerke, sondern schlicht seine wirtschaftliche Zukunft genommen hat.

Ein besseres Händchen bei seiner Kür zum „Man of the year“ hat das Time Magazine be-

sundheitsanwendungen etabliert werden.

Organisation und Zusammenarbeit

Das Gesundheitszentrum wird vier zentrale Bereiche umfassen:

die Hausarztpraxis, den Menüservice, die Ausbildung und das Ehrenamt. „Durch die enge Zusammenarbeit dieser Bereiche entsteht ein echter Mehrwert für die Menschen in Heiligenstadt“, sagte Ramminger. Eine hauptamtliche Ehrenamtskoor-

dination soll für den Aufbau und die dauerhafte Betreuung der ehrenamtlichen Angebote sorgen.

Der Malteser Verbund als Träger des Pilotprojekts

Das Waldkrankenhaus Erlangen und der Malteser Hilfsdienst bringen ihre langjährige Erfahrung im medizinischen und sozialen Bereich ein. „Unser Ziel ist es, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken und dafür ein attraktives Arbeitsumfeld für Ärztinnen und Ärzte zu schaffen“, so Ramminger abschließend.

Blaupause für ländlichen Raum in ganz Bayern

Bürgermeister Reichold sieht seine Kommune mit dem MGZ für die Zukunft gerüstet. „Von Beginn an haben uns Frau Ramminger, Malteser Bezirksgeschäftsführer Dr. Christian Stock sowie der Geschäftsführer des Waldkrankenhauses Erlangen, Dr. Carsten Haackel, mit ihrem Konzept, das über die medizinische Versorgung hinausgeht, überzeugt. So danke ich auch den Mitgliedern des Marktgemeinderates Heiligenstadt in Oberfranken, die das Projekt von der ersten Sekunde an vollends unterstützt haben. Der Markt Heiligenstadt wird für zwei Jahre die Miete als Anschubfinanzierung übernehmen. Ich bin überzeugt, dass dieses integrierte Gesundheitszentrum eine Blaupause für den ländlichen Raum sein kann und unserer Marktgemeinde einen nachhaltig positiven Schub verleihen wird.“

Auszeichnung für das Modellprojekt Agil leben im Alter (ALIA)

Gesundheits- und Pflegestern der IKK classic

Erstmals wurden herausragende Projekte von der IKK classic, einer deutschen, bundesweit tätigen Krankenkasse, mit dem Gesundheits- und Pflegestern ausgezeichnet. Das Modellprojekt Agil leben im Alter (ALIA) der Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung gehört zu den Preisträgern.

Die IKK classic vergab den Preis an Projekte, die die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Bayern voranbringen. Unter dem Motto „Im Alter gut ver-

sorgt in meiner Kommune“ wurden Konzepte bewertet, die zur Prävention sowie der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung auf kommunaler Ebene

ne beitragen und hierbei bürgerschaftliches Engagement einbinden.

Eine Jury um den Gerontologen und langjährigen Vorsitzenden der Bundesaltenberichtskommission Prof. Dr. Andreas Kruse bewertet die 37 eingereichten Projekte nach Kriterien wie Innovationsgrad, gesellschaftliche Relevanz und dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Daraus nominierte die Jury neun Projekte. Drei der neun Projekte wurden mit dem Gesundheits- und Pflegestern der IKK classic ausgezeichnet. Das Modellprojekt ALIA erhielt den 3. Preis.

ALIA vereint verschiedene sozialraumorientierte Maßnahmen rund um Sorge und Pflege für die Etablierung sorgender Gemeinden, vorwiegend in ländlichen Regionen. Als Innovations- und Verantwortungspartnerschaft wird ALIA in Kooperation mit dem Verein zur Förderung der Seelischen Gesundheit im Alter e.V. (SEGA) sowie der Modellgemeinde Weiherhammer und der Transferkommunen im Projekt „Sorgende Stadt Hemau“ realisiert.



V.l.: Kai Swoboda (stv. Vorstandsvorsitzender IKK classic), Herbert Tischhöfer (Erster Bürgermeister Stadt Hemau), Dr. David Rester (Projektleiter LUCE Stiftung), Richard Hummel (Regionaldirektor IKK classic), Dr. Armin Rüter (Vorstand SEGA e.V.), Georg Pilhofer (Leiter Gerontopsychiatrische Koordinierungsstelle Oberpfalz), Gerhard Müller (Koordinator der gemeindlichen Nachbarschaftshilfe Helfen mit Herz Weiherhammer).

Bild: IKK classic, Amelie Niederbuchner

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheber-

rechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreislise

Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

40 JAHRE TAGWERK:

Ein Urgestein der Bio-Bewegung feiert Jubiläum

TAGWERK blickt zurück auf 40 Jahre solidarisch hergestellte, regionale biologische Lebensmittel und genossenschaftliche Arbeit

Die TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft eG feiert 40 Jahre Engagement für solidarisch hergestellte, regionale Bio-Lebensmittel und genossenschaftliche Zusammenarbeit. Was 1984 als mutige Initiative begann, ist heute zu einer starken Gemeinschaft gewachsen, die rund 950 Genossenschaftsmitglieder mit 5.500 Genossenschaftsanteilen zählt.

Heute betreibt TAGWERK einen Biogroßhandel mit eigener Transportlogistik, eine Metzgerei mit Schwerpunkt auf Tierwohl und mehrere eigene Läden. Rund 150 Erzeuger- und zahlreiche Verarbeitungsbetriebe gehören zum Netzwerk der Genossenschaft. Der angeschlossene TAGWERK Förderverein e.V. setzt unter anderem wichtige Bio-Projekte um. „Für uns als Bio-Betrieb ist die Zusammenarbeit in der Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft sehr wichtig. Durch den Anschluss an die Genossenschaft haben wir kurze Transportwege und gute Vermarktungsmöglichkeiten für unsere regionalen Bioprodukte“, erklärt Landwirtin und TAGWERK Aufsichtsrätin Raphaela Lex.

Ein weiterer Schritt im Jubiläumsjahr: Auf dem Münchener

Oktoberfest fand die Auftaktveranstaltung für das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesen“ statt, das durch TAGWERK mit initiiert wurde.

„Für die LVÖ als Dachverband der Bio-Anbauverbände in Bayern, ist TAGWERK ein wichtiger, verlässlicher und inspirierender Partner“, erklärt Thomas Lang, Vorsitzender der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ). „TAGWERK-Produkte finden sich immer wieder unter den Gewinnern unseres Wettbewerbs „Bayerns beste Bioprodukte. Wir sind stolz darauf, seit diesem Jahr gemeinsam mit TAGWERK und weiteren Partner-Organisationen das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesen“ zu realisieren, das sich für ein nachhaltiges kulinarisches Angebot auf dem Oktoberfest einsetzt.“



TAGWERK-Landwirtin und ehemalige Biokönigin Raphaela Lex (r.) mit Schwester Bernadette und Papa Lorenz auf ihrem Hanf-Feld.

Bild: Being Organic in EU

Bio: Vor 40 Jahren noch eine Nischenerscheinung

TAGWERK hat in den letzten vier Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, Bio-Produkte in der Gesellschaft zu etablieren – und das schon zu Zeiten, als Bio-Produkte noch eine Nischenerscheinung waren. Über den Bio-Fachhandel und Bio-Lieferdienste sind die TAGWERK-Markenprodukte heute gut platziert. In München hat sich insbesondere mit VollCorner und deren Bioläden über die Jahre eine gute Partnerschaft entwickelt.

Doch die TAGWERK-Gemeinschaft ruht sich nicht auf ihren Erfolgen aus. Trotz der aktuellen Herausforderungen in der Bio-Branche gibt es ehrgeizige Pläne für die Zukunft. TAGWERK plant eine weitere Expansion nach München.

Expansion und Unterstützung für Bioläden in München

Das Jubiläumsjahr 2024 zeigt sich nicht nur von der Feier- und Erfolgsseite. Die Biobranche sieht sich aktuell mit großen Herausforderungen konfrontiert: Sie kämpft mit sinkenden Umsätzen.

Viele inhabergeführte Läden müssen schließen. TAGWERK will das nicht hinnehmen und inhabergeführte Läden in Not unterstützen. „Wir brauchen solidarische Lösungen und neue Ideen, um diese Läden fit für die Zukunft zu machen“, sagt Reinhard Gromotka, Mitgründer von TAGWERK und Geschäftsführer der TAGWERK Bio Metzgerei. „Hier geht es nicht nur um finanzielle Hilfe, sondern darum, ein Netzwerk aufzubauen, das auf Solidarität und Zusammenarbeit basiert.“

Um einen Laden zu erhalten gebe es mehrere Möglichkeiten. Es sei denkbar, die Läden entweder unter der TAGWERK-Flagge in der Genossenschaft weiterzuführen oder gemeinsam mit den Menschen vor Ort Ideen für gemeinschaftstragende Projekte zu entwickeln.

Netzwerk für eine nachhaltige und solidarische Zukunft

„Solidarität ist das Herzstück unserer Genossenschaft“, erklärt Beatrice Rieger, Vorständin der TAGWERK eG. „Aber für all diese Projekte brauchen wir Menschen, die mitmachen – heute mehr denn je. Denn Bio ist mehr

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Sonderdruck die Dokumentation des Bayerischen BreitbandForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

als ein Siegel, es ist eine Haltung. Darum möchten wir Interessierte dazu einladen, sich mit uns in der Genossenschaft als Mitglied zu engagieren.“ Genossenschaftsmitglied mit der Möglichkeit zur Mitbestimmung kann man bereits mit einem einmaligen Beitrag von 200 Euro werden. „Wir haben viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun“, freut sich Michael Rittershofer, geschäftsführender Vorstand des TAGWERK Fördervereins e.V. „Wir wollen zeigen, dass wir gemeinsam stärker sind und es möglich ist, eine nachhaltige und gerechte Bio-Wirtschaft aufzubauen, von der alle profitieren.“

Über TAGWERK

Die TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft eG wurde 1984 gegründet, um re-

gionale ökologische Lebensmittel auf faire Weise zu vermarkten. Heute zählt die Genossenschaft rund 950 Mitglieder, betreibt einen Biogroßhandel mit eigener Transportlogistik, mehrere Bio-Märkte sowie eine eigene Bio-Metzgerei. Mit rund 150 Erzeugerbetrieben und zahlreichen Verarbeitungsunternehmen trägt TAGWERK seit 40 Jahren zur Entwicklung einer nachhaltigen und solidarischen Bio-Wirtschaft bei.

Anmerkung

*Das Projekt „Mehr Bio auf der Wiesen“ wird gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL). □



V.l.: Raphaela Lex, TAGWERK-Landwirtin und Aufsichtsrätin, Dr. Michael Rittershofer, Geschäftsführender Vorstand TAGWERK Förderverein e.V., Beatrice Rieger, Vorständin TAGWERK Verbraucher- und Erzeugergenossenschaft, Reinhard Gromotka, Gründungsmitglied der ersten Stunde und Geschäftsführer der TAGWERK Bio Metzgerei bei der Jubiläumspressekonferenz im Presseclub München.

Bild: Stiftung Journalistenakademie

Vorschau auf GZ 1-2

In unserer Ausgabe Nr. 1-2/2025, die am 16. Januar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall · Entsorgungsmanagement · technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSICHERUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW

www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaupkapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünwä - lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldemar**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Theresa von Hassel, Jürgen Schuster



V.l.: Klaus Spreng, Constanze von Hassel, Roman Skrodzki, Stefan Graf und Karl-Heinz Fitz



11. BAYERISCHES BREITBANDFORUM IN GUNZENHAUSEN

Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit

Über 400 kommunale Entscheidungs- und Mandatsträger sowie leitende Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, Ministerien, aus Wirtschaft und Verbänden, nahmen am 11. Bayerischen BreitbandForum in Gunzenhausen teil. Zudem folgten 63 Aussteller und Partner, auch aus dem europäischen Ausland, der GZ-Einladung. Sie erwartete ein vielfältiges Angebot mit 25 Vorträgen und eine Podiumsdiskussion. Als Mitveranstalter fungierte erstmals der Bayerische Gemeindetag, Medienpartner war einmal mehr TV Bayern live.

Auf der Agenda standen Themen wie die Reform der Bundesförderung sowie die verbleibenden Handlungsoptionen, sollte eine Förderabsage eingetroffen sein. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

„Das wird die KI schon für uns regeln.“ Diesen Satz habe wohl jeder schon einmal gehört. Wann immer es darum geht, der wachsenden Bürokratie Herr zu werden, werde auf die Digitalisierung und die Erleichterungen durch den Einsatz von KI verwiesen, betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Doch ob dies angesichts der zunehmenden Regulierungen tatsächlich machbar ist, bleibe offen. „Was wir jedoch seit 2013 mit dem Bayerischen BreitbandForum sicherstellen, ist eine Plattform, auf der Sie sich persönlich treffen und austauschen können, um vor Ort die Grundlage für Digitalisierung und den Einsatz von KI zu schaffen: eine stabile, leistungsfähige Internetverbindung“, hob von Hassel hervor.

„Unser Bestreben ist es, das Thema noch mehr in Richtung kommunale Entscheidungsträger zu fokussieren“, erklärte Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag. Dabei stünden organisatorische und finanzielle Fragen im Vordergrund. Obwohl die Gemeinden für die Breitbandanschluss-Infrastruktur nicht zuständig seien, „bleiben wir auch in schwierigen Zeiten an diesem Thema dran“, so Graf. Schließlich sei die Glasfaserfähigkeit mitentscheidend für die Zukunft der Gemeinden.

Wie Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz darlegte, „müssen wir uns als Kommune um das Thema kümmern, denn es ist Teil der Daseinsvorsorge und ein sehr wichtiger Standortfaktor“. Das Mittelzentrum im fränkischen Seenland habe in den vergangenen Jahren mehrere Millionen in den

Breitbandausbau investiert und werde dies auch in den kommenden Jahren tun. Schließlich gelte es, die Kommune attraktiv zu halten.

Wichtige Bausteine im ländlichen Raum seien zudem die Themen Bildung und Verkehrswende. Als Schlaglichter nannte Fitz die Ansiedlung des Landesamtes für Schule in Gunzenhausen mit ca. 200 Mitarbeitern, die Reaktivierung der Bahnlinie nach Wassertrüdingen, den Erwerb des Bahnhofs sowie die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK).

„Der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur ist jetzt vielleicht die Infrastrukturaufgabe unserer Generation“, unterstrich Klaus Spreng, Referatsleiter Digitale Infrastruktur Bayern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Der Doppelhaushalt 2024/25 des Freistaats sehe eine Förderung von 480 Mio. Euro für den Breitbandausbau vor. Somit signalisiere der Staat den Kommunen: „Wir stehen an eurer Seite“, hob Spreng hervor. DK

TV-BERICHTE



Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von TV Bayern live: <https://tinyurl.com/3ept8rny>

DOKUMENTATION



Vorträge der Veranstaltung sind zu finden im internen Bereich, online abrufbar unter: www.bayerisches-breitbandforum.de. Passwort via Mail an: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

PARTNERBEITRÄGE



Auf Seite 30 finden Sie Beschreibungen unserer Partner.



Ausbau der TK-Infrastruktur als Aufgabe unserer Generation

Klaus Spreng

KLAUS SPRENG | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe?



Die Breitbandversorgung zählt nicht zum Aufgabenbereich einer Kommune, das stellte Klaus Spreng, Referatsleiter „Digitale Infrastruktur Bayerns“ im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, gleich zu Beginn seines Vortrags fest. Das Grundgesetz weist diese Aufgabe eindeutig dem Bund zu. Zuständig sind des Weiteren die TK-Unternehmen. Breitband ist also ein Teil der Daseinsgrundfunktionen – die sollen alles abdecken, was ein moderner Mensch in der Gesellschaft benötigt, damit er leben, wohnen und arbeiten kann – aber keinesfalls Daseinsvorsorge. Weil jedoch der Markt den Breitbandausbau aus eigener Kraft nicht schafft, wird Förderung gebraucht. Ein Miteinander aller am Breitbandausbau Beteiligten ist wichtig. Deshalb muss Beides funktionieren: Förderung und eigenwirtschaftlicher Ausbau.

Verärgert zeigte sich Spreng über einen Heckenschuss aus Berlin. In der Breko-Marktstudie liegt Bayern bei der Flächendeckung auf dem vorletzten Platz aller deutschen Bundesländer. Das entspreche nicht der tatsächlichen Situation. Auch die in der Studie genannten Zahlen der bewilligten Fördermittel in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro für 517 Ausbauprojekte wichen erheblich von denen des im Auftrag des BMDV ermittelten ab: nämlich 317 Projekte mit über einer Mrd. Euro Förderung.

Die politischen Ziele für die Gigabitversorgung sind auf europäischer und nationaler Ebene klar definiert: eine flächendeckende Versorgung bis zum Jahr 2030. Damit verbunden ist die Abschaltung der bestehenden energieaufwändigen Kupfernetze, deren Durchführung noch diskutiert wird. Laut Spreng sei der aktuelle Gigabitbedarf noch sehr gering. Die Versorgungsquote für 100 Mbit/s liege aktuell in Bayern bei über 92 Prozent, womit ein Privatkunde heute zumeist ausreichend versorgt sei. Der Ausbau der TK-Infrastruktur sei nach Elektrizität und Trinkwasserversorgung die dritte große Infrastrukturaufgabe der letzten 100 Jahre und werde zunehmend zu einem Standortfaktor. „Das ist der globale Rahmen, in dem wir uns bewegen“, sagte Spreng und fuhr fort, dass der Freistaat gar nicht so schlecht wäre, wie er dargestellt wird. „Wir haben in Bay-

ern aktuell eine Gigabit-Versorgungsquote von 80 Prozent. D.h. 80 Prozent der Haushalte haben Zugang zu sehr hohen Bandbreiten. Da ist selbstverständlich Koaxialkabel mit dabei. Aber das Bandbreitenziel ist ja technologieneutral. Jetzt geht es darum, auch noch die letzten 20 Prozent anzuschließen. Wie schon in der Überschrift vermerkt, handelt es sich um die Königsetappe.“

Rück- und Ausblick

Seit 2014 hat der Freistaat Bayern 2,5 Mrd. Euro in die bayerische Breitbandförderung investiert. Damit wurden 100.000 km Glasfaser verlegt, 85.000 davon im ländlichen Raum. Die durchschnittlichen Anschlusskosten pro Haushalt bezifferte Spreng von 1.500 bis 7.000 Euro. Für 2024 haben die bayerischen Kommunen aus dem parallelen Bundesförderprogramm rund 1 Mrd. Euro beantragt. Die Bundesmittel wurden jedoch von ursprünglich 3 Mrd. Euro auf 2 Mrd. Euro gekürzt und die Landesobergrenze für Bayern von 450 auf 295 Mio. Euro reduziert. Die Ergebnisse werden für Mitte November erwartet. Abschließend verwies Spreng auf den Gigabit-Tag Bayern 2024, der am 20. November in Regensburg stattfand. [GK](#)





LEONET

**SIE WOLLEN
DAS BESTE FÜR
IHRE GEMEINDE?**

**Dann lassen
Sie uns über
Ihre Glasfaser-
Versorgung
sprechen!**



Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung

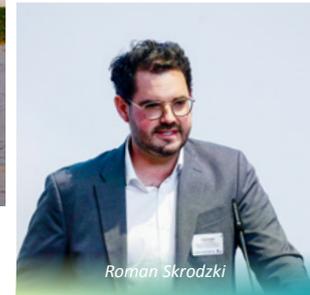
Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE



*Ausbauquote kommt
(langsam) voran*



Roman Skrodzki

ROMAN SKRODZKI | BREKO E.V.

Glasfaserausbau im Zusammenspiel von Branche und Kommunen - Stellschrauben für den Glasfaserausbau in Bayern

Die BREKO Marktanalyse 2024, die auf Daten aller relevanten, am Glasfaserausbau in Deutschland beteiligten Unternehmen basiert und damit repräsentativ für den deutschen Telekommunikationsmarkt ist, zeigt auf, dass der Glasfaserausbau in Deutschland weiter vorangeht. Stand 30. Juni 2024 liegt die Glasfaserausbauquote bei 43,2 Prozent, der Anteil der angeschlossenen Haushalte bei 22,8 Prozent. Da sich der Glasfaserausbau in der Fläche aber verlangsamt, fordert der Bundesverband Breitbandkommunikation von der Bundesregierung endlich wirksame Maßnahmen.

Mit 2,6 Millionen neu gebauten Anschlüssen (Homes passed) stieg Roman Skrodzki zufolge die Glasfaserausbauquote laut Marktanalyse zwischen Mitte 2023 und Mitte 2024 um 7,6 Prozentpunkte auf 43,2 Prozent, wuchs aber um 1,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Anteil der angeschlossenen Haushalte (Homes connected) stieg um 4,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent und damit um 3,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich nahm auch der Anteil der Haushalte, die einen Glasfaseranschluss gebucht haben (Homes activated), leicht zu: Die Take-Up-Rate liegt jetzt bei 26 Prozent. 2023 investierten die Netzbetreiber insgesamt 13,2 Mrd. Euro (BREKO: 4,8 Mrd. Euro) in die Digitalisierung Deutschlands.

Wie Skrodzki erläuterte, habe eine Regelung für die Migration von Kupfer auf Glasfaser beim Großteil der Befragten (89 Prozent) einen hohen Stellenwert. Nur 4 Prozent der befragten Unternehmen hielten eine Regelung für weniger wichtig. Etwa zwei Drittel forderten ein konkretes Abschaltdatum. Als Termin werde 2032 favorisiert.

Da analoge Genehmigungsverfahren den Glasfaserausbau verzögern könnten, sei die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren dringend erforderlich, führte der BREKO-Referent weiter aus. Zudem seien moderne Verlegungsmethoden „ein klarer Beschleuniger“ für Glasfaserausbauprojekte. „Da wo es möglich ist, können mit geringerem Verlegeaufwand in kürzerer Zeit mehr Glasfaserkabel verlegt werden.“

ALS MAßNAHMEN FÜR EINE POLITISCHE KURSKORREKTUR NANNT SKRODZKI:

- Konzept für die Kupfer-Glasfaser-Migration, um einen wettbewerbskonformen und verbraucherfreundlichen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze sicherzustellen.
Adressaten: » Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesnetzagentur
- Strategischen Doppelausbau endlich unterbinden und Deutsche Telekom mittels eines förmlichen Auskunftsersuchens verpflichten, ihre Glasfaser-Ausbauplanung bei der Bundesnetzagentur zu hinterlegen.
Adressat: » Bundesnetzagentur
- Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz (TK-NABEG): Echte Ausbaubeschleunigung statt Symbolpolitik, u.a. durch Festlegung des überragenden öffentlichen Interesses auch für den Glasfaserausbau.
Adressaten: » Bundestag, Bundesrat
- Gigabitförderung zielgerichtet ausgestalten, damit eigenwirtschaftlicher und geförderter Ausbau synergetisch erfolgen können.
Adressaten: » Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Bundesländer

Wie die BREKO Marktanalyse ausweist, müsse Bayern beim Glasfaserausbau dringend aufholen, so Skrodzki. Mit einer Glasfaserausbauquote von 34,4 Prozent liege der Freistaat deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 43 Prozent. Auch beim Anteil der Glasfaseranschlussquote rangiere Bayern mit 19,2 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt von 23 Prozent.

„Mit 1,4 Mrd. Euro hat der Freistaat für 2024 fast fünf Mal mehr Mittel beantragt als laut Gigabitförderung des Bundes vorgesehen. Stand Oktober wurden heuer für 317 Ausbauprojekte Fördermittel beantragt, das sind rund 60 Prozent aller Anträge bundesweit“, heißt es inzwischen auf der Internetseite des Verbands. Vgl. Beitrag Seite 2. [DK](#)

PODIUMSDISKUSSION

Gigabitförderung – quo vadis?



V.l.: Constanze von Hassel, Alfred Holzner, Stefan Graf, Klaus Spreng, Christoph Rathenow, Jürgen Schuster

Wie geht es weiter mit der Gigabitförderung des Bundes? Unter der Moderation von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel erörterten Klaus Spreng, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Bürgermeister Alfred Holzner, Rottenburg an der Laaber, Christoph Rathenow, Projektträger Breitbandförderung, Jürgen Schuster, Corwese GmbH, und Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag, die Zukunft des Breitbandausbaus.



Wie von Hassel in ihrer Einführung darlegte, habe sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 2030 für eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser zu sorgen. Im Oktober 2022 sei die Bundesförderung aufgrund fehlender Haushaltsmittel gestoppt worden. 2023 waren noch 3 Mrd. Euro im Topf, ein Jahr später nur noch 2 Mrd. Euro und Ende Juli 2024 erfolgte die Ankündigung, dass Bayern

statt versprochener 460 Mio. Euro lediglich 295 Mio. Euro erhält. 2025 sei nur noch 1 Mrd. Euro für ganz Deutschland vorgesehen. Zum Vergleich: Allein die Telekom investiert laut BREKO Marktanalyse 2024 in den Glasfaserausbau jährlich 5,6 Mrd. Euro und die Wettbewerber 7,6 Mrd. Euro.



Nach Angaben von StMFH-Referatsleiter Klaus Spreng „kommen wir im Festnetzbereich, für den ich zuständig bin, zwar voran, jedoch oft nur sehr zäh und schwerfällig. Vom Bund wünsche ich mir deutlich mehr Energie, Dynamik und Willenskraft.“ Die Reduzierung der Fördermittel 2024 um ein Drittel und die nochmalige Halbierung im Jahr 2025 sei ein Rückschritt, der nicht nur die finanziellen Ressourcen der Kommunen, sondern auch deren Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. →

Ihr Breitband-Spezialist für den Glasfaserausbau.

Komplettlösungen für **Breitbandnetze**.
Alles für Ihr Projekt - alles aus einer Hand.



Mehr Informationen:
connectcom.de

COM
CONNECTCOM

Connect Com GmbH
+49 7022 9607 100

info@connectcom.de
connectcom.de



Wie geht es weiter mit der Bundesförderung? Großes Interesse an der Podiumsdiskussion



„Fördermittel in einem laufenden Verfahren zu kürzen, geht gar nicht“, machte Gemeindegamtdirektor Stefan Graf deutlich. In vielen Gemeinden sei der betriebene Aufwand möglicherweise umsonst gewesen. Unabhängig von

diesem „verfahrensmäßigen Schnitzer“ sei es nun wichtig, dass in die Bundesförderung Kontinuität und Berechenbarkeit Einzug halten. Dass die Mittel jährlich weniger werden, sei betrüblich, aber angesichts des Ausgabenproblems, das im Übrigen nicht nur der Bundeshaushalt habe, verständlich, erklärte Graf.

Die flächendeckende Gigabitfähigkeit auf dem Land muss seiner Meinung nach nicht morgen geschafft sein. „Wichtig ist, dass wir an der Aufgabe dranbleiben.“ Leitungsgebundene Infrastruktur im ländlichen Raum sei und bleibe in weiten Teilen defizitär. Deshalb werde es ohne Förderung nicht gehen. „Da die Breitbandversorgung keine Pflichtaufgabe der Gemeinden ist, werde ich keiner Gemeinde raten, die staatlichen Förderanteile zu übernehmen. Daher brauchen wird den Bund dauerhaft, genauso wie den Freistaat, der mit seiner Kofinanzierung einen sehr guten Job macht“, unterstrich der Verbandsdirektor.



„Es schaut gut aus für Bayern in 2024“, meinte Christoph Rathenow vom Projektkräger PwC. Durch die verstärkte interkommunale Zusammenarbeit seien die Chancen auf eine Förderung für zahlreiche bayerische Gemeinden

signifikant gestiegen. Angesichts der aktuellen Förderanträge geht Rathenow davon aus, dass für Projekte im Freistaat heuer ein Volumen ähnlich wie 2023 zur Verfügung gestellt werden kann.



Rottenburgs Rathauschef Alfred Holzner schilderte die schwierige finanzielle Situation seiner Stadt beim Breitbandausbau. Mit einer Förderpunktzahl von 120 und angesichts steigender Kosten sei es „völlig aussichtslos“, einen Ausbau

in absehbarer Zeit allein zu realisieren. Bei voraussichtlichen Ausbaukosten in Höhe von rund 13 Mio. Euro werde es für die niederbayerische Kommune nicht möglich sein, alle Haushalte ohne zusätzliche Förderung zu versorgen, erläuterte Holzner. Ein flächendeckender Ausbau könne frühestens bis 2040 umgesetzt werden.



Zwar seien wegen laufender und abgeschlossener Förderverfahren bereits viele Gemeinden sehr gut versorgt, „dennoch sind sie verunsichert und verlieren zum Teil die Geduld, stellte Corwese-Geschäftsführer Jürgen Schuster fest. Dies

habe damit zu tun, dass die angekündigten Eigenausbaumaßnahmen diverser Telekommunikationsunternehmen nicht oder nur reduziert und verspätet umgesetzt würden, die Förderung gekürzt worden sei und sich das Förderprogramm als sehr komplex erweise. Schuster zufolge müssen die noch unterversorgten Gemeinden nun alle Möglichkeiten ausschöpfen – von Mitverlegungen nach Masterplan bis zu Eintragungen ins EWA-Portal.

Im weiteren Verlauf der Diskussion standen die Themen Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Fördermittel, eigenwirtschaftlicher Ausbau, strategischer Überbau und flächendeckende Glasfaserinfrastruktur bis 2030 auf der Agenda. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die tragenden Säulen Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit dazu beitragen müssen, die bestehenden Hürden abzubauen, damit die politisch vorgegebenen Ziele des Glasfaserausbaus erreicht werden können. [DK/GK](#)

*Wunsch nach Kontinuität
und Berechenbarkeit in
der Bundesförderung*



Ambitioniertes Ziel: jährlich 2,5 Mio. Haushalte

V.l.: Jürgen Lück, Peter Roll, Frauke Stotz, Markus Beckmann

JÜRGEN LÜCK, PETER ROLL, MARKUS BECKMANN & FRAUKE STOTZ | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Digitales Bayern: Fortschritte und Perspektiven im Glasfaserausbau

Beim Bayerischen Breitbandforum präsentierte die Deutsche Telekom ihre Fortschritte und Ziele im Ausbau der digitalen Infrastruktur des Freistaats. In einem von Frauke Stotz moderierten Gespräch gaben Peter Roll, Regionalleiter Glasfaser, Markus Beckmann, Technik-Chef Bayern der Telekom, und Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter Deutsche Telekom Region Süd (Bayern), Einblicke in die bisherigen Erfolge und künftigen Pläne der Telekom, insbesondere im Hinblick auf ländliche Regionen.

Im vergangenen Jahr hatte die Telekom ihr Ziel von einer Million Glasfaseranschlüssen in Bayern erreicht. Dieses Jahr konnte sie den Ausbau auf 1,5 Millionen Haushalte ausweiten. Rund 75 Prozent der neuen Ausbaubereiche für das Jahr 2024 liegen im ländlichen Raum. Diese Fokussierung erklärte Roll mit einem gesellschaftlichen Wandel: „Immer mehr Menschen pendeln aus städtischen Regionen in den ländlichen Raum, weshalb wir den Breitbandausbau dort gezielt vorantreiben“, so Roll. →

Rödl & Partner

Mit Rödl & Partner erfolgreich im
Telekommunikations-Sektor
unterwegs



STRATEGISCHE BERATUNG: Betriebswirtschaftliche Analysen und Finanzierungsmöglichkeiten.

FÖRDERMITTELBERATUNG: Unterstützung bei der Beantragung sowie dem Abruf von Förderungen.

PROJEKTMANAGEMENT: Begleitung während des gesamten Ausbaus, von der Planung bis zur Umsetzung, um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

RECHTLICHE BERATUNG: Unterstützung bei regulatorischen Anforderungen und rechtlichen Aspekten des Glasfaserausbaus, insbesondere in den Bereichen TK-Recht, Gesellschafts- und kommunales Wirtschafts-, Bau-, Vergabe- und Beihilfe- sowie Steuerrecht und bei Transaktionen.

www.roedl.de/breitband

Besuchen Sie auch
unser Webinar
„Kooperationen im
Glasfaserausbau“





Neben dem eigentlichen Ausbau gibt es jedoch zahlreiche Herausforderungen. Durch eine starke Preissteigerung bei Baumaterialien und Arbeitskosten sowie den aktuellen Fachkräftemangel sind die Planungen teils schwierig umzusetzen. Beckmann hob zudem die Hürden durch Insolvenzen von Tiefbaupartnern hervor: „Wenn Unternehmen, die für uns tätig sind, zahlungsunfähig werden, entstehen Bauverzögerungen, da Baustellen teils als Insolvenzmasse eingefroren werden.“ Trotz dieser Herausforderungen hält die Telekom an ihren ambitionierten Ausbauplänen fest. Jährlich sollen 2,5 Millionen Haushalte in ganz Deutschland an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Dafür investiert die Telekom fünf Milliarden Euro bundesweit – eine beträchtliche Summe, die auch Bayern zugutekommt.

Stabiler Partner der bayerischen Kommunen

Zusätzlich zum Glasfaserausbau setzt die Telekom auf Kooperationen und Beteiligungen an Förderprogrammen, um alle Regionen Bayerns – städtische und ländliche – umfassend zu vernetzen. „Wir wollen sicherstellen, dass Bayern in Sachen Digitalisierung weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt“, betonte Lück. Insgesamt sieht sich die Deutsche Telekom als stabilen Partner der bayerischen Kommunen, der trotz wirtschaftlicher Hürden den flächendeckenden Ausbau weiter vorantreiben will. Dabei setzt die Telekom auf eine Dreisäulen-Strategie: Eigenausbau, Kooperation und Förderprojekte. Zum Punkt Kooperation führte Roll aus, dass der Glasfaserausbau effizienter gelingt, „wenn Kommunen und Unternehmen

gemeinsam agieren.“ Dies bezog er nicht nur auf Investitionen, sondern auch auf eine Optimierung der Auslastung, um Einnahmen zu generieren, die wiederum in die Netzinfrastruktur reinvestiert werden können. Bayernchef Lück rief die kommunalen Vertreter dazu auf, geplante Bauprojekte dem Unternehmen frühzeitig zu melden, „um mögliche Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen“. Vorhandene Lehrrohrsysteme könnten in die Planung eingebunden werden, um den Ausbau wirtschaftlicher zu gestalten. Das Ziel sei es, die Infrastruktur kosteneffizient und nachhaltig auszubauen, ohne die Straßen mehrfach aufzureißen.

Des Weiteren gab das Telekom-Team Einblicke in den Einsatz digitaler Technologien zur Optimierung des Bauprozesses. Mit modernen Verfahren wie digitaler Baubegleitung, bei der offene Gräben digital erfasst und überprüft werden, will die Telekom Qualität und Effizienz steigern.



V.l.: Andreas Zapf, Gabi Emmerling, Vera Scherzer, Werner Prucker und Enrico Delfino

Trotz der positiven Entwicklung gibt es auch Herausforderungen. Verzögerungen bei Projekten wurden angesprochen, die manchmal zu Spannungen mit den Kommunen führen. Dies resultiert häufig aus unvorhergesehenen Marktbedingungen oder gesetzlichen Vorgaben. Laut Lück legt die Telekom jedoch höchsten Wert auf eine offene Kommunikation und gibt keine leeren Versprechen: „Wenn wir etwas nicht zu 100 Prozent zusagen können, machen wir keine leeren Versprechungen.“

Die Unternehmensvertreter hoben hervor, dass die Telekom weiterhin als verlässlicher Partner für die bayerischen Kommunen bereitsteht und gemeinsam mit Partnern wie den Stadtwerken den Glasfaserausbau vorantreiben will. **CH**

*Offene Kommunikation,
keine leeren Versprechen*

CHRISTOPH PFÄNDER & KAI LEUFKER | AND SOLUTIONS GMBH

Live-Demo: Planung und Dokumentation in der Netzebene 4

AND ist ein im Jahr 1988 gegründetes unabhängiges Softwareunternehmen, das sich auf die Entwicklung einer effizienten Lifecycle-Lösung für die Planung, Dokumentation und den Rund-um-die-Uhr-Betrieb von TK-Netzen (einschließlich FTTH und DOCSIS, von NE2 bis NE4/5) spezialisiert hat. Das aktuelle Produktportfolio setzt sich zusammen aus: Webbasierem Vorplanungstool, OnPremise-Software-Lösung für Feinplanung, Dokumentation und Betrieb, wobei der Betrieb auch in der Cloud möglich ist, GIS und CAD sind integriert, dazu wird eine umfangreiche Auswahl an Schnittstellen für den weltweiten Einsatz und den Schwerpunkt Europa angeboten.

Für den Ausbau der NE4 erläuterte Christoph Pfänder die erforderlichen Prozessschritte im Detail und betonte: „Dazu habe ich mich mit verschiedenen Leuten unterhalten. Und es beginnt damit, dass man sich ein Bild vor Ort verschaffen muss. Das erweist sich in der Praxis oft als schwierig, weil Eigentümer meist nicht die Immobilie selbst bewohnen.

Zu Beginn erfolge eine Begehung vor Ort bzw. die Einholung relevanter Informationen: Wo könnten Leitungen in den Fluren und Wohnungen verlegt werden? Wo soll die Glasfaser hingelegt werden? Wo sind Technikräume, in welche die aktive Technik eingebaut werden soll? Allfällige Besonderheiten wären dabei festzuhalten. Danach könne mit der Erstellung der Planung begonnen werden. Diese würde zumeist von kompetenten Dienstleistern durchgeführt. Anschließend könne der Ausbau der NE4 bis in die Wohnungen erfolgen. Wichtig sei hier die Dokumentation der fertiggestellten Installationen, z.B. durch Bilder. Die Dokumentation sei auch wichtig für den Betrieb sowie spätere Modifikationen der Planung.

Live-Demo Release 4.19

Mit Unterstützung seines Kollegen Kai Leufker wurde anschließend die AND-Software Release 4.19 live demonstriert. Damit sollte die Leistungsfähigkeit und einfache Bedienung besonders herausgestellt werden. „Es gibt einen wichtigen Faktor. Die vorhandenen Informationen befinden sich in einer Datenbank. Sie stellen eine wichtige Entscheidungshilfe dar, für das was weiter gemacht werden muss“, erklärte Leufker und führte schrittweise durch die einzel-

nen Planungsschritte. Die fertige Planung könne schließlich als PDF dem zuständigen Installateur übergeben werden. Der solle damit in der Lage sein, alle geplanten Komponenten fachgerecht zu implementieren.

Software bildet kompletten Lifecycle ab

Abschließend zog Pfänder ein Fazit. Die AND-Software bilde den kompletten Lifecycle ab: Vorplanung, Feinplanung, Bau, Rotkorrektur, Dokumentation, Betriebsunterstützung und Netzevolution. Die Hausnetze (NE 4) wären als integraler Bestandteil des Netzes vom POP bis zum ONT miteingeschlossen. Die Zusam-



V.l.: Kai Leufker, Christoph Pfänder

menarbeit mit Eigentümer, Hausverwaltung und Mieter werde vereinfacht. Die Software diene auch als Nachweis der Arbeitsleistung der Dienstleister und ermögliche eine schnellere Entstörung durch Einsicht in die Dokumentation. [GK](#)

GIGA
GLASFASER



Glasfaser für Bayern

Vodafone betreibt das größte Gigabit-Netz Deutschlands.

Und in Bayern haben schon heute mehr als die Hälfte aller Menschen Zugang zu unseren Gigabit-Leitungen. Dieses Netz machen wir in Zukunft noch leistungsstärker und treiben den Glasfaser-Ausbau als starker Digitalisierungspartner des Freistaats Bayern mit Höchstgeschwindigkeit voran.

vodafone.de/glasfaserausbau Together we can

DELPHINE DEPONT | ACOME GROUP

Wirtschaftliche Kabelverlegung und reduzierter CO2-Fußabdruck dank verbesserter Trommellogistik



Delphine Depont

Acome ist ein internationaler Industriekonzern und seit 30 Jahren aktiv in Deutschland tätig. Mit rund 2.000 Mitarbeitern werden ca. 600 Mio. Euro Umsatz erwirtschaftet. Im Bereich Kabel werden Produkte für die Telekommunikation, Automobil- und Bauindustrie angeboten. „Das Unternehmen wird als Genossenschaft geführt und investiert 50 Prozent des Gewinns in neue Entwicklungen“, sagte Delphine Depont zur Einführung und ergänzte: „Wir können langfristig planen, ohne von Investoren abhängig zu sein.“ Als Tochterunternehmen erwähnte sie Lynddahl Telecom und Idea Optical. „Heute möchte ich Ihnen eine Lösung vorstellen, die wir gemeinsam mit unseren Kunden entwickelt haben: Die App QR-Drum.“

GRUNDLAGE FÜR DIE ENTWICKLUNG VON QR-DRUM WAREN FOLGENDE SCHMERZPUNKTE IM VERLAUF EINES BAUPROJEKTES:

- Begrenzte Einsicht in die Restmenge von Kabeln
- Hohe Abfallrate mit ca. 10 Prozent der in einem Projekt verwendeten Kabel
- Zeitverluste, verursacht durch: Organisation, Vermeidung, Überwachung und Behebung von Fehlbeständen, manuelle Abrollkarte, Mehrfacheingabe von Daten, Berichterstattung
- Überbestände wie Sicherheitsbestand; ruhende Bestände, Restmenge am Ende des Projekts.

Die vorgestellte App bestehe einerseits aus der Installation eines QR-Codes auf der Trommel und andererseits cloudbasierten Schnittstellen zwischen Webportal und mobiler App. Die Zugriffsrechte könnten je nach Benutzergruppe wie z.B. Netzbetreiber, Bauleiter und Montage-Team individuell eingerichtet werden. Danach erläuterte Depont den Mehrwert der App. Diese erlaube eine exakte Standortbestimmung von Kabeltrommeln und gebe Einblick in den Kabelbestand einschließlich der Kenntnis von Restlängen auf Kabeltrommeln. Eine bessere Überwachung der Lieferkette sei möglich.

Die proaktive Planung von Lagerbeständen würde durch Vermeidung von ruhenden Beständen und Fehlbeständen unterstützt und der Versorgungsbedarf ließe sich einfacher verwalten. Durch die gebotenen Leistungsindikatoren erhielte man eine bessere Projektübersicht und die Möglichkeit zur schnellen Abfrage des Baufortschritts anhand objektiver Daten. Schließlich erfolge eine Reduzierung der Umweltauswirkungen durch Verringerung des Kabelverschnitts und Minimierung des CO2-Fußabdrucks des Projekts oder Bestands.

Mit einem Wertversprechen rundete Depont ihre Präsentation ab und fasste zusammen. Durch Reduzierung des Kabelabfalls um bis zu 50 Prozent und Vermeidung von Überbeständen ließen sich um bis zu 5 Prozent der Kabelkosten sparen. Die Logistikkette ließe sich durch Verantwortungsübertragung an Subunternehmer sicherer gestalten. Damit könne auch der Verlust von Trommeln und Kabeln reduziert werden. Schließlich ergäbe sich eine deutliche Verbesserung der betrieblichen Effizienz durch Verkürzung der Bestandinventurzeit und Eliminierung von zeitaufwendiger Dokumentation auf der Baustelle. Die Kosten dieser Lösung orientierten sich an der Zahl der Trommeln und Benutzer. Als Beispiel nannte Depont Kosten in Höhe von rund 1.000 Euro pro Monat bei einer Menge von 100 Trommeln pro Jahr. [GK](#)

JOHANNES BISPING | BISPING & BISPING GMBH & CO.KG

Synergien und Kooperationen im Breitbandausbau

„Als eines der führenden Unternehmen im bayerischen Breitbandausbau sind wir neben den anschlussstarken Kernorten auch im dünnbesiedelten ländlichen Raum aktiv. Nur gemeinsam können wir die Grundlage für die nötige Digitalisierung schaffen und alle mitnehmen“, betonte Johannes Bisping.

Seit 34 Jahren bietet Bisping & Bisping mit Sitz in Lauf bei Nürnberg Dienste und Lösungen in den Bereichen Internet und Sicherheit, Kommunikation und Cloud Services sowie Glasfaser- und Breitbandausbau. Mit aktuell 85 Mitarbeitern werden ein europaweites eigenes Glasfaser- und Leerrohrnetz sowie über 10.000 FTTH/FTTB/FT-Tx-Anschlüsse in Bayern betrieben. 100.000 weitere Anschlüsse sind bereits geplant. „Immer auf der Höhe der Zeit versetzen wir unsere Kunden in die Lage, die Digitalisierung nachhaltig, effektiv und effizient für sich zu nutzen“, so der CEO.



Johannes Bisping

Laut der Breko-Marktstudie vom Juni 2024 müssen in Bayern noch mehr als 5 Millionen Haushalte erschlossen werden. Erst dann sei eine diskriminierungsfreie Digitalisierung in Stadt und Land möglich. Diese Aufgabe birgt eine Reihe von Herausforderungen, wie fehlende Kapazitäten in Bau und Planung, nachhaltiger und flächendeckender Ausbau, Infrastrukturwettbewerb, langwierige Genehmigungsverfahren, zahlreiche neue Player, und Cherry Picking bei lukrativen Gebieten. Parallel dazu werden im Rahmen der Energiewende auch neue Netze für Wärme und Energie benötigt.

Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, gilt es, neue Wege zu gehen. Dies ist Bisping zufolge nur mit innovativen Geschäftsmodellen und wirksamer Zusammenarbeit möglich. Neben eigenwirtschaftlichem und geförderten Ausbau sind dies Betreibermodelle mit Kommunen und →

Kooperationen mit Energieversorgern. Mitverlegung, Mitnutzung und Anmietung von Netzen und Trassen tragen unter anderem zur Kostensenkung bei.

Wie erfolgreich ein Betreibermodell sein kann, zeigt das Beispiel Herrieden/Bechhofen, wo seit 2014 in allen Ortsteilen eines der innovativsten Glasfasernetze im Freistaat entstanden ist. Bereits nach zwei Jahren wurde dort eine Penetrationsrate von bis zu 92 Prozent erreicht. Das Netz wächst jeden Monat weiter, weil sich weitere Kommunen an das Netz anschließen.

Seit 2017 wird Gigabit auch gemeinsam mit der ÜZ Mainfranken in den Landkreisen Ochsenfurt, Kitzingen und Schweinfurt realisiert. Dort wird die vorhandene Infrastruktur genutzt, um FTTB und FTTH über Backbone und Hausanschlüsse in zahlreichen Gewerbegebieten und seit 2019 auch in Wohngebieten zu offerieren. Umspannwerke und Rechenzentren werden von Bisping als Backbone-Standorte mitbenutzt. Der Ausbau erfolgt mit allen Baumaßnahmen auch für Strom, Wasser und Gas.

2023 ging die breitBAND Glasfasernetze SW GmbH, eine Netzgesellschaft der Stadtwerke Feuchtwangen und Bisping & Bisping, eine Kooperation mit der Telekom für die Kernstadt Feuchtwangen ein. Ziel ist es, rund 5.000 Haushalten und Unternehmen im Stadtgebiet und Umgebung gemeinsam einen Anschluss an das Netz der Zukunft zu ermöglichen.

Alle Partner setzen auf den Open Access-Ansatz. Somit erhalten Kunden eine breite Anbietervielfalt und profitieren von der innovativen Partnerschaft. Sie können nicht nur auf das



Melanie Müller

Portfolio von Bisping und der Telekom zugreifen, sondern auch auf Produkte von weiteren Anbietern. Bis Ende 2026 soll der Glasfaser-Ausbau abgeschlossen sein.

Eine strategische Kooperation ging Bisping zudem mit der econtech GmbH, Dienstleister im Breitbandausbau und Spezialmaschinenhandel, ein. Im Mittelpunkt steht dabei die gemeinsame Weiterentwicklung alternativer Verlegeverfahren für den innovativen Breitbandausbau. Nachhaltig gestaltet sich die Zusammenarbeit mit DB broadband, die freie Kapazitäten des Netzes vermarktet. 2021 entschied sich Bisping erstmalig zur Kooperation mit der DB Netz AG-Tochter und mietete rund 58 Kilometer Glasfaser der Deutschen Bahn an, um das Netz im niederbayerischen Gangkofen zu erschließen. Gut ein Drittel der benötigten 177 km Glasfasertrasse mussten so nicht neu gebaut werden. „So schaffen wir Effizienz beim Ausbau des Glasfasernetzes“, stellte Johannes Bisping fest. [DK](#)

Glasfaser bayernweit

Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit.



Falco Lehmann

FALCO LEHMANN | CONNECT COM GMBH

Innovative Lösungen für einen CO₂-positiven, nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau

Connect Com mit Standorten in Deutschland (Oberboihingen) und der Schweiz bietet als ein führender Hersteller Komplettlösungen für Kommunikationsnetze in den Bereichen Gebäudeverkabelung, Breitband, Rechenzentrum, Industrie sowie Energie, Verkehr und Überwachung. Seit 1993 werden zukunftsfähige Glasfaserprodukte entwickelt und gefertigt.

Das Herzstück in der kommunalen Breitband-Infrastruktur stellt laut Falco Lehmann die Technikzentrale CCM FiberCUBE PoP-Station (Point of Presence) dar: In ihr werden die Verbindungen für Daten- und Sprachverkehr zusammengeführt. Die PoP-Station fungiert als Knotenpunkt zwischen dem Weitverkehrsnetz (WAN = Wide Area Network) und dem regionalen FTTH-Glasfasernetz, das bis zu jedem einzelnen Hausanschluss führt.

Die CCM FiberCUBE PoP-Stationen werden als maßgeschneiderte und schlüsselfertige Komplett-Lösungen für spezifische Anforderungen geplant, gefertigt und ausgebaut. Ob als Technikzentrale, Ortszentrale oder Knotenpunkt für FTTH-Glasfasernetze: Der CCM FiberCUBE wird immer an standort- und netzspezifische Gegebenheiten angepasst. Durch vielfältige Gestaltungsoptionen ist er in nahezu jeder beliebigen Größe, mit unterschiedlichen Dachformen sowie verschiedenen Fassaden und Farben realisierbar. Er erfüllt alle Kriterien des Bundesförderprogramms Breitband.

Die Grundkonstruktion des CCM FiberCUBE basiert auf einer innovativen, nachhaltigen Holzständerbauweise mit Material aus regionaler Waldbewirtschaftung nach PEFC. Die isolierende Eigenschaft von Holz sorgt für ein besseres Raumklima, wo-

durch die Betriebskosten für die Klimaanlage spürbar reduziert werden können. Luftdichte und wärmebrückenoptimierte Außenwände verfügen zudem über einen sehr guten Schall- und Wärmedämmwert.

Die Vorzüge der Holzständerkonstruktion kommen besonders dann zum Tragen, wenn der FiberCUBE aufgrund enger Zufahrtswege und beengter Platzverhältnisse nicht als komplettes Fertiggebäude gestellt werden kann, wie in der Regel üblich, sondern in Einzelteilen angeliefert und vor Ort zusammengebaut wird.

Ein weiteres Highlight ist das innovative 2-Raum-Konzept, das Kabel- und Technikraum durch separate Eingänge klar voneinander trennt. So hat nur befugtes Installationspersonal Zugang zum Kabelraum und kann dort Arbeiten zum Kabel- und Rohrmanagement sowie zur Stromversorgung vornehmen. Die sensible Aktivtechnik befindet sich im klimatisierten Technikraum, zu dem nur autorisiertes Personal der Kommunen bzw. Netzbetreiber Zugang hat. Der CCM FiberCUBE kommt somit ohne Doppelboden aus; dadurch können Montage- und Servicetätigkeiten bequem und ergonomisch im Stehen durchgeführt werden. [DK](#)



Felix Nunn

FELIX NUNN | CORNING OPTICAL COMMUNICATIONS GMBH & CO.KG

Wege aus dem Fachkräftemangel in der NE3

„Laut einer Studie des deutschen Instituts für Wirtschaft könnte die deutsche Wirtschaft ohne Fachkräftemangel in 2024 bis zu 49 Mrd. Euro mehr erwirtschaften“, betonte Felix Nunn zu Beginn seines Vortrags und ergänzte: „Den Fachkräftemangel in Deutschland sehen wir auch in allen Bereichen des Glasfaserausbau.“ Bereits in der Breko Marktanalyse 2023 sei dieser als kritischer Risikofaktor für den Glasfaserausbau in Deutschland festgehalten worden. Neben dem Fachkräftemangel wurden spezifische Risikofaktoren genannt: Gigabitförderung des Bundes, strategischer Doppelausbau durch die Deutsche Telekom, Kostensteigerungen, geringe Akzeptanz alternativer Verlegungsmethoden und langwierige analoge Genehmigungsverfahren. →

Der Fachkräftemangel habe verschiedene Ursachen. Wegen der fehlenden Ausbildung gebe es zu wenige Spleiß-Fachkräfte und zu wenige Fachkräfte für die Kabelverlegung. Hinzu komme ein ineffektiver Einsatz der verfügbaren Fachkräfte, wodurch hohe Nebenzeiten durch lange Fahrten, Genehmigungen und Terminfindungen sowie geringe Zeiten für die Haupttätigkeit entstünden. Probleme verursachten ferner zu langsame und kostspielige Arbeitsweisen. Der typische Ausbau der Netzebene 3 in Deutschland erfordere aber einen hohen Ausbildungsgrad. Es werde zudem eine Verstärkung des Fachkräftemangels durch den demographischen Wandel erwartet.

Arbeitsschritte vereinfachen

Der typische Ausbau der NE3 in Deutschland beginne beim POP, verlaufe über Hauptkabel, Backbone-Muffen, Aufteilpunkte und Verzweigerkabel und ende am Hausübergabepunkt. „Wir wollen uns heute mit den Komponenten Muffe und Verzweiger befassen und sehen, was gemacht werden könnte, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, sagte Nunn und setzte fort: „Indem man Arbeitsschritte vereinfacht.“ Bei der Muffe erwähnte Nunn den ECAM Gasstop und erklärte dessen Funktion. Für die einzelnen Verbindungen gebe es vorkonfektionierte Lösungen mit Pushlok-Technologie. Das entsprechende Evolv-Stecksystem für den Außenbereich gebe es als 1 Faser Stecker und Mehrfaser Stecker mit bis zu 12 Fasern. Dieses System spare die ansonsten aufwändigen Spleißarbeiten. Zusammengebaut als vorkonfektionierte Evolv-Terminals ließen sich



diese vielfältig am Tragecil, in Schächten und am Mast sowie an Fassaden einsetzen. Als Netzwerkverteiler könnte die Muffe auch unterirdisch verbaut werden.

Für das Verzweigerkabel habe man gemeinsam mit einem Kunden das Thin-Film Bundled Drop (TFBD) Kabel entwickelt, welches zu 24 Prozent niedrigeren Material- und Installationskosten führe und 21 Prozent der Zeit für die Installation einspare. Als generelle Glasfaser für die Verlegung in allen Bereichen habe Corning die Contour Fit Glasfaser entwickelt. Die biegeoptimierte Faser gemäß ITU-T G.657 A2 habe einen Modenfeld Durchmesser von 9,2 µm und sei deshalb kompatibel zu G.652 D Fasern in bereits bestehenden Netzen. Die Contour Fit Faser zeichne sich ferner dadurch aus, dass ihre Dämpfung auch bei Biegungen nahezu konstant bleibe. Schließlich reduziere der Kabelmantel mit garnfreier FastAccess-Technologie die Kabelzugangszeit um bis zu 70 Prozent. GK



Mobile Mapping: Die Zukunft der digitalen Vermessung

Effizient, präzise und flexibel – unser Mobile Mapping revolutioniert die Erfassung und Analyse von Umgebungsdaten. Ob Baustellen oder Trassenplanung, WiR Solutions ermöglicht eine detaillierte Aufnahme großer Strecken und Flächen. Unsere leistungsstarken Systeme erfassen Daten, bestehend aus 360°-Bildern und einer LiDAR-Punktwolke für eine umfassende Analyse – inklusive Vermessung innerhalb der Punktwolke.

Ihre Vorteile



Effizienzsteigerung



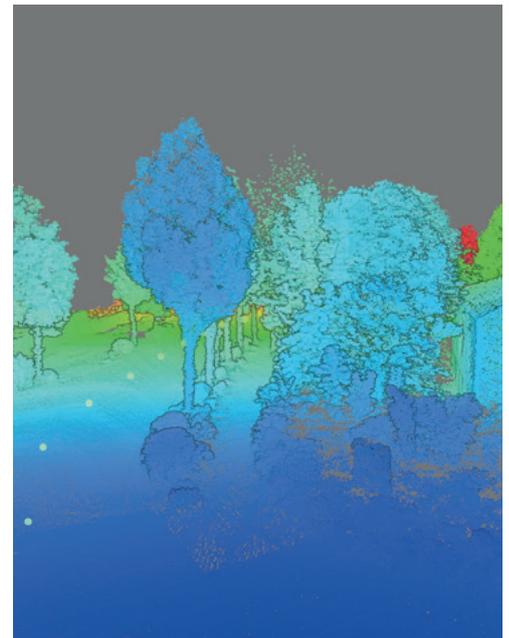
Kosteneinsparungen



Digitale Begehungen



Datenschutzkonform



Kontakt
www.wir-solutions.de





V.l.: Jürgen Schuster, Michael Friesinger

JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH, MICHAEL FRIESINGER | FIBERIA GMBH

Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau ade? Wir zeigen Handlungsoptionen!

Als aktuelles Beispiel für ein Breitbandprojekt wählte Schuster die Stadt Haßfurt. Bei der Ist-Analyse wurde festgestellt, dass bereits über 70 Prozent der Gebäude nach dem eigenwirtschaftlichen Ausbau gigabitfähig versorgt sind. Für den weiteren Ausbau sollten Bundesfördermittel beantragt werden. Nach der Prüfung gemäß Punktekompass wurde nach Prognose der Gigabit-RL 2.0 eine Punktzahl von lediglich 80 erreicht. Das reicht nicht für eine Förderung. Im vorangegangenen Förderaufruf 2023 wurden in Bayern Anträge bis zu einer Grenzpunktzahl von 245 bewilligt.

FÜR DAS SCORING SIND VIER KRITERIEN ENTSCHEIDEND:

1. Nachholbedarf
2. Synergienutzung/Schließung verbleibender Versorgungslücken (Restgebiet)
3. Digitale Teilhabe im ländlichen Raum
4. Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

„Auf zwei dieser Kriterien können Sie Einfluss nehmen“, betonte Jürgen Schuster und setzte fort: „Und auf zwei weitere haben Sie keinen Einfluss. Der Nachholbedarf beruht auf weißen Flecken und ist deshalb nur bedingt relevant. Der einzig wirksame Hebel ist die interkommunale Zusammenarbeit. Am besten ist, sie suchen einen Partner, der nur weiße Flecken hat. Noch besser sind drei oder vier solche Partner.“

ALS WEITERE LÖSUNGSANSÄTZE NANNT SCHUSTER FOLGENDE MÖGLICHKEITEN:

- Punktekompass: Weiße Flecken? IKZ?
- Lückenschluss-Pilotprogramm – dies ist eine Sonderform innerhalb des Bundes-Förderprogramms mit einem deutschlandweiten Budget von 100 Mio. Euro. Die Ausbaukosten sind jedoch auf 1 Mio. Euro begrenzt und deshalb nur für kleine Gebiete geeignet.
- Masterplan und Mitverlegung – umfasst die Projektplanung, Rahmenbedingungen und Projektumsetzung.

Bei anstehenden Baumaßnahmen sollte die Mitverlegung von Leerrohren geprüft werden.

- Ausschreibung eigenwirtschaftlicher Ausbau: EwA-Portal - bringt zusammen, was zusammengehört: Wunsch nach schnellem Internet und Investoren mit der Bereitschaft „Geld zu vergraben“
- BayGibitR – geht noch was? Förderung nur noch für Gewerbe- bzw. Industriegebiete oder Gebiete ohne Super-Vectoring-Versorgung
- BayGibitR ohne Förderung: Baukostenzuschuss

„Ich hoffe, ihnen hiermit einige Handlungsoptionen genannt zu haben und stehe für eine Beratung gerne zur Verfügung“, sagte Schuster zum Abschluss und übergab das Wort an seinen Kollegen Michael Friesinger, der die neu gegründete Tochterfirma Fieberia kurz vorstellte: „Wir übernehmen die Generalunternehmerschaft für den kompletten Glasfaserausbau. Wir machen die Projektplanung über die Umsetzung bis hin zur Abnahme einschließlich der Dokumentation. Dabei berücksichtigt werden Themen wie Hausanschlussmanagement, Förderung und eigenwirtschaftlicher Ausbau.“ Als Referenz beschrieb Friesinger das aktuelle Projekt in der Gemeinde Dischingen mit NetCom BW GmbH und EnBW ODR. Aus der Kombination des eigenwirtschaftlichen Ausbaus durch die NetCom BW GmbH und des geförderten Breitbandausbaus durch die Gemeinde werden bis zu 900 Haushalte mit Glasfaser versorgt. Die Fertigstellung des Projekts ist für Oktober 2026 geplant. [GK](#)

TIM KLOTSCH | GHMT AG

Der industrietaugliche Breitbandausbau

„GHMT ist ein akkreditiertes, unabhängiges Prüflabor. Hersteller lassen ihre Produkte bei uns prüfen. Und wir unterstützen die Carrier dabei, ihre Standardanforderungen zu definieren“, stellte Tim Klotsch sein Unternehmen vor und

ergänzte: „Wichtig ist, dass dies alles auf neutralem Boden passiert.“ Der Schwerpunkt seines Vortrags lag jedoch nicht auf FTTH sondern auf industrietauglichen Infrastrukturen. Mit Bezug auf den Breitbandatlas läge die aktuelle →

Breitbandverfügbarkeit für Unternehmen in Gewerbegebieten bei 50 Mbit/s zwischen 75 und 95 Prozent und bei 1.000 Mbit/s zwischen 10 und 50 Prozent. Tatsache sei, dass aber nahezu jedes Unternehmen hier in Deutschland über einen Internetanschluss verfüge, auch wenn die Datenraten manchmal noch sehr niedrig lägen. Der politisch gewollte flächendeckende Glasfaserausbau mit 1 Gbit/s bis 2030 sei nicht zu erreichen.

Für flächendeckende industrietaugliche Netze fordere der ZVEI symmetrische Übertragungsraten im Gigabit-Bereich, niedrige Latenzzeiten und minimalen Jitter. Diese Anforderungen sollten auch von den Mobilfunknetzen erfüllt werden. Für den Ausbau stelle der Bund Fördermittel bereit, die von den beiden Projektträgern PwC und aconium zugeteilt werden. Die damit verbundenen Verfahren und Vorgaben seien schwierig zu verstehen und viele Töpfe wurden schon geschlossen. Deshalb würden 91 Prozent der Projekte auf den privatwirtschaftlichen Ausbau entfallen. An diesem Ausbau seien rund 400 Unternehmen beteiligt.

Für den Ausbau müssten eine Reihe von technischen Vorgaben eingehalten werden: das Materialkonzept des Bundes, die daraus entstandene DIN-Norm VDE 0800-720, das TKG, die technische Spezifikation L2-BSA II des NGA-Forums sowie die Vorgaben des BMDV zur Qualitätssicherung von Glasfasernetzen. Anschließend erläuterte Klotsch das Netzkonzept mit den wichtigen Komponenten der Netzebene 3 wie Point of Presence (POP) und Netzverteiler (NVT), von wo es dann stichartig in die Gebäude gehe. Als mögliche Topologien kämen Point to Point (P2P) und Point to MultiPoint (P2MP) zum



Tim Klotsch

Einsatz. Darauf setzten zumeist passive optische Technologien (PON) auf: GPON mit Datenraten bis zu 2,5 Gbit/s, XG-PON mit Datenraten bis zu 10 Gbit/s und XGS-PON mit symmetrischen Datenraten bis zu 10 Gbit/s. GHMT prüfe die Qualität aller dieser Komponenten gemäß VDE 0800-720, worin auch deren Eigenschaften genormt seien.

Abschließend gab Klotsch noch praktische Hinweise für den Netzausbau und seine Einflüsse. Leerrohre seien bei der Verlegung wiederholten Biegungen ausgesetzt, deren Zug- und Druckfestigkeit werde in Anspruch genommen, Biegeradien sollten eingehalten werden und bereits verlegte Rohre könnten durch Querdruck und Schläge beschädigt werden. Für den Ausbau in der Netzebene 4 entstehe derzeit ebenfalls eine Norm, die als Entwurf VDE 0800-730 vorläge. Zur Qualitätsbewertung durch eine aktive Performanceprüfung und Validierung erwähnte Klotsch das GHMT Premium Verification Program (GHMT PVP), womit hohe Qualitätsstandards dauerhaft und transparent nachgewiesen werden könnten. GK



Netzplanung, Bauüberwachung, Dokumentation

Ganzheitlich Netze planen

LATUS Engineering bietet ein komplettes Leistungsportfolio für regionale und lokale Anbieter von TK-Netzen. Ob Neubau oder aus dem Bestand heraus, wir betreuen Ihr Vorhaben ganzheitlich von der Planung über die Baubegleitung- und überwachung bis zur Dokumentation.

Ihr Vorteil: eine strukturierte, kostenoptimierte und fachgerechte Bauausführung von A bis Z.

JETZT VERNETZEN



www.latus-consulting.de



planung@latus-consulting.de



Das Team von Deutsche Glasfaser



Dr. Herbert Lackner

DR. HERBERT LACKNER | DEUTSCHE GLASFASER UNTERNEHMENSGRUPPE

Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Eckpunkte für einen Glasfaserausbau auf Augenhöhe

Deutsche Glasfaser und Bayern – das ist eine Verbindung, die bereits seit 2010 besteht und auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, den Freistaat mit Glasfaser zu versorgen. Dies machte Dr. Herbert Lackner, Manager Kommunale Kooperationen Bayern, zu Beginn seines Vortrags anhand einiger Zahlen deutlich: Das Unternehmen hat bis 2023 mehr als 160.000 Haushalte mit echter Glasfaser versorgt und ist mit 113 abgeschlossenen Glasfaser-Projekten das FTTH-Original in Bayern. Aktuell befinden sich 45 weitere Projekte im Rollout, bei 43 Projekten läuft die Aktivierungsphase.

Partnerschaftlicher Glasfaserausbau mit Open Access

„Open Access“ – das ist für Deutsche Glasfaser ein wesentlicher Hebel, um den Ausbau so schnell und partnerschaftlich wie möglich weiter in die Fläche zu bringen. Dies bedeutet: Das Unternehmen baut ein offenes Netz und stellt die Infrastruktur anderen Anbietern auf Basis diskriminierungsfreier vertraglicher Regelungen zur Verfügung. So kann nicht nur die Netzauslastung erhöht werden, sondern diese Art der Zusammenarbeit fördert auch die Wirtschaftlichkeit und einen fairen Wettbewerb. Die Kundinnen und Kunden erhalten durch diese Kollaboration mehr Wahlfreiheit beim Angebot. „Diesen Ansatz sieht Deutsche Glasfaser als smarte Antwort auf den Doppelausbau, der Anwohner und Verwaltung unnötig belastet und den FTTH-Ausbau in der Fläche verlangsamt“, erklärte Lackner. Sowohl deutschlandweit als auch regional in Bayern setzt Deutsche Glasfaser auf Wholesale-Kooperationen: Bundesweit hat Vodafone Zugriff auf das FTTH-Netz des Unternehmens. Darüber hinaus hat Deutsche Glasfaser beispielsweise mit M-Net auch einen starken Kooperationspartner im Freistaat.

Mit der DIN-Normierung Standards setzen

Den Glasfaserausbau in den Gemeinden sicher und mit möglichst wenig Belastungen für Mensch und Natur umzusetzen – dies ist für Deutsche Glasfaser von zentraler Bedeutung. Daher hat sich das Unternehmen führend für eine Normierung von Fräs- und Pflugverfahren im Glasfaserausbau eingesetzt

und sich in einer Expertengruppe engagiert. Das Ergebnis: Die DIN 18220. Das Regelwerk ist seit Sommer 2023 in Kraft und schafft bei minimalinvasiven Verlegemethoden Klarheit und Sicherheit für alle am Glasfaserausbau Beteiligten. Der Ausbau kann bis zu fünf Mal schneller erfolgen, mit weniger Bodenaushub und deutlich ressourcenschonender als bei konventionellen Verfahren“, verdeutlichte Lackner.

Engagement in der Region stärken

Deutsche Glasfaser engagiert sich mit dem bundesweiten Wettbewerb Digitale Orte 2024 auch über den eigentlichen FTTH-Ausbau hinaus für das digitale Leben im ländlichen Raum. Gemeinsam mit Deutschland – Land der Ideen und weiteren namhaften Partnern zeichnet das Unternehmen wegweisende Initiativen, Projekte, Kommunen sowie Vorreiterinnen und Vorreiter aus, die mit digitalen Ansätzen und Technologien den Wandel im ländlichen Raum erfolgreich gestalten und vorantreiben. In jedem Wettbewerbsjahr standen auch Projekte aus Bayern im Finale. In diesem Jahr: Die Wissenswerkstatt Schweinfurt, die Shuttle Modellregion Oberfranken und das Digitale Dorf Spiegelau. „Dies zeigt, mit welchem Engagement die Digitalisierung in Bayern gemeinsam mit Deutsche Glasfaser vorangebracht wird“, ordnete Lackner abschließend ein. ■



v.l.: Peter Ertel, Andreas Meder, Klaus Eckel und Michael Hilgers

MANUEL HOMMEL | GEO DATA GMBH

Netzdokumentation: Schnell & einfach mit dem Smartphone

GEO DATA GmbH mit Sitz in Westhausen ist seit über 35 Jahren mit derzeit über 260 Mitarbeitern für Städte und Gemeinden erfolgreich tätig. Das Thema Breitband wird an sechs Standorten in Deutschland sowie in Zürich kompetent von der Beratung über Planung, Bau, Vermessung bis zur Dokumentation aus einer Hand bearbeitet. In diesem Bereich wurden über 2.000 Projekte zufriedenstellend umgesetzt und für die Kunden über 1 Mrd. Euro Fördermittel erfolgreich beantragt. Neu ist ein Leistungsangebot im Bereich Wärmeplanung für Nahwärmenetze einschließlich Photovoltaik und Solarthermie.

Anschließend an die Firmenvorstellung referierte Manuel Hommel zum Thema Messen und Dokumentation von Glasfasernetzen, welches im Hinblick auf Fördermittel zunehmend komplexer geworden sei. „Inhaltlich geht es dabei darum, einen relativ analogen Prozess ins digitale Zeitalter zu überführen“, sagte Hommel und setzte fort: „Der bisherige Prozessablauf von Planung über Bau und Vermessung vor Ort bis hin zur Rotstrichkorrektur und finalen Dokumentation sollte insbesondere in den letzten drei Punkten vereinfacht werden.“ Ein gewichtiger Treiber dafür sei der bestehende Fachkräftemangel. Zur Illustration der Lösung führte Hommel ein Video vor, in dem gezeigt wurde, wie einfach mobiles Mapping mit dem Smartphone praktisch durchzuführen sei. Danach erklärte er die einzelnen Schritte, um eine aussagekräftige Dokumentation zu erstellen.

„Wir gehen mit dem Smartphone ergänzt um ein GNSS-Modul raus auf die Baustelle, nehmen die offenen Gräben mit der Videofunktion auf und erzeugen daraus ein 3D-Modell“, erklärte Hommel. Damit werde ein digitales Geländemodell erzeugt. Sämtliche Daten würden nach der Prozessierung in die Cloud übertragen und stünden danach zur weiteren Bearbeitung im Büro zur Verfügung. Die digitale Trassenaufnahme bestehe aus digitalem Geländemodell (DGM), Orthophoto, 3D-Punktwolke und texturiertem 3D-Modell.



V.l.: Fabian Schmidt, Manuel Hommel

Der Projektfortschritt könne im Büro mit einem Blick durch Detailinspektion laufend mitverfolgt werden. Die Lösung basiere auf dem Produkt viDoc von vigram AG, mit der eine Partnerschaft bestehe.

Klarer Durchblick am offenen Graben

Den Nutzen fasste Hommel in seinem Überblick zusammen. Bestehende Schäden könnten vor der Aufnahme des Tiefbaus zur Beweissicherung schnell erfasst werden. Eine Bestandsaufnahme zur Vermessung auf der Baustelle erfolge durch Aufnahmen während des Baus georeferenziert direkt am offenen Graben. Dabei werde die 3D-Grundlage erstellt. Die Lagegenauigkeit der Daten betrage zwischen 2 und 3 cm, die Höhengenaugigkeit zwischen 3 und 4 cm. Schließlich sei damit eine schnelle und digitale Erfassung von Baumengen gegeben. Sie ermögliche die Mengenauswertung anhand von Daten, die zum Leistungsverzeichnis passten. Die zeitsparende Erstellung von Aufmaßskizzen auf Basis der digitalen Trassenaufnahme sei damit möglich. Die erfassten Daten bildeten eine solide Basis für die Abrechnung. Für den Kunden bedeute dies, jederzeit einen klaren Durchblick am offenen Graben zu haben. Die umfangreiche Leistung von Mobile Mapping wurde abschließend live demonstriert. GK

GLASFASER-AUSBAU BRAUCHT STANDARDS.

Seit über 10 Jahren verlegen wir Glasfaser im minimalinvasiven Ausbaurverfahren. Die neue **DIN 18220** regelt den Glasfaser-Ausbau und wird zum Branchenstandard. Schon heute profitiert Ihre Kommune von unserer Technologieführerschaft. Wenn auch Sie den Glasfaser-Ausbau in Ihrer Region vorantreiben möchten, beraten wir Sie gerne: deutsche-glasfaser.de/kommunen



Deutsche
Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH - Kontakt: 40463 Düsseldorf (Postanschrift)



DIN 18220

standardisierter
Glasfaser-Ausbau

Gemeinsam
Großes
gestalten.



V.l.: Maximilian Nimführ, Constanze von Hassel und Helmut Beerhalter



Johannes Stütz

JOHANNES STÜTZ & HELMUT BEERHALTER | HAUFF-TECHNIK GRIDCOM GMBH

Flüster-PoP und G-BOX – innovative Lösungen für die NE3

Das mittelständische Unternehmen Hauff-Technik GRIDCOM wurde 2005 gegründet und ist im Besitz der Gesellschafter Hauff Technik GmbH & CO.KG. 65 Mitarbeiter verteilen sich auf die beiden Standorte Rosenberg und Heidenheim. Zertifizierungen bestehen nach DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 1400. Mitgliedschaften bestehen bei den einschlägigen Verbänden Breko, Buglas und OFAA. Als Vertriebsinnovation wird ein Messe-LKW als „Rolling-PoP“ für Kundenbesuche eingesetzt. „Heute wollen wir ihnen unseren Flüster-PoP vorstellen“, sagte Johannes Stütz und fuhr fort: „Das ist ein klassisches Multifunktionsgehäuse, an dem oben zusätzlich eine Kühleinheit eingebaut ist.“ Die Funktionsweise des Flüster-PoPs 2LINE MFG 18 wurde durch eine kurze Videoeinspielung verdeutlicht.

Als besondere Eigenschaften des Flüster-PoPs wurden die drei Kühlstufen, der geringe Schalldruckpegel von 35 dB(A) sowie die integrierte USV und Batterien hervorgehoben. Die Kühleinheit wäre auch separat verfügbar, sodass bereits bestehende Multifunktionsgehäuse (MFG) damit nachgerüstet werden könnten. Stütz verwies zudem auf ein wichtiges Teilelement im MFG, das 2LINE Spleiß-/Patch Modul – SPM. Es enthielte vormontierte Module mit Pigtails und Kupplungen sowie eine Spleißkassette zur Ablage von Crimp- oder Schrumpfspleißschutz.

Danach stellte Stütz die 2LINE G-BOX vor. Die Box sei vor etwa fünf Jahren entstanden, weil man sich damals Gedan-

ken machte, wie man einen Hausanschluss günstiger und wirtschaftlicher bauen könnte. Für solch einen Hausanschluss wären jeweils bis zu fünf Termine zu vereinbaren: Trasse festlegen, Hausanschluss erstellen, Glasfaser einblasen, Glasfaser spleißen und Wohnungsanschluss spleißen und messen. Stütz machte dazu ein Rechenbeispiel: Bei 1.500 Anschlüssen pro Netzbaumaßnahme müssten 7.500 Termine vereinbart werden. Bei einem Mittelwert von 50 Euro pro Termin entstünden Kosten in Höhe von 375.000 Euro. Durchschnittlich könnten 38 Termine pro Arbeitstag vereinbart werden. Es entstünden hohe Kosten bei langem Zeitaufwand. In Neubaugebieten könne man deshalb nach der Planung bereits auf jedem Grundstück eine G-BOX vorinstallieren. Die Leerrohre vom PoP bis zur G-BOX wären ebenfalls vorbereitet. Auch hierzu legte Stütz ein Rechenbeispiel vor. Die Verrechnungspreise für das Einblasen und Spleißen lägen bei ca. 650 Euro pro Einzelanschluss. Wenn bei 50 Bauplätzen jeweils zwei Hausanschlüsse in einem Arbeitsgang eingeblasen und gespleißt würden, entstünden Kosten in Höhe von 16.250 Euro. Mit der vorinstallierten G-BOX könnten alle Hausanschlüsse in einem einzigen Arbeitsgang erstellt werden und die Kosten würden sich auf rund 2.000 Euro reduzieren. „Wir nennen das Fiber to the Ground (FTTG)“, sagte Stütz. Abschließend präsentierte er noch mit 2LINE MIS25 eine praxiserprobte Lösung für die Hauseinführung, die entweder waagrecht oder mit bis zu 45° Neigung installiert werden könne und untermauerte die Präsentation mit Bildern aus der Praxis. [GK](#)

STEFANIE SILL | HEXATRONIC GMBH, ANDREAS BÄTZ-HAMMER | HOMEWAY GMBH, ANDREAS GLÄSER | OPTERNUS GMBH

Glasfaserverkabelung in der NE4: Zwischen Standards und Expertenwissen

Die Hexatronic Gruppe hat ihre Wurzeln als schwedischer Kabelhersteller. Heute bestehen eigene Niederlassungen hier in Deutschland sowie in den Niederlanden und Österreich. „In Deutschland haben wir ganz tolle Schwesterunternehmen, mit denen wir zusammenarbeiten: homeway für Entwicklung und Vertrieb von Glasfaserlösungen in den Netzebenen 4 und 5, Opternus als Spezialist für Einblas-, Spleiß- und Messtechnik sowie TK-Kontor Freitag als Schulungs- und Trainingscenter“, sagte Stefanie Sill. →

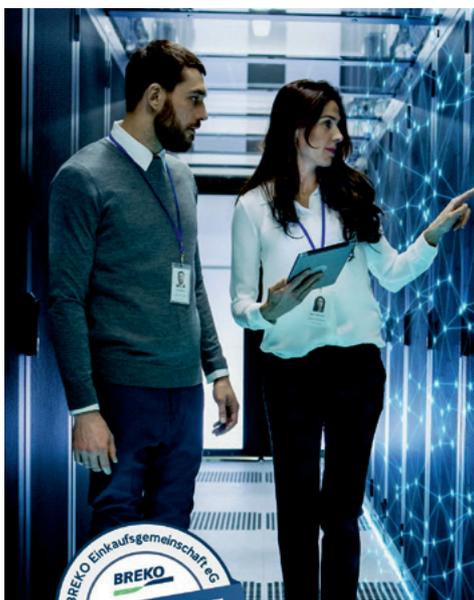


Den Herausforderungen bei Projekten in der Netzebene 4 widmete sich anschließend Andreas Bätz-Hammer. Die begannen bereits bei der Eigentümerrecherche, als Basis für den Projekterfolg. Denn in vielen Fällen lägen Eigentümerdaten nicht vollständig vor oder seien schwer zugänglich. Es sei also wichtig, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Danach gelte es bei der Gestattungseinholung die vertraglichen Details mit einer fairen Abwägung der Interessen beider Parteien herauszuarbeiten. Damit müsse der Zugang zum Gebäude und ggf. zu den Wohnungen gesichert werden. Erst dann könne eine präzise Ausbau- und Materialplanung mit genauem Zeithorizont erfolgen. Mit einer Beispielrechnung für sechs Wohneinheiten belegte Bätz-Hammer die Materialkosten für die passive Infrastruktur mit rund 745 Euro, das entspräche 123,20 Euro pro Wohneinheit. Die praktische Umsetzung vor Ort wurde anschließend von Sill Schritt für Schritt vom Hausübergabepunkt und Gebäudeverteiler über Leerrohre bis hin zur Teilnehmer-Anschlussdose erläutert. Dabei erwähnte sie die möglichen Verlegevarianten im Installationsschacht, im Treppenhaus, an der Außenwand, in der Unterdecke und unter Putz. Die entsprechenden NE4-Lösungen von Hexatronic seien für den Einsatz in den Gebäudeklassen 1-5, Sonderbauten und Fluchtwegen gemäß einem Brandschutzgutachten geeignet. Als praktische Beispiele wur-

den die Verlegung in einem Schornstein, stillgelegten Kamin, einem Warenhaus, an der Außenwand und im Treppenhaus eines neu gebauten Mehrfamilienhauses gezeigt.

Lösungen für Netzausbau und Netzbetrieb

„Wir vertreiben die Produkte, die nötig sind um das Ganze zusammenzuhalten“, erklärte Andreas Gläser und setzte fort: „Ja es muss gespleißt werden, auch wenn vorkonfektionierte ist, spätestens an der Dose im Keller.“ Opternus bietet integrierte Lösungen für den Netzbau an, beginnend bei der Netzinstallation durch Einblasen, Spleißen und Messen über die Netzwerkverifikation mittels Messtechnik bis hin zur Netzdokumentation mit Software wie FastReporter und ExfoExchange. Lösungen gäbe es auch für den Netzbetrieb, beginnend beim Netzwerkmonitoring für die Layer 0 bis 7 über die Glasfaserüberwachung einschließlich automatischer Störungsortung bis zur Protokollmesstechnik mit Datenraten bis zu 1.000 Mbit/s. Abschließend gab Gläser einen kurzen Überblick über das angebotene Produktspektrum: Einblasetechnik, Spleißetechnik, Messtechnik und dazu passende ergänzende Produkte. Für alle Produkte werden in der Opternus Akademie Seminare und Schulungen angeboten. [GK](#)



Pragmatisch, strategisch, erfolgreich:

Maßgeschneiderte Lösungen für Ihre Glasfasernetze

Beratung von Kreisen/Kommunen, Stadtwerken, Schulen/Schulträgern, TK-Unternehmen:

- » Strategie und Potentialanalyse
- » Netzkonzepte und Optimierung
- » Netzplanungen
- » Förderberatung und Antragsstellung
- » Ausschreibungsbegleitung
- » Baubegleitung und Dokumentation
- » Restrukturierung und Sanierung
- » Netzbewertung

20+

Jahre Erfahrung –
Breitband seit 2000

300+

Projekte in ganz
Deutschland
realisiert

170+

Landkreise/ Kommunen
mit Millionen
versorgter Einwohner

3+

Mrd. EUR
begleitetes
Investitionsvolumen



Besuchen Sie uns im Internet:

micus.de [MICUS_D](https://twitter.com/MICUS_D)

MICUS
Strategieberatung GmbH

Pempelforter Straße 50 · 40211 Düsseldorf
Tel. +49 211 4976 9111
www.micus.de · info@micus.de

Eigenes Glasfasernetz in über 300 Kommunen



Martin Naber

MARTIN NABER | LEONET GMBH

Erfolgsstrategien und Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum

Mit Ausbauaktivitäten in ländlichen Regionen außerhalb der Ballungszentren treibt LEONET den Glasfaserausbau auf dem Land voran. Aktuell betreibt das Unternehmen laut Martin Naber ein stetig wachsendes, derzeit rund 4.000 km langes eigenes Glasfasernetz in über 300 bayerischen Kommunen in mehr als 30 Landkreisen. Auf dem Fundament finanzkräftiger und langfristig orientierter Gesellschafter erhöht LEONET die Zahl neuer Glasfaseranschlüsse jährlich um eine Größe im mittleren fünfstelligen Bereich und erschließt weitere Regionen im Freistaat.

Zwar ist die Glasfaser nach Nabers Ausführungen „politisch gewollt, wirtschaftlich nötig und technisch erforderlich“, jedoch sei der Glasfasermarkt mit vielen Herausforderungen konfrontiert. So konterkarieren das Agieren der Telekom die Glasfaser-Ausbauziele. Strategische Manöver führten zur Verunsicherung kommunaler Politiker und den Verbrauchern. Der Doppelausbau binde Behörden und Bauunternehmen, punktuelle Ausbauten erschwerten die Mischkalkulation alternativer Anbieter.

Zahlreiche Baustellen

Die Ausbauziele des Bundes bzw. Bayerns seien gefährdet, Projekte verzögerten sich. Kommunen würden in einem ersten Schritt nur teilausgebaut, die ‚doppelte‘ Bearbeitung führe zu Verzögerungen. Darüber hinaus treibe Ressourcenknappheit die Einkaufspreise und Baukosten in die Höhe; auch werde die Realisierung flächendeckender Glasfaserausbauten in Kommunen torpediert. Zusätzliche Gebiete würden zu Fördergebieten zum Nachteil öffentlicher Haushalte. Hinzu komme die abwartende Haltung der Verbraucher, deren Bewusstsein für die Notwendigkeit von Glasfaser nach wie vor unzureichend sei, stellte Naber fest.

Ein starkes Zeichen für die Förderung des Open Access-Modells und konsensfähige Branchenstandards setze die im Mai 2024 gegründete Open Access Allianz, bestehend aus Deutscher GigaNetz, DNS:NET, Eurofiber Netz und Infra fibre Germany mit den Gesellschaften LEONET und BBV Deutschland. Im Mittelpunkt stehe dabei die Vermarktung von Internet- und Telefondiensten mit Gigabit-Geschwindigkeit im Glasfasernetz der jeweiligen Partner. Die Forcierung und Etablierung eines freien gegenseitigen Zugangs sei

essenziell, um den dringend erforderlichen schnellen und flächendeckenden Ausbau gezielt und wirtschaftlich sinnvoll voranzutreiben. Gleichzeitig gehe es darum, die Auslastung von Glasfasernetzen zu erhöhen, die Wirtschaftlichkeit von Investitionen zu verbessern und somit den Übergang von Kupfer auf Glas zu erleichtern.

Die Verbraucher profitierten so von einer größeren Vielfalt an unterschiedlichen Diensteanbietern, die Netzbetreiber wiederum von einer höheren Auslastung ihrer investitionsintensiven Netze. Auch für ökonomisch und ökologisch unsinnige Doppelausbauten von Glasfasernetzen gebe es somit keinerlei Argumente. Vielmehr ließen sich dadurch freiwerdende Investitionsmittel in Regionen einbringen, die noch nicht über eine hochmoderne Glasfaserinfrastruktur verfügen.

Die Open Access Allianz hat Naber zufolge vereinbart, die technische Realisierung über den marktweiten Layer-2-Bitromzugriff darzustellen. Als gegenseitige Schnittstelle soll die etablierte S/PRI-Schnittstelle genutzt werden. Auch streben die Mitglieder der Allianz eine Standardisierung von Prozessen und Produktspezifikationen an.

Die Gigabitstrategie 2030 der Bundesregierung sieht bis 2030 u.a. flächendeckend Glasfaseranschlüsse bis ins Haus vor. „Eine Kurskorrektur ist notwendig, mit einer gemeinsamen Anstrengung sind die Ziele erreichbar“, fasste Naber zusammen. Konkret gelte es, der Überbauung eine klare Absage zu erteilen, Genehmigungsverfahren und Antragsbearbeitung zu beschleunigen, die Akzeptanz moderner Verlegungsmethoden, wie etwa Stufenschleifverfahren zu erhöhen und verbindliche Kriterien für eine Kupferabschaltung zu schaffen. **DK**

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Haben wir uns zu viel vorgenommen?

DAS JAHR DER UNANGENEHMEN WAHRHEITEN

Bei seinem Blick auf das Gesamtbild Deutschland stellte Dr. Henrik Bremer eine gewisse Deindustrialisierung fest. Deshalb könnte Deutschland künftig kein geeigneter Standort mehr sein. Die Unternehmensinsolvenzen seien auf dem höchsten Stand seit 10 Jahren. Auf der Verbraucherseite skizzierte er eine sinkende Kaufkraft trotz Zunahme der Reallöhne. Und da wäre noch die unkoordinierte Energiewende, gekennzeichnet durch negative Strompreise und Übersubventionierung. Weil die Ausbauziele der Bundesregierung zunehmend unrealistischer werden, stellte Bremer die Rolle Deutschlands als führende Industrienation in der digitalen Zukunft infrage.

Als Gründe für den schleppenden Glasfaserausbau nannte Bremer die angespannte Finanzlage durch gestiegene Baukosten und Zinsen, Startschwierigkeiten bei Open Access, den strategischen Doppelausbau, Vermarktungsschwierigkeiten, Insolvenzen auf Verbraucher- und Unternehmensseite sowie die Neuordnung des Marktes. Bei den TKUs gab es ja bereits zwei Insolvenzen: Hello Fiber und HeLiNET. Schwerwiegender seien die Insolvenzen im Tiefbau, z.B. durch die zahlungsunfähigen Unternehmen SchönerTel, Soli Infratechnik und Connect Energy. Zudem wurden die Bundesfördermittel von 3 auf 2 Mrd. Euro gekürzt. Dazu stellte Bremer die Frage: „Welche Gründe hat es, dass von den seit 2016 bereitgestellten 16 Mrd. Euro für den Glasfaserausbau bisher nur 4 Mrd. Euro abgerufen wurden?“

Zunehmend kritische Investoren

Der deutsche Glasfasermarkt wird vom Wettbewerb geprägt. Ein Blick auf die gewichtigen Player zeigte, dass ausreichend Kapital für die nötigen Investitionen bereitstehe. Bei UGG, ein Joint Venture von Allianz und Telefónica seien es 5 Mrd. Euro. Die Deutsche Glasfaser könne auf 7 Mrd. Euro von ihren Investoren zählen. Der Deutschen Giganetz mit den Hauptinvestoren DWS Group und IRCP sowie Sunlife Versicherungsgruppe stünden 3 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Deutsche Telekom setze auf eine 3-Säulen-Strategie: eigenwirtschaftlicher Ausbau, Förderung und Kooperationen. OXG, das Joint Venture von Vodafone und Altice bekäme 7 Mrd. Euro. Als weitere Player sah Bremer noch GVG mit dem Investor Palladio Partners,



Dr. Henrik Bremer

Glasfaser Nordwest, ein Joint Venture von Telekom und EWE, die noch eine Kooperation mit 1&1 betreiben. Aufgrund der steigenden Zinsen und Erschließungskosten würden die Investoren zunehmend kritischer auf den deutschen Markt blicken. In einigen Fällen sei sogar eine Neuberechnung der Geschäftspläne erforderlich.

Abschließend zeigte Bremer einige Lösungsmodelle für die Zukunft auf, die auf einer Vielzahl von strategischen Möglichkeiten sowohl für den Aufbau neuer Glasfasernetze als auch bereits bestehender Glasfasernetze aufsetzen. Dem Doppelausbau könne man aktiv durch Kooperation oder Erhöhung der eigenen Ausbaugeschwindigkeit begegnen. Open Access sei ein wichtiges Modell für die Betriebsebene. Für Stadtwerke empfahl er bei einer bevorstehenden Konsolidierung drei mögliche Optionen: Joint Venture, Erwerb fremder Netze und Netzveräußerung. [GK](#)

mieco
Eine starke Verbindung



Immer Netz zu Euch!
Wir bringen Glasfaser nach
Bayerisch-Schwaben.

Breitbandausbau in Bayerisch-Schwaben.



„Wir stehen zu unserer Verantwortung“

Das Team von M-net



Maximilian Oertle

MAXIMILIAN OERTLE | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Breitbandausbau

Regionale Kooperationen auf Augenhöhe lautet das Leitmotiv der M-net Telekommunikations GmbH, eines 1996 gegründeten Unternehmens, das mit einer Vielzahl von Partnern mittlerweile über 700 Kommunen in Bayern und im hessischen Main-Kinzig-Kreis versorgt.

Laut Maximilian Oertle bestätigt die aktuelle BREKO Marktanalyse, „dass wir die letzten Jahre zwar gute Fortschritte gemacht haben, aber noch weit von unseren Zielen entfernt sind. Wir appellieren an Sie alle, hier zu kooperativeren Lösungen zu kommen.“ „Dass wir viel zu langsam unterwegs sind“, liege vor allem an gestiegenen Zinsen, aber auch an einer wachsenden Verunsicherung der Investoren und Kreditgeber im Hinblick auf die langfristige Werthaltigkeit der Netze (z.B. deren Auslastung durch eigene Kunden und über Partner).

Neben den allseits bekannten Herausforderungen im Tiefbau, wie dem Einsatz innovativer Verlege-Methoden und der weiterhin aufwändigen Genehmigungsverfahren, wies der Technische Geschäftsführer auch auf die Bedeutung der Eigentümerzustimmungen in den Städten und großen Gebäuden hin. Aus Sicht von M-net sei es zudem „absolute Verschwendung knapper Ressourcen und eine weitere Belastung des öffentlichen Raumes“, wenn bereits bestehende Netz überbaut würden. So seien die wichtigen Ausbauziele in Bayern und Deutschland nicht, bzw. viel zu spät zu erreichen. Aktive Vorleistungen (Layer 2 Bitstream) stellten das Mittel der Wahl dar. Zudem fehle es an vielen Stellen weiterhin an echter Kooperationsbereitschaft auf Augenhöhe und an fairen Konditionen. Verbesserungspotenzial gebe es auch bei den Schnittstellen und Prozessen.

Netze sukzessive upgraden

Kritik übte Oertle an der Telekom, die die Landeshauptstadt München als beste ausgebaute Glasfaser-Stadt Deutschlands überbauen wolle, obwohl bereits eine Zugangsvereinbarung und Zugang zu fairen und marktgerechten Konditionen auf das Glasfasernetz von M-net bestehe. Demgegenüber komme der Ausbau in den noch nicht mit Glasfaser versorgten Bereichen der Stadt nur äußerst schleppend voran. Gleichzeitig habe noch keine Open-Access-Vereinbarung mit der Deut-

schen Telekom abgeschlossen werden können, um künftig M-net-Kunden in den noch nicht durch M-net erschlossenen Gebieten in München über das geplante Glasfaser-Netz der Deutschen Telekom zu versorgen.

„Unser Versprechen an die Gebäudeeigentümer und die Wohnungswirtschaft lautet: Wir stehen zu unserer Verantwortung und werden die bestehenden Netze sukzessive auf FTTH upgraden. Die Kunden können ihren Internet-Anbieter frei wählen“, betonte der Geschäftsführer. „Wir bauen in Absprache alle Wohnungen im Gebäude in hoher Qualität und kostenfrei aus. Der Ausbau erfolgt im Auftrag von M-net oder einem unserer Gesellschafter/Partner, wie etwa SWM in München. Die Bewohner können ihren Internetanbieter frei wählen (aktuell: M-net, 1&1 und Dt. Telekom). Wir bieten allen interessierten Anbietern aktive Vorleistungen.“

Als Tochterfirma führender Stadtwerke in Bayern unterstützten M-net und Partner die Kommunen darin, ihren Glasfaserausbau aktiv und erfolgreich zu gestalten. „Wir und unsere Partner stehen zu unserem Wort und Sie können sich auf uns verlassen. Unsere Kunden sind in der Regel mit unseren Dienstleistungen sehr zufrieden und halten uns dadurch langfristig die Treue“, unterstrich Oertle. [DK](#)



VL: Ein Besucher im Gespräch mit Maximilian Oertle und Hans-Jürgen Merz

Detaillierte Lösungsvorschläge



Sebastian Fornefeld

SEBASTIAN FORNEFELD | MICUS STRATEGIEBERATUNG GMBH

Kurskorrekturen oder „Rette sich wer kann“: Mit neuer Entschlossenheit zur Kommerzialisierung der Netze

MICUS Strategieberatung GmbH ist ein deutschlandweites Beratungsunternehmen in den Bereichen Breitbandausbau, Glasfasernetzplanungen, Geschäftsfeldentwicklungen sowie Digitalisierungsstrategien. Seit der Gründung im Jahr 2000 wurden über 300 Projekte in ganz Deutschland realisiert. In mehr als 170 Landkreisen und Kommunen haben mehrere Millionen Einwohner von der Versorgung mit Glasfaser profitiert. Das begleitete Investitionsvolumen beträgt mehr als 3 Mrd. Euro.

Rückstand bei der Vermarktung bereits gebauter Trassen

Mit einem Blick auf die Verfügbarkeit von Glasfaser in Deutschland stellte Sebastian Fornefeld fest, dass ein anhaltender Rückstand bei der Vermarktung bereits gebauter Trassen bestehe. Gestützt auf die Zahlen der Breko Marktanalyse 2024 bedeutet das konkret: Von den 46 Mio. Haushalten entfallen 43,2 Prozent auf die Kategorie Homes passed, 22,8 Prozent auf Homes connected, aber nur 11,3 Prozent auf Homes activated. Und nur 5 Prozent nutzen den Glasfaseranschluss mit Datenraten von mehr als 1 Gbit/s. „Man muss also realistisch sein. Man wird also auf die kurze Sicht nicht auf die prognostizierten 90 Prozent Homes activated kommen, weil die Leute zurückhaltend sind“, erklärt Fornefeld und betonte: „Selbst in gut entwickelten Ländern wie Schweden ist die Akzeptanz noch nicht so hoch.“ Auch bei der Telekom sei ein konstant hohes Bautempo zu registrieren, allerdings bei ebenfalls niedriger Vermarktung. So waren Anfang 2024 bei 8,2 Mio. Homes passed lediglich 1,09 Mio. Endkunden aktiviert. Das entspräche einer Quote von 13,3 Prozent. Daraus resultiere, dass sich der Ausbau neuer Homes passed in den letzten Monaten nahezu halbiert habe.

Es sei deshalb Zeit für eine Kurskorrektur in den Bereichen Gebietsentwicklung, Planung, Bau und Vertrieb. Für diese Bereiche präsentierte Fornefeld detaillierte Lösungsvorschläge. Erfolgversprechend sei der Fokus auf Gebiete mit klarem Business Case auf Adressebene und die Kooperation mit lokalen Stadtwerken. Wichtig sei eine standardisierte Planung sowie ein simples Materialkonzept. Beim Bau empfehle er den Einsatz von vorkonfektionierten Materialien. Der Vertrieb solle lokale Kooperationspartner nutzen und ggf. ein Modell für die Zusammenarbeit mit der Wohnungsbauwirtschaft anstreben. Eine Reduktion der Kosten könne sich zielführend auswirken. Schließlich sei eine bessere Nutzung von Bestandsnetzen mit einer besseren Dokumentation zu empfehlen.

Zur Rettung der Situation beleuchtete Fornefeld die vielfältigen Möglichkeiten von Joint Ventures und Kooperationen für die drei Ebenen passives Netz, aktiver Betrieb und Dienstanbieter (ISP). Die gemeinsamen Aktivitäten könnten entweder das gesamte Projekt umfassen oder sich nur auf Investitionen beschränken. Unterhalb kritischer Größen – entweder weniger als 20.000 Homes passed oder weniger als 20 Prozent Ausbauanteil in der Region – sehe er wenig Optionen für einen langfristigen wirtschaftlichen Betrieb. Die Zeiten von unbegrenzten Mitteln bei eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau seien vorbei. GK



EMTELLE
TOGETHER EVERYTHING CONNECTS

ULTIMATIVE DROP-LÖSUNG

Revolutionäres 3-in-1 Kabel

für nahtlose vorkonnectierte Installation bis zum Haus



Kontaktieren
Sie uns noch
heute, um mehr
zu erfahren!





emtelle.com



Interkommunale Kooperation

V.l.: Levin Krüger, Christopher Mengel

CHRISTOPHER MENGEL & LEVIN KRÜGER | MUTH & PARTNER,
WIRTSCHAFTSPRÜFER STEUERBERATER RECHTSANWÄLTE MBH

Synergien im Breitbandausbau

Die 1975 in Fulda gegründete Kanzlei Muth & Partner beschäftigt an zwei Standorten rund 150 Mitarbeiter. Die Geschäftsfelder verteilen sich auf Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Rechtsberatung und Unternehmensberatung. In der Praxisgruppe Public Sector werden öffentliche Infrastrukturausbaumaßnahmen begleitet, insbesondere im Breitbandausbau. Dazu nannte Christopher Mengel folgende drei Themenkomplexe für mögliche Synergien im Breitbandausbau: Interkommunale Kooperation, Mitverlegung/ Mitnutzung und Mitdenken des Breitbandausbaus bei der kommunalen Wärmeplanung.

„Eine Definition für die interkommunale Zusammenarbeit existiert nicht“, betonte Levin Krüger und setzte fort: „Aber die Gründe für eine Zusammenarbeit sind vielfältig. Das Kostenthema steht ganz oben. Es kann auch sein, dass die Gemeinde das Leistungsangebot an die Bürger vervielfältigen will. Und sie stellt eine Grundlage für den geförderten Ausbau dar.“ Die gesetzlichen Grundlagen fänden sich im Grundgesetz, in der Bayerischen Gemeindeordnung, im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit sowie in der Verwaltungsgemeinschaftsordnung. Die Form der Zusammenarbeit könne formlos, privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich sein. Die Unterschiede präsentierte Krüger ausführlich tabellarisch. Zu beachten seien Vergaberecht und die BayGibitR sowie eine genaue Regelung der Aufgabenverteilung und des finanziellen Ausgleichs.

Die Mitnutzung von Bestandsinfrastrukturen könne sich kostensenkend bei Projekten auswirken. Die Gigabit-RR verweise dazu, dass im Rahmen der Angebote Bieter aufgefordert seien, vorhandene Infrastrukturen zu nutzen und in ihre Angebote einzubeziehen. Als Quellen dienten u.a. der Infrastrukturatlas des Bundes sowie der Bayern-Atlas. Die rechtlichen Grundlagen fänden sich in den § 138 und § 155 des TKG. Mengel verheimlichte nicht, dass es sowohl Schwierigkeiten bei der Ausschreibung als auch im Rahmen des Ausbaus geben könne. Eine Kostenreduzierung sei ferner durch Mitverlegung im Rahmen geplanter Baumaßnahmen möglich. Die rechtliche Grundlage böte der § 143 des TKG. Zu beachten sei jedoch die Einhaltung von Open Access Vorgaben.

Schließlich böte die kommunale Wärmeplanung ebenfalls Synergien für den Breitbandausbau. Sie basiere auf dem Wärmeplanungsgesetz des Bundes, welche eine strategische Fachplanung von Wärmenetzen für Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern bis zum Ablauf des 30.06.2026 und für Gemeinden unter 100.000 Einwohnern bis zum Ablauf des 30.06.2028 vorsehe. „Sie besteht im Wesentlichen aus Bestandsanalyse, Potenzialanalyse, einem Zielszenario und der Umsetzungsstrategie“, betonte Mengel.

Als denkbare Synergien zählte er auf:

- Zeitliche und technische Abstimmung von Infrastrukturmaßnahmen in der Kommune
- Gemeinsamer Tiefbau für Glasfaser- und Wärmenetz
- Ein Beispiel zur Umsetzung:
Bestandsanalyse im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung durch zusätzliche Ermittlung des bestehenden Glasfasernetzes mittels Ausbauplänen sowie die textliche und kartographische Darstellung.

Abschließend verwies Mengel auf ein wichtiges Detail: die Aufnahme des Glasfaserprojektes in die Leistungsbeschreibung der kommunalen Wärmeplanung. [GK](#)



STEFAN KÖBLER | MRK MEDIA AG

Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung

DARSTELLUNG VON ZUKÜNFTIGEN ANWENDUNGSFELDERN

Die MRK Gruppe ist seit über 50 Jahren eine eigentümergeführte Firmengruppe, die international im Dienstleistungssektor tätig ist. Mit der Zentrale in München und neun weiteren Büros in Deutschland werden auch Beratungen im Breitbandbereich durchgeführt. Das Kerngeschäft liegt in der Vernetzung von Systemen, Infrastruktur und Daten. Im Projektgeschäft wird ein effektives Ressourcenmanagement von der Planung über die erfolgreiche Projektrealisierung bis hin zur Dokumentation geboten. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens präsentierte Stefan Köbler mit den zwei Beispielprojekten Smart Cities und NoLa - Nomadische 5G-Netze im ländlichen Bereich.

„Von zwei Städten in Baden-Württemberg wurden wir mit der Erstellung einer FTTH-Planung (Fiber to the Infrastructure) beauftragt“, berichtete Köbler zum Projekt Smart Cities. Die Projektziele umfassten den Anschluss aller Gebäude und die Integration von weiteren Anschlusspunkten wie Ampeln, Laternen, Parkplätze, Bushaltestellen, Mobilfunkmasten, etc. Des Weiteren sollte die Ermittlung von Versorgungslücken im Mobilfunk (u.a. LTE, 5G) und die Einbindung von potenziellen neuen Standorten für Mobilfunkantennen in das Gesamtkonzept erfolgen. Schließlich sollten noch die Ausbaukosten ermittelt werden. „Wir haben zu Beginn des Projektes alle Straßen befahren, um die Mobilfunkabdeckung zu ermitteln“, erklärte Köbler und fuhr fort: „Die Signalstärke wurde je nach Signalart und Anbieter erfasst und aufbereitet.“ So wurden auch weiße Flecken ermittelt. Für die Glasfaserinfrastruktur zur Anbindung aller zuvor genannten Objekte wurde ein detaillierter Plan ausgearbeitet.

NoLa sei die Weiterentwicklung des ursprünglichen Projekts „Smarter Weinberg“ in der Weinregion in Rheinland-Pfalz. Wegen der zu hohen Kosten für ein zunächst geplantes eigenes fest installiertes 5G Campusnetz sollten mit NoLa



nun die öffentlichen Netze genutzt werden. Eine 5G-Netzversorgung sei hinsichtlich der erforderlichen geringen Latenz und hohen Upload Raten unbedingt erforderlich. Der Arbeitskräftemangel im Weinbau war ein treibender Faktor. Zur Umsetzung des Projekts mussten ferner die schwierige Topografie mit Bäumen und Gebüsch sowie die existierende Bahn- und Stromtrasse sowie eine Seilbahn berücksichtigt werden. Mit Hilfe von Drohnen wurde eine Befliegung der ausgewählten Weinberge durchgeführt. Dabei kam auch Fotogrammetrie zum Einsatz, um anhand von Fotos zuverlässige Messungen vorzunehmen. Damit wurden hochauflösende dreidimensionale Gelände- und Oberflächenmodelle gewonnen. Zusätzlich konnten damit auch Straßen, Mauern, Weinreihen-Reihen, Entwässerungsrinnen, Bauwerke und Vegetation identifiziert und rekonstruiert werden. Die 5G-Signalstärken wurden durch Messungen ermittelt. Die nächsten Projektschritte umfassen unter anderem die Simulation der Objekte durch AutoCAD und die Erstellung eines digitalen Zwillings einschließlich von Topografie und allen Objekten. Daraus solle ein Planungsbaukasten entstehen. Schließlich seien ein Proof of Concept und die gesamte Dokumentation vorgesehen. GK

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

**TV BAYERN
LIVE** *

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Jährlich mehr als
400 Ausbauprojekte



Das Team von Vodafone

MARKUS METZGER | OXG GMBH & ROLF-PETER SCHARFE | VODAFONE DEUTSCHLAND GMBH

FTTH-Ausbau für Stadt und Land

OXG steht für Open Access Glasfaser und wurde 2023 in Deutschland als GmbH gegründet. Das Unternehmen ist ein Joint Venture von Vodafone GmbH und Altice. Vodafone versorgt über 520.000 Haushalte in Deutschland mit Glasfaser und durch die Übernahme von Kabel Deutschland 2015 rund 3,5 Mio. Kunden in Bayern mit Gigabit-fähigen Kabelanschlüssen. Altice ist ein international renommiertes Telekommunikations- und Medienunternehmen. Seit vielen Jahren liefert Altice innovative, kundenorientierte Produkte und Lösungen, mit denen über 50 Mio. Menschen u.a. in Großbritannien und Frankreich über Glasfaser- und mobile Breitbandnetze verbunden werden.

Die Vision von OXG fasste Markus Metzger wie folgt zusammen: „In den nächsten Jahren planen wir die Erschließung von bis zu 7 Millionen Haushalten durch modernen FTTH-Standard bis in die heimischen vier Wände. Dafür planen wir mit einem Investment von bis zu 7 Milliarden Euro.“ Die individuelle Kundenbetreuung erfolgt durch das Vodafone Key Account Management. Vodafone hat durch seine Glasfaserprojekte die Erfahrung für den erfolgreichen FTTH-Ausbau in Deutschland und fungiert zukünftig als Ansprechpartner der Wohnungswirtschaft. OXG sieht sich dabei als Ansprechpartner für den Netzausbau. Der Glasfaserausbau erfolgt seitens OXG eigenwirtschaftlich und ohne Vorvermarktung mit modernem FTTH-Standard bis in die heimischen vier Wände. Durch den Open Access Ansatz bleibt das Endkundengeschäft bei den individuellen Telekommunikationsunternehmen wie Vodafone.

Anschließend betonte Metzger die Vorteile der Kooperation: „Der Ausbau erfolgt von uns kostenlos für die Kommune bis in jede Wohneinheit. Danach besteht die freie Wahl des Internetanbieters durch Open Access. Eine Vorvermarktungsquote ist nicht erforderlich. Wir bauen garantiert in Ihrer Region aus.“ Der Leiter Kommunenmanagement Markus Metzger

stützt sich auf ein Team von insgesamt acht kompetenten Key Account Managern.



vl.: Rolf-Peter Schärfe, Markus Metzger

Vodafone sieht sich als Partner insbesondere im geförderten Glasfaserausbau. Rolf-Peter Scharfe beschrieb die Position Vodafones im deutschen Glasfasermarkt wie folgt: „Wir sehen uns als Marktführer für geförderte Betreibermodelle mit aktuell 23 Projekten für ca. 200.000 Haushalte. Der Zugang zu den geförderten Netzen wird diskriminierungsfrei gewährt. Wichtig ist ferner die aktive Beteiligung an der Förderung der grauen Flecken. Mit dem Fokus auf eine Verbesserung der 4G- / 5G-Mobilfunkversorgung versorgen wir aktuell hier in Bayern 98,61 Prozent der Haushalte mit 4G und 91,1 Prozent der Haushalte mit 5G.“ Die Planungen für 2024 umfassen mehr als 300 neue Maßnahmen, wobei der Schwerpunkt auf Ausbau und Erweiterung der 5G-Infrastruktur gelegt wird. Erschwert werden diese Maßnahmen jedoch weiterhin durch langwierige Genehmigungsverfahren. Schließlich werden 3,5 Mio. Haushalte in Bayern mit Gigabit-Internet über Kabel-Glasfasernetze versorgt. Diese Gigabit Kabelnetze sind übrigens schwarze Flecken und werden kontinuierlich weiter ausgebaut. Für die fortlaufende Kapazitätserhöhung sind mehr als 400 Ausbauprojekte pro Jahr vorgesehen. [GK](#)

LUKAS SCHMIDT | TKF GMBH

Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt

TKF – steht für Twentsche Kabelfabriek - ist Teil der 1930 gegründeten TKH Gruppe mit Sitz in Haaksbergen, Niederlande. Heute wird an den vier weiteren Standorten Eemshaven, Lochem, Rawicz und Nanjing mit über 1.000 Mitarbeitern produziert. „Kabel wird immer unser Steckenpferd bleiben“, erklärte Lukas Schmidt und ergänzte: „Bei TKF kommt alles aus einer Hand. Die zuverlässige eigene Kabelfertigung, Assemblage, Komponentenfertigung und Faserproduktion ermöglicht kurze Wege sowie hohe Qualität und ist stets marktkonform.“

Die Eigenschaften von biegeunempfindlichen Glasfasern seien in der ITU-T G.657.A Empfehlung zusammengefasst. Damit erreiche man ein einfacheres Kabel-Handling, schmalere Biegeradien, kleinere Komponenten und Kabelkonstruktionen und es würden geringere Anforderungen an den Installateur gestellt. Bei der A-Version werde noch nach Typ A1 und Typ A2 unterschieden. Typ A1 wäre kompatibel mit Fasertypen nach G.652.D und besäße gleiche optische Eigenschaften bei einem Modenfeld Durchmesser von $9,0 \pm 0,3 \mu\text{m}$. Damit seien Windungen mit 10 mm Radius möglich. →



Lukas Schmidt

Der Typ A2 sei eine besonders biegeunempfindliche Glasfaser, ebenfalls kompatibel mit Fasertypen nach G.652.D, allerdings mit einem Modenfeld Durchmesser von $8,6 \pm 0,4 \mu\text{m}$. Dieser Typ käme zum Einsatz in ultraschlanken Minikabeln im Inhouse Bereich und genüge höchsten Ansprüchen. Damit seien Windungen mit nur 7,5 mm Radius möglich.

Beim Blick auf die Miniaturisierung von Glasfaserkabeln erklärte Schmidt, dass heute die Faser mit einem reduzierten Coating und einem Außendurchmesser von 200 μm anstatt 250 μm der Standard sei. Damit konnte der Außendurchmes-

ser eines typischen Backbone Kabels von ursprünglich 15,4 mm bis auf 5,4 mm verringert werden. „Mittlerweile haben wir auch ein 96-er Kabel mit nur 4,6 mm Durchmesser. Das bedeutet, wir können solch ein Kabel nun auch auf der Hausanschlusssebene einblasen“, sagte Schmidt. Für die Auslegung von Mini-Kabeln sei ein minimaler Kabeldurchmesser das Ziel. Erreichen möchte man, dass die zulässige Zugkraft und der Einfluss von Temperaturänderungen sehr klein werden. Beim Ausblick auf die weitere Entwicklung erwähnte Schmidt auch die Multi Core Fasern, bei welchen mehrere Kerne in einem Glasmantel angeordnet seien.

Die TKF-Minikabel der nächsten Generation bestünden aus einer miniaturisierten LTMC-Serie „S“, d.h. schlank. Basierend auf neuem Ader-Material ergäben sich kleinere Adergrößen (ca. 10 Prozent), reduzierte Wanddicken und mechanisch stärkere Adern. Die Kabeldurchmesser Reduktion ermögliche erhöhte Faserdichten, d.h. mehr Fasern pro mm^2 . Die Kabel würden mit einem Außenmantel aus HDPE oder Polyamid (PA) versehen. Als Vorteile nannte Schmidt den möglichen Einsatz in kleinsten Mini-Röhrchen, eine verbesserte Einblasleistung durch reduziertes Kabelgewicht und reduzierte Kabeldurchmesser sowie eine optimale Belegung bestehender Rohre. Insgesamt werde ein breites Portfolio an Minikabeln für die flexible und schnelle Installation angeboten. GK

DR. SILVIA SCHICK | NETCOM BW GMBH

Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau

Die NetCom BW als Tochterunternehmen der EnBW beschäftigt sich mit dem gigabitfähigen Glasfaserausbau in über 40 Prozent der Kommunen in Baden-Württemberg sowie in angrenzenden bayerischen Kommunen und Landkreisen. Mit über 450 Mitarbeitern werden insgesamt über 90.000 Privat- und Geschäftskunden betreut. Dr. Silvia Schick beleuchtete die Ausgangssituation mit den Daten der Bundesnetzagentur von 2023: Deutschland sei bereits mit rund 75 Prozent gigabitfähigen Anschlüssen versorgt, wobei rund 32 Prozent auf reine FTTH/B-Versorgung entfielen. Für Bayern lauten die entsprechenden Zahlen 69 Prozent und 28 Prozent. Schick betonte: „Um die politischen Ziele der Glasfaseranschlüsse mit 50 Prozent der Haushalte schon nächstes Jahr und 100 Prozent bis 2030 zu erreichen muss der Glasfaserausbau weiter vorangetrieben werden.“

Das Stimmungsbild der TK-Branche zeichnete Schick wie folgt: Die Investitionskosten sind weiterhin hoch, Kapitalgeber sind zurückhaltend, Tiefbaukapazitäten sind knapp, fehlende Fachkräfte, Digitalisierung und Automatisierung, komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren sowie ein teilweise fehlender Bedarf der Kunden. Sehr viel optimistischer sehe es laut dem Fortschrittsbericht vom 14.10.2024 das BMDV der Bundesregierung: Von den 100 Maßnahmen der Gigabitstrategie seien 87 vollständig umgesetzt, Genehmigungsverfahren würden durch das TK-NABEG vereinfacht und durch das OZG-Breitband-Portal digitalisiert, das Gigabit-Grundbuch Sorge für mehr Transparenz, für besonders bedürftige Gebiete gäbe es die Gigabit-Förderung 2.0, EWA-Portal und Potentialanalyse erleichterten den eigenwirtschaftlichen Ausbau und verspräche eine stärkere Verzahnung und Kommunikation auf allen Ebenen. Gestützt auf die Breko-Marktanalyse 2024 versicherte Schick, dass die Ausbauziele für 2025 erreicht werden könnten. Dazu zitierte Schick die EU-Kommission: „Das Aufholen Deutschlands im Glasfaserausbau von 19,3 Prozent in 2022 auf 29,8 Prozent in 2023 sei sogar spektakulär.“ Schließlich plane die Bundesregierung eine Image-Kampagne für die Glasfaser. Denn die



Dr. Silvia Schick

Take-Up-Rate – das ist die Zahl der Homes activated geteilt durch Homes passed – liege erst bei 26 Prozent.

Auch die künftigen rechtlichen Rahmenbedingungen würden den Glasfaserausbau eher bremsen. Denn der stehe (noch) nicht als „überragendes öffentliches Interesse“ im Raum. Ferner seien noch keine Änderungen beim Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze vorgenommen worden. Die Kürzung von Fördermitteln und eine kontinuierliche Steigerung der Komplexität des Förderprozesses seien problematisch. Aber die neu begonnene Regulierung von Vorleistungspreisen im geförderten Netzausbau könne Signalwirkung für den Gesamtmarkt haben.

Schließlich nannte Schick einige Fakten, die den Glasfaserausbau vorantreiben könnten. Von der Politik werde weniger Überregulierung, eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, mehr Akzeptanz von alternativen Verlegeverfahren in den Kommunen sowie eine weiterhin notwendige Förderung für unterversorgte Gebiete erwartet. Bei den TK-Unternehmen seien mehr Kommunikation und Kooperation, Bereitschaft zu Open Access sowie hohe Verlässlichkeit und Qualität beim Bau erwünscht. GK



FREYA WEBER & VERENA STENZHORN | RÖDL & PARTNER

Ausschreibung von Breitbandleistungen

Die Ausschreibung von Breitbanddienstleistungen ist ein komplexer und oft langwieriger Prozess. Um eine Ausschreibung erfolgreich durchzuführen, müssen Kommunen und Unternehmen klare Anforderungen definieren, die den technischen und funktionalen Umfang des Projekts beschreiben.

Der geförderte Breitbandausbau kann nach zwei Modellen erfolgen: Dem Wirtschaftlichkeitslücken- oder dem Betreibermodell. Eine Ausschreibung im Wirtschaftlichkeitslückenmodell kann Weber und Stenzhorn zufolge sowohl als offenes Verfahren, als auch als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb erfolgen. Wenn das wirtschaftliche Betriebsrisiko für die Nutzung der Breitbandnetzinfrastruktur vom Unternehmen, das den Zuschlag erhält, getragen wird, liegt eine Konzession vor. Da im Falle des geförderten Breitbandausbaus die Kommune letztlich Fördermittel an das Unternehmen „weiterreicht“, stellt sich die Frage, ob das Unternehmen tatsächlich noch ein Betriebsrisiko trägt. Dies ist im Einzelfall zu prüfen.

Der Auftraggeber kann sich vorbehalten, das Erstangebot zu bezuschlagen, ohne in die Verhandlung einzutreten. Dies hat er in der EU-Bekanntmachung anzukündigen. Es bietet sich an, zusätzlich einen Hinweis auf diesen Vorbehalt in den Vergabeunterlagen aufzunehmen.

Ein weiteres typisches Problemfeld ist die Veränderung der Förderkulisse durch hinzukommende (z.B. Neubaugebiet) oder wegfallende Adressen (z.B. eigenwirtschaftlicher Ausbau). Für den gleichen Sachverhalt ergeben sich eine förderrechtliche und eine vergaberechtliche Fragestellung.

Eine Ausschreibung der Planungsleistungen (ggf. verbunden mit dem Bau) im Betreibermodell kann ebenfalls sowohl als offenes Verfahren, als auch als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb erfolgen. Bezüglich der konkreten Auswahl der Verfahrensart ist zu unterscheiden, ob die Ausschreibungen der Planungsleistungen getrennt von den Bauleistungen ausgeschrieben werden sollen.

Aus förderrechtlicher Sicht können (Bau-)Planung und der Bau an sich grundsätzlich in einem Auswahlverfahren zusammen ausgeschrieben werden. Dieses Vorgehen wird auch Generalübernehmervergabe genannt. In bestimmten Fällen kann sie sinnvoll sein, insbesondere wenn es um komplexe Bauvorhaben geht, bei denen eine umfassende Planung und Organisation erforderlich ist. Für den Netzbetrieb bleibt es dabei, dass dieser gesondert ausgeschrieben werden muss.

Sollte eine Vergabe an einen Generalübernehmer (GÜ) gewünscht sein, ist in vergaberechtlicher Hinsicht zu prüfen, ob

diese gegen das Gebot der Losaufteilung verstößt. Es besagt, dass Aufträge in mehrere Lose aufgeteilt werden sollten, um verschiedenen Anbietern die Möglichkeit zu geben, sich an der Vergabe zu beteiligen.

In bestimmten Ausnahmesituationen kann die Vergabe an einen Generalübernehmer gerechtfertigt sein. Die Komplexität eines Projekts, die eine umfassende Koordination erfordert, kann einen solchen Ausnahmefall darstellen, einen GÜ zu beauftragen, um die Effizienz und Qualität der Ausführung gewährleisten zu können. Diese Hürde ist entsprechend einzelfallbezogen zu prüfen und zu dokumentieren.

Die Vergabe an einen Generalübernehmer kann jedoch auch dazu führen, dass kleinere Unternehmen von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Dies könnte als Verstoß gegen das Gebot der Losaufteilung gewertet werden, falls es im konkreten Einzelfall den Wettbewerb in unzulässiger Weise einschränkt und die Marktchancen für kleinere Anbieter verringert. „Generell sollte die Entscheidung für einen GÜ gut begründet und dokumentiert sein, um mögliche rechtliche Herausforderungen zu vermeiden“, betonten die Rechtsanwältinnen.

Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen unterliegt in Deutschland spezifischen Regelungen, die in der Vergabeverordnung (VgV) festgelegt sind. Grundsätzlich unterscheidet man zwischen beschreibbaren und nicht beschreibbaren Leistungen. Diese Abgrenzung ist von großer Bedeutung, da sie direkte Auswirkungen auf die Wahl der Verfahrensart hat. „Trifft man hier die falsche Entscheidung, kann dies zu vergaberechtlichen und förderrechtlichen Konsequenzen führen“, machten Weber und Stenzhorn deutlich.

Nicht beschreibbare Planungsleistungen werden in der Regel im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb vergeben. Hierbei steht die geistig-schöpferische Leistung im Vordergrund, was eine flexible Herangehensweise an die Planung erfordert. Beschreibbare Planungsleistungen können im offenen oder nicht offenen Verfahren vergeben werden. Bei diesen Leistungen steht eher die ausführende Leistung im Vordergrund, was eine klare und präzise Leistungsbeschreibung ermöglicht. Wann eine Leistung beschreibbar oder nicht beschreibbar ist, ist im konkreten Einzelfall ebenso zu prüfen und zu beantworten. [DK](#)



ALEXANDER HIRSCHHORN & DANIELA HOFMANN | HPE GMBH

Synergien vor Ort

PRAXISBEISPIELE UND FÖRDERUNGEN FÜR
BREITBAND UND NAHWÄRMEINFRASTRUKTUR

Das familiengeführte Unternehmen HPE GmbH, kurz für Hofmann Planung und Entwicklungs GmbH mit Sitz in Johanniskirchen beschäftigt mehr als 50 Mitarbeiter. Die Tätigkeit als unabhängige Beratungsgesellschaft verteilt sich auf die fünf Bereiche Elektrotechnik, Heizung, Lüftung, Sanitär und Klima, Breitband, Geo-Informatik sowie Messungen und Gutachten. Aus den 1.060 erfolgreich abgeschlossenen Projekten und 300 laufenden Projekten konnten 431 zufriedene Kunden gewonnen werden. „Aus dem Bereich Geoinformatik möchte ich JOGIS erwähnen, eine GIS-Software, die ich letztes Jahr hier vorgestellt habe“, sagte Daniela Hofmann. JOGIS ist eine auf die HPE zugeschnittene Erweiterung von QGIS. Es wurde von einem Mitarbeiter der HPE in Zusammenarbeit mit einer Firma aus der Schweiz entwickelt. Es wird zur Darstellung von QGIS-Projekten auf einem Web-Client genutzt, damit die Kunden in ihre Projekte Einsicht haben. QGIS ist eine Open Source Software für Geoinformationssysteme, das HPE als Planungstool verwendet.

„Wärmenetze werden nicht nur von Stadtwerken gebaut, sondern auch von Privatpersonen oder Gemeinden direkt“, erläuterte Hofmann. Dafür können Synergien genutzt werden, wenn gleichzeitig Infrastrukturen für Gas, Wasser, Strom oder Breitband gebaut werden. Die gemeinsame Infrastruktur ermöglicht also die Nutzung derselben Trassen für Breitbandkabel und Nahwärmeleitungen. Da Fördermittel aus beiden Bereichen



Alexander Hirschhorn



Daniela Hofmann

kombiniert werden können, ergibt sich für eine solche Investition ein doppelter Nutzen. Zur Umsetzung eines Projektes mit Breitband und Nahwärme erklärte Hofmann vier mögliche Modelle im Detail: Eigenbetrieb mit Vermietung, Verkaufsmodell, Kooperationsmodell und Netzbetreibermodell.

Die verschiedenen Fördermöglichkeiten für solche Synergieprojekte wurden von Alexander Hirschhorn erklärt. Er zeigte die Wege zu Fördermitteln sowohl für Breitband als auch Nahwärme auf. „Eine gemeinsame Ausschreibung spart Ressourcen bei der Planung, indem man in bestimmte Bereiche oder Lose aufteilt“, betonte Hirschhorn und setzte mit einem erfolgreichen Praxisbeispiel fort. In der Gemeinde Niederwinkling im Landkreis Straubing-Bogen – ca. 3.000 Einwohner und 26 km² Fläche – wurden in einem Projekt Breitband und Nahwärme kombiniert. Es umfasst ca. 48 km Trasse für Breitband und ca. 17 km Trasse für Nahwärme, wobei rund 15 km Trasse gemeinsam genutzt werden. Gewählt wurde das Betreibermodell nach BayGibitR sowie die Nahwärmeförderung durch BEW und KfW. Baubeginn war im April und der aktuelle Baustand beträgt 20 Prozent. Die einzelnen Phasen des Projektablaufs erläuterte Hirschhorn im Detail und verwies auf die Erfolgsfaktoren: gemeinsame Schnittstelle HPE, stetige Kommunikation und Einsatz von Web-GIS. Sein Fazit für die regionale Wertschöpfung durch Breitband lautete: „s Geld bleibt daheim.“ GK

TKTVIVAX GMBH

Kommunalisierung der Glasfasernetze

EIN ANSATZ ZUR RETTUNG DES AUSBAUS?

Der Ausbau von Glasfasernetzen in Deutschland stagniert zunehmend. Ursachen sind eine fehlerhafte Förderpolitik, der ineffiziente Überbau bestehender Netze und erschwerte Bedingungen für privatwirtschaftliche Projekte. Ein innovativer Lösungsansatz könnte in der „Kommunalisierung“ der Glasfasernetze liegen. Dabei sollen Kommunen die Verantwortung für Aufbau und Betrieb übernehmen – ähnlich wie bei Strom- oder Wasserversorgung.

Glasfaser als Aufgabe der Daseinsvorsorge

Die Digitalisierung macht einen schnellen Internetzugang unverzichtbar, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Der Glasfaserausbau wird so zur öffentlichen Aufgabe, die Städte und Gemeinden übernehmen sollten. Die Idee knüpft an Erfahrungen mit der Rekommunalisierung der Stromnetze an, die in den 2010er-Jahren vielerorts umgesetzt wurde, etwa durch neue Stadtwerke oder Zweckverbände.

Problemfelder bei privatem Netzausbau

Die Privatisierung von Glasfasernetzen hat nicht überall die gewünschten Ergebnisse gebracht. Oft konzentrieren sich Anbieter auf förderfähige Gebiete, während ein wirtschaftlich weniger attraktiver Eigenbau unterbleibt. Marktgetriebener Überbau be-

stehender Netze führt dazu, dass Kapazitäten ungenutzt bleiben oder der Ausbau stoppt. Manche Regionen bleiben sogar gänzlich unterversorgt, da ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht rentabel erscheint und Fördermittel fehlen.



Das Team von tktvix

Lösungen: Kommunale Verantwortung und Plattformmodelle

Eine kommunale Organisation des Netzausbaus könnte diesen Problemen entgegenwirken. Schweden dient hier als Vorbild: Dort betreiben Stadtwerke und gemeinnützige Netzbetreiber rund 1.200 Glasfasernetze, die auch abgelegene Gebiete versorgen. Grundlage ihres Erfolgs sind Plattformmodelle. Kommunen gründen gemeinsam Genossenschaften, über die Anbieter ihre Produkte vermarkten können. Dies steigert die Netzauslastung, ermöglicht vielfältige Angebote und sichert den Kommunen Einnahmen zur Refinanzierung.

In Deutschland könnte ein solches Modell ähnliche Vorteile bringen. Kommunen wären nicht auf eigenen Netzbetrieb angewiesen, sondern profitieren von den Erlösen aus der Netznutzung. Dadurch wird ein flächendeckendes, wirtschaftliches Netz im öffentlichen Besitz möglich, das der Bevölkerung eine breite Auswahl an Internetdiensten bietet.

Die „Kommunalisierung“ der Glasfasernetze könnte den dringend notwendigen Fortschritt im digitalen Ausbau bringen – gerade in ländlichen Regionen. Entscheidend wird sein, ob politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine solche Entwicklung begünstigen. CH

PARTNERBEITRÄGE



v.l.: Thorsten Friedrich und Frank Ribbers

WIR SOLUTIONS GMBH

VERSORGUNGSNETZE AUS EINER HAND

Die WIR Solutions GmbH ist ein Unternehmen aus dem Münsterland, das auf die reibungslose Planung und den Ausbau von Versorgungsnetzen spezialisiert ist. Durch breitgefächertes Know-how und langjährige Erfahrung unterstützt die WIR Solutions Unternehmen, Kommunen und Tiefbauer bei einzelnen Schritten oder gesamten Projekten.

MOBILE MAPPING:
DIE ZUKUNFT DER DIGITALEN VERMESSUNG

Um die Netzplanung zu beschleunigen und potenzielle Hindernisse frühzeitig zu erkennen, hat die WIR Solutions das Mobile Mapping entwickelt. Die flexible Kamera- und Laserinstallation erfasst straßennahe Objekte und Oberflächenstrukturen inklusive GIS-Daten in Ausbaubereichen. Die gesammelten Bilddaten können in gängige Geoinformationssysteme integriert und zur weiteren Analyse verwendet werden.

PUNKTWOLKE UND DIGITALE ZWILLINGE

Besonderes Highlight: Dank der integrierten LiDAR-Technologie erhalten die Unternehmen eine Punktwolke, mit der hochdetaillierte digitale Zwillinge erstellt werden können. Diese

digitalen Abbildungen bieten umfangreiche Analysemöglichkeiten, die von Längen- und Flächenmessungen bis hin zu komplexen Volumenberechnungen reichen. Damit lassen sich Planungs- und Bauprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch erheblich präzisieren.

Mit Mobile Mapping können Unternehmen und Kommunen nicht nur Zeit und Geld sparen, sondern Projekte auch nachhaltig und zukunftssicher gestalten.

KONTAKT:

Frank Ribbers
Telefon: 02571/54040 0
Mail: sales@wir-solutions.de
Web: www.wir-solutions.de



v.l.: Stefan Abschütz, Ute Hofmann, Lina Schöppach

NGN FIBER NETWORK GMBH & CO.KG

PIONIERE IM GLASFASERAUSBAU

Die NGN kann auf eine mehr als 20-jährige Erfahrung im Ausbau und der Vermietung von Dark Fiber-Infrastruktur zurückblicken. Als mittelständisches Unternehmen hat sich

NGN sowohl regional als auch international als zuverlässiger Partner für Kunden etabliert. Insgesamt positioniert sich NGN als Innovator, der nicht nur über eine beeindruckende Infrastruktur verfügt, sondern auch die Flexibilität und Fachkompetenz besitzt, um die individuellen Bedürfnisse seiner Kunden zu erfüllen.

GLASFASERINFRASTRUKTUR IM WACHSTUM

Mit einer Glasfaserinfrastruktur von über 20.000 km Länge hat NGN Zugang zu vielen telekommunikationsrelevanten Großstädten, Ballungszentren und Internetknotenpunkten. NGN verfügt über ein robustes Backbone-Netz in Deutschland und ist als Partner der Eurofiber Gruppe auch international hervorragend angebunden, was die Bereitstel-

lung europaweiter Verbindungen ermöglicht. NGN erweitert das Netz jährlich um ca. 1.500 km. In diesem Jahr haben sich NGN, A1 Austria und Quantcom zusammengetan, um die kürzeste und schnellste Dark-Fiber-Strecke zwischen Frankfurt und Wien zu bauen. Diese Infrastruktur bietet eine geringstmögliche Latenz bei der Datenübertragung zwischen wichtigen europäischen Knotenpunkten. Die Erschaffung einer robusten, zukunftssicheren Konnektivität ist essenziell, um neue Technologien wie z.B. KI zu unterstützen.

KONTAKT:

Telefon: +49 9761 800 49 00
Mail: leitungsanfrage@ngn-fibernetz.de
Web: www.ngn-fibernetz.de



Ina Zoske und Benedikt Herré

LBA LUFTBILDAUSWERTUNG GMBH

Die LBA Luftbildauswertung ist auf die Auswertung von historischen Luftbildern spezialisiert. Seit über 25 Jahren beantwortet das bundesweit tätige Fachunternehmen Fragen nach Altlasten im Baugrund. Schwerpunkt bilden die im Boden verbliebenen Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende Gefahrenlage. Bevor

Eingriffe in den Baugrund stattfinden, wird diese potentielle Gefahr mittels Fernerkundung bewertet und somit die Arbeits- und Planungssicherheit erhöht.

KEINE CHANCE FÜR BLINDGÄNGER UND CO

Damit bei Bauarbeiten die explosive Altlast aus dem Zweiten Weltkrieg keine große Unbekannte bleibt, führt die LBA Luftbildauswertung Vorerkundungen auf Kampfmittelbelastung durch. Das Spezialistenteam aus den Bereichen Geologie, Geographie und Geschichte arbeitet nach den anerkannten Regeln der Technik und erstellt Gutachten für die von ihren Kunden angefragten Baugebiete. Die zu untersuchenden Flächen reichen vom privaten Baugrund über die von den Kommunen und Ländern verantworteten Bautätigkei-

ten, wie Kita-Erweiterung, Ausweisung von Neubaugebieten oder Glasfaserausbau, bis hin zu großen Infrastrukturtrassen der Energieversorger.

Die Gutachten basieren auf der Auswertung von möglichst allen relevanten Luftbildern und den recherchierten historischen Informationen. Sie dienen als notwendige Grundlage für Kampfmittel-Sondierungs- und Räumungsarbeiten und werden von der Baubranche und den staatlichen Stellen bzw. Landesbehörden anerkannt.

KONTAKT:

Telefon: +49 711 286929-0
Mail: info@lba-luftbildauswertung.de
Web: www.lba-luftbildauswertung.de

Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

16. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

www.bayerisches-energieforum.de

2. April 2025
Stadthalle Gunzenhausen

VERANSTALTUNG 2

11. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

6. Mai 2025
Kulturzentrum Kantine
Töging a. Inn

VERANSTALTUNG 3

12. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

7. Oktober 2025
Stadthalle Gunzenhausen

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 24/2024 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner
Gerhard Kafka

Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben

Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz, als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser